



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

BKPV-Geschäftsbericht:

## Bürokratische Erschwernisse

**Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Mittelpunkt des kürzlich vorgelegten Geschäftsberichts 2007 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands. Neben dem Europäischen Beihilferecht werden die Themen EU-Beihilfe und kommunale Wirtschaftsförderung, Einzelfragen und Umsetzungshinweise zur doppelten kommunalen Buchführung, Kommunalabgaben in der Insolvenz des Abgabenschuldners sowie Stellenbemessung im Melde-, Personenstands- und Ausländerwesen eingehend erläutert. Steuerliche Kurzbeiträge sowie der Jahresabschluss kommunaler Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen runden diesen Berichtsschwerpunkt ab.**

Die Erfüllung von Leistungen der Daseinsvorsorge für die Bürger gehört zum Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung. Die Finanzierung und Erbringung der Daseinsvorsorgeleistungen wird allerdings immer mehr vom EU-Wettbewerbsrecht bestimmt. Auch wenn diese Wettbewerbsvorschriften bis in die Ursprünge des europäischen Einigungsprozesses zurückreichen, so hat sich doch laut BKPV „die Bereitschaft der EU-Organe, diesen Regelungen Geltung zu verschaffen, in den vergangenen Jahren enorm erhöht“.

Ausgehend von einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs hat die Kommission mit dem am 29. November 2005 veröffentlichten Monti-Paket den durch den EG-Vertrag vorgegebenen rechtlichen Rahmen für die Gewährung von Zuwendungen an Unternehmen, die mit der Wahrnehmung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind, ausgefüllt.

Richtung. Der Begriff ist weder im Vertrag noch im abgeleiteten Recht näher bestimmt.

Es herrscht jedoch weitgehend



**Helmut Stanglmayr, Geschäftsführender Direktor des BKPV.**

Übereinstimmung dahin gehend, dass er sich auf wirtschaftliche Tätigkeiten bezieht, die im Inter-

esse der Allgemeinheit erbracht werden und mit besonderen Gemeinwohlverpflichtungen verbunden sind.

Die einzelnen Regelungen des Monti-Pakets sind in vielen Punkten interpretationsbedürftig und haben nach den Erfahrungen des Bayerischen Kommunalen Prü-

**Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:**

## Die Zeit drängt!

**Schaidinger fordert vom Freistaat „klare Konzepte statt Ankündigungen“**

**„Die zentralen Orte brauchen ein stabiles Fundament. Der Freistaat muss die Kommunen im Kommunalen Finanzausgleich bei den Schlüsselzuweisungen so ausstatten, dass sie die Vielfalt ihrer Aufgaben auch erfüllen können“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz in München. Die Städte dürften nicht zum Gegner des ländlichen Raums stilisiert werden.**

„Das Bild, wonach die reichen Städte im Überfluss schwimmen, während die Landgemeinden am Hungertuch nagen, ist schief. Wenn wir den ländlichen Raum effizient fördern wollen, müssen wir eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden mit zentralörtlicher Funktion erreichen“, sagte Schaidinger. Der Freistaat müsse erkennen, dass die Förderung von strukturschwachen Regionen nicht über das bisherige Maß hinaus im Kommunalen Finanzausgleich erfolgen kann. Wer strukturschwache Regionen fördern will, müsse Strukturpolitik betreiben. Dies sei eindeutig Sache des Freistaats und dürfe

funksverbands die Kommunen bei der Erbringung ihrer Daseinsvorsorgeleistungen verunsichert. Allgemeine Hilfestellung bietet ihnen bislang die Bekanntmachung des Innenministeriums vom 2. August 2006.

**Erheblicher Aufwand, unklare Vorgaben**

Nach Ansicht des BKPV enthält das Monti-Paket für die Kommunen „neue bürokratische Erschwernisse, die einen nicht unerheblichen Aufwand bei der Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen verursachen“. Die „leider allzu häufig unklaren Vorgaben aus Brüssel“ seien von (Fortsetzung auf Seite 4)

nicht zu Lasten der übrigen Kommunen gehen.

**Alles aus einer Hand**

Beim Thema „Hilfe zur Pflege“ wiederum scheint laut Städtetagsvorsitzendem der Reformzug „in die falsche Richtung zu fahren“. „Der Städtetag hätte gerne für Pflegebedürftige und Behinderte eine konsequente Lösung gesehen: nämlich alles aus einer Hand, alles in den Händen der kreisfreien Städte und der Landkreise.“ Das Ergebnis sei ein Kompromiss: Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ist seit Januar 2008



**Amberg hat ein Museum für die Luft. Bei Kindern erfreuen sich nicht nur Exponate wie der Luftflipper, sondern auch Luftbastelkurse im „Fliegenden Klassenzimmer“ größter Beliebtheit (vgl. Seite 18). Foto: obx-news/Wolfgang Steinbacher**

schen Pflege brauchen, sollen sie möglichst schnell und effizient Hilfe bekommen - und zwar vor Ort“, so der Verbandschef. „Das Rathaus ist den Menschen näher als die Bezirksverwaltung. Der Bürgermeister ist näher am Bürger als der Bezirksstadtspräsident.“ Es seien die Städte, die in der ambulanten Hilfe zur Pflege am besten in der Lage sind, für Senioren das örtliche Netz in der Pflegehilfe weiter auszubauen.

Den Einwand, dass 96 örtliche Träger der Sozialhilfe (25 kreisfreie Städte und 71 Landkreise) die Verhandlungen mit den Heimträgern nicht schultern können, hält der Städtetag in diesem Zusammenhang für nicht stich-

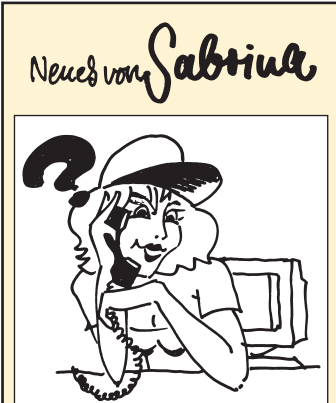
(Fortsetzung auf Seite 4)



**OB Hans Schaidinger.**

**Gute Bedingungen für alte Menschen**

„Es geht den Städten nicht darum, Zuständigkeit anzuhäufen. Aber es geht darum, für Senioren möglichst gute Bedingungen zu schaffen. Wenn alte Men-



**„Es hat sich bewährt, an das Gute im Menschen zu glauben, aber sich auf das Schlechteste zu verlassen“, zitiert die Vorzimmerperle des Schriftsteller Alfred Polgar. Hintergrund dieser Überlegung ist die Gefahr, zunehmend in eine Republik der skurrilen Vorschriften abzurufen. Seite 19**

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Erster unterfränkischer Umweltbildungstag	Seite 2
Kompetenzpartnerschaft für den ländlichen Raum	2
Integration und Chancengerechtigkeit fördern	2
<b>GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Abwanderungstendenz aus dem ländlichen Raum wird durch hohe Treibstoffkosten noch verstärkt</b>	<b>3</b>
Föderalismusreform 2 - Bund-Länder-Finanzbeziehungen	3
PPP-Projekte bieten Chancen für den Mittelstand	4
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
Umwelttechnik	6 - 8
Kommunal Finanzen	9 - 12
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	13/14
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau · Winterdienst	15 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

### Daseinsvorsorge

Das Konzept der „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ kann zwar nicht mit dem Begriff „Daseinsvorsorge“ gleichgesetzt werden; er geht jedoch in dieselbe

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

**Bayerische Gemeindezeitung**

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Einmal wie Sissy auf der Donau kreuzen: Die „Straße der Kaiser und Könige“ – der Donaubeschnitt zwischen Regensburg, Passau und Wien – gehört zu den fünf ostbayerischen Traumstraßen, die jedes Jahr hundertausende Besucher in die Region locken. In kaum einer anderen Region Deutschlands gibt es so viele Themenstraßen wie in Ostbayern – viele davon werden gerade jetzt im Herbst zu wahren Besuchermagneten. Glasstraße, Porzellanstraße, Hopfenstraße, Bier- und Burgenstraße sowie die Straße der Kaiser und Könige. Ein dichtes, hunderte Kilometer langes Netz an Straßen mit einmaligem Panorama, an Rad-, Wander- und Walking-Wegen sowie zahlreiche Einkehr- und Besichtigungsmöglichkeiten machen die sechs Themenstraßen bei Urlaubern zunehmend interessant. Ostbayerns Gemeinden, Vermieterbetriebe und allen voran der Tourismusverband haben in den letzten Jahren viel getan, um die Möglichkeiten zum traumhaften Themenurlaub weiter zu verbessern.

Foto: obx-news



Erster „Unterfränkischer Umweltbildungstag“:

## Der Schlüssel zum Erfolg

Staatskanzleichef Sinner als Festredner

Auf Einladung von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer sind Akteure der Umweltbildung und geladene Gäste des öffentlichen Lebens zum ersten „Unterfränkischen Umweltbildungstag“ in der Würzburger Residenz zusammengekommen. Die Festreden hielten Staatskanzleichef Eberhard Sinner und Marion Löwenfeld von der ANU (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung) Bayern.

Bereits zu Beginn hatten die Gäste in einer Ausstellung die Gelegenheit, die Vielfalt der Umweltbildung in Unterfranken kennen zu lernen. Die ersten Posten vor der Residenz waren ARNE, ein Bauwagen des Bund Naturschutz Main-Spessart, und das Klimobil der Umweltstation KJG (Katholische Junge Gemeinde)-Haus. Alle weiteren Einrichtungen präsentierten sich im Fürstensaal mit unterschiedlichsten Schwerpunktthemen.

In Festreden und einer Podiumsdiskussion wurde die enorme Bandbreite der Umweltbildungsangebote dargestellt. Dabei ging es nicht nur um die Leistungen der Einrichtungen, sondern auch um die Notwendigkeit einer sicheren finanziellen Basis.

### Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Kooperation

Wie Staatsminister Sinner erläuterte, ist der unterfränkische Umwelttag „ein Ausweis für die weit reichenden Umweltbildungsaktivitäten in meiner unterfränkischen Heimat“. Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Kooperation seien im Natur- und Umweltschutz die Schlüssel zum Erfolg. Naturschutz könne weder von oben nach unten verordnet werden, noch müsse er alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen, um nachhaltige Erfolge zu erzielen. Wie erfolgreich die Vernetzung in Fragen der nachhaltigen Entwicklung, des Umwelt- und Klimaschutzes funktioniere, zeigten etwa die bayerische Klimaa Allianz und der Umweltpakt Bayern, der kürzlich Halbzeitbilanz hatte. Sinner: „Freiwilligkeit, Eigeninitiative und Eigenverantwortung setzen mehr Kräfte

frei, als sie der Staat jemals allein aufbringen könnte!“

Je früher Umweltbildung beginne, desto besser, fuhr Sinner fort. Da persönliche Erfahrungen einen Menschen mehr prägen als alles angelesene Wissen, sei das individuelle Naturerlebnis durch nichts aufzuwiegen. Denn eines sei klar: „Ohne Kenntnis erwächst kein Verständnis.“ Deshalb fördere der Freistaat Projekte, die das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung durch praktische Anschauung und direktes Erleben wecken - gerade auch bei jungen Menschen.

### Umweltstationen

In allen Regierungsbezirken würden 42 anerkannte Umweltstationen durch ein eigenes Programm mit insgesamt rund 2

Mio. unterstützt. Dabei liege ein besonderer Schwerpunkt derzeit auf schulischen Projekten. Doch die Umweltstationen böten darüber hinaus für jeden anschauliche Naturerlebnisse: „Mit jährlich mehr als 8.000 Veranstaltungen werden über eine halbe Million Besucher erreicht“, wie Sinner betonte.

### BayernTour Natur

Eine besondere Rolle in der Umweltbildung spiele hier die BayernTour Natur. Was einst als bayernweiter Aktionstag begann, sei heute Deutschlands größte Umweltbildungsaktion. Auch die Bayerische Klimawoche Anfang Juni 2008 stelle ein großartiges Beispiel für Kooperation in der Umweltbildung dar. Bayernweit hätten die Partner der Klima-Allianz und weiterer Organisationen rund 500 interessante und spannende Aktionen für Jung und Alt wie Entdeckungstouren in freier Natur, Ausstellungen, Filme, Wettbewerbe oder Beratungstage durchge-

führt. Der verantwortungsvolle und nachhaltige Umgang mit den Ressourcen stehe auch im Mittelpunkt der Kampagne „WasSerleben 2008“. Seit dem Start im April hätten bereits über 20.000 Bürger an den Angeboten teilgenommen. Noch bis 4. Oktober laufe diese gemeinsame Kampagne der 91 bayerischen Einrichtungen und Netzwerke, die das Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“ tragen.

### Unverzichtbare Partner

Die Kommunen bezeichnete Sinner in diesem Zusammenhang als „unverzichtbare Partner in der Bildung für nachhaltige Entwicklung“. In Bayern wurden bislang mehr als 800 Agenda 21-Prozesse gestartet. Als Hilfe zur Selbsthilfe sind dazu rund 250 Kommunen mit insgesamt 1,7 Mio. finanziell gefördert worden. Um die Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 21 darüber hinaus zu unterstützen, wurde im November 2007 das „Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune“ gestartet. Aktive Kommunen finden darin eine Plattform für nachhaltige Entwicklung mit spezifischen Angeboten zur Bildung, Vernetzung und Kommunikation. **DK**

## Integration und Chancengerechtigkeit fördern

Bildungsqualität wird zum Start des Kindergartenjahres weiter verbessert  
Anstellungsschlüssel jetzt bei 1:11,5 / Basiswert auf rund 830 Euro angehoben  
Vorkurse Deutsch um 80 auf 240 Stunden erweitert

Zum Start in das neue Kindergartenjahr wird eine Reihe an Bildungsinitiativen wirksam. Darüber hat Sozialministerin Christa Stewens im Kabinett berichtet. „Durch die Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen mit einem neuen förderfähigen Anstellungsschlüssel von 1:11,5 statt bisher 1:12,5 wird mehr Raum für Bildung und Erziehung geschaffen. Auch die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund wird intensiviert: Die ‚Vorkurse Deutsch‘ werden nun um 80 auf insgesamt 240 Stunden erweitert. Damit stärken wir Integration und fördern Chancengerechtigkeit von früher Kindheit an“, erläuterte Stewens.

Zur Umsetzung dieser Qualitätsinitiativen und weiterer Änderungen wurde die Verordnung zur Ausführung des Bayerischen

Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes mit Wirkung vom 1. September 2008 geändert.

### Neuer Basiswert

„Bildungsqualität ist dem Freistaat viel Geld wert. Der neue Basiswert für die kindbezogene Förderung steigt auf 829,90 Euro. Die Mehrkosten hierfür in Höhe von 20,6 Millionen Euro jährlich tragen je zur Hälfte die Kommunen und der Freistaat“, erläuterte die Ministerin.

Durch die Verbesserung können die Träger Stewens zufolge Teilzeitverträge aufstocken oder mehr Personal beschäftigen. Bayernweit betrachtet entspricht die Anhebung rund 530 zusätzlichen Stellen. „Das sind wöchentlich über 20.000 Stunden mehr Zeit für Kinder, Zeit

für Bildung, Elternarbeit und Zusammenarbeit mit der Schule“, so Stewens.

### Deutschkenntnisse

In Bayern wird kein Kind mehr eingeschult, das nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt. Durch die Erweiterung der Vorkurse verbessern wir die sprachliche Förderung und ebnen so den Übergang in die Schule. Die Förderung beginnt bereits einhalb Jahre vor der Einschulung. Je zur Hälfte werden die Vorkurse von Lehrkräften der Grundschulen und vom Fachpersonal der Einrichtungen angeboten“, betonte die Ministerin. Damit Vorkurse angeboten werden können, erhalten die Träger für jedes Kind mit Migrationshintergrund eine um 30 Prozent erhöhte Förderung. Stewens: „Die Kosten für die Erweiterung der Vorkurse übernimmt der Freistaat in vollem Umfang. An die Träger werden hierfür rund 1,6 Millionen Euro jährlich ausgereicht.“

Jeder Träger kann pro Vorkurskind mit zusätzlich über 100 Euro im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung rechnen.“ **□**

## Dauerbeflaggung möglich

Die Dauerbeflaggung von bayerischen Behörden kann jetzt von den Kommunen übernommen werden, erklärte Peter Welnhof, der Leiter des Arbeitskreises für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

„Damit wollen wir der Identifikation unserer Bürgerinnen und Bürger Ausdruck verleihen“, so der CSU-Politiker. Das Innenministerium hat in einem Schreiben an die Kommunen auf diese Möglichkeit hingewiesen. Seit dem 17. Juni, dem früheren Tag der deutschen Einheit, werden wie zuvor schon der Bayerische Landtag auch die Staatskanzlei, alle Staatsministerien sowie die Regierungen und der Verwaltungsgerichtshof dauerbeflaggt.

„Bei der Fußballerunionmeisterschaft und auch schon vor zwei Jahren bei der Fußballweltmeisterschaft wurden wir alle Zeugen, mit welcher glühender Leidenschaft die Menschen Flag-

ge zeigen, ohne dass eine Spur von Überheblichkeit zu spüren gewesen wäre“, so Welnhof. Im Straßenbild würden die Flaggen in Deutschland genauso selbstverständlich wahrgenommen wie beispielsweise in den USA oder in Frankreich. „Was früher als anrüchig hingestellt wurde, ist heute Bestandteil eines gesunden, weltoffenen und toleranten Patriotismus“, sagte Welnhof.

Er könne den Kommunen deshalb nur empfehlen, dem Beispiel der bayerischen obersten Landesbehörden zu folgen und die Bayerische Staatsflagge, die Bundesflagge und soweit möglich auch die Europaflagge zum Beispiel vor dem Rathaus zu hissen. **□**

## Kompetenzpartnerschaft für den ländlichen Raum

Leipheim, Lkr. Günzburg - Die Zukunftssicherung der ländlichen Räume ist eine der zentralen politischen Aufgaben im Freistaat. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller bei der Eröffnung der 2. Regionalkonferenz zur Entwicklung des Ländlichen Raums in Leipheim erklärte, setzt die Staatsregierung dabei auf die Kompetenzpartnerschaft von Regionen, Gemeinden, Bürgern, Landwirten und Wirtschaftsbeteiligten.

Der ländliche Raum müsse sich vielen Herausforderungen, wie dem Strukturwandel in der Landwirtschaft, dem demographischen Wandel und der Verschärfung des ökonomischen Wettbewerbs stellen. „Da müssen alle zusammenarbeiten“, betonte der Minister vor rund 80 Teilnehmern aus Schwaben und dem westlichen Oberbayern. Ziel seiner Politik sei es, vitale Dörfer weiterzuentwickeln sowie eine flächendeckende Landbewirtschaftung zu erhalten.

Als kompetente Partner und Ratgeber leisten laut Miller die Verwaltungen für Ländliche Entwicklung sowie die Ämter für Landwirtschaft und Forsten mit ihren maßgeschneiderten Entwicklungs-, Förder- und Umsetzungsstrategien Hilfe zur Selbsthilfe. Dies gelte auch für viele Probleme, die nur durch interkommunale Zusammenarbeit gelöst werden können. Miller: „Dabei werden die Kräfte in guter Nachbarschaft gebündelt, gleichzeitig bleiben die Eigenständigkeit und die Identität der Gemeinden gewahrt.“ Die gute Kooperation aller Beteiligten, der Verwaltungen und der Planungsträger ermögliche es, zusammen mit den Fördermitteln des Freistaats den ländlichen Raum zu stärken. Zur Unterstützung der kommunalen Entwicklung und einer flächendeckenden Landbewirtschaftung leiste nicht nur die Flurneuordnung mit ihrer einzigartigen Bodenordnung einen wesentlichen Beitrag. Allein für die Dorferneuerung stehen dem Minister zufolge dieses Jahr über 70 Millionen Euro bereit - so viel wie nie zuvor. **□**

### Langzeitarbeitslose in der Pflege:

## Umgang mit Demenzkranken ist anspruchsvoll

Angesichts der aktuellen Diskussion um den Einsatz von Langzeitarbeitslosen zur Pflege demenzkranker Menschen hat der Deutsche Landkreistag (DLT) mehr Augenmaß in der hitzigen Debatte angemahnt.

DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz): „Viele Demenzkranke brauchen zusätzliche Unterstützung über die rein pflegerischen Leistungen hinaus. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass der Umgang mit Demenz anspruchsvoll ist und ein hohes Maß an Motivation erfordert. Daher muss sorgfältig geprüft werden, wie die neuen gesetzlichen Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Unterstützung für Demenzkranke genutzt werden können.“

### Hohe Sensibilität

Duppré verdeutlichte zudem, dass der soziale Umgang mit Demenz eine hohe Sensibilität erfordere und ausgesprochen belastend sein könne. „Pflegefachliche Anleitung ist daher das A und O und darf nicht nur eine Nebenrolle spielen, um möglichst viele Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen. Ziel ist vielmehr eine zusätzliche Betreuung und Begleitung für die demenzkranken Menschen.“

Beispielsweise hätten die Optionskommunen, die Hartz IV in Eigenregie umsetzen, ein besonderes Auge darauf, dass langzeitarbeitslose Menschen für den je-

weiligen Job nicht nur qualifiziert würden, sondern auch persönlich geeignet und motiviert seien. „Wir tragen für die Pflegebedürftigen ebenso Verantwortung wie für die eingesetzten Arbeitslosen. Und die Optionskommunen wissen, wovon sie sprechen: Bereits in der Vergangenheit gab es etwa Qualifizierungsmaßnahmen zur Alltagsassistenz für Demenzerkrankte.“

### Neue Arbeitsplätze

Auf diesem Gebiet können auch neue Arbeitsplätze entstehen“, so Duppré. Zum Hintergrund: Die Landkreise treten für die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und Versorgungskonzepte insbesondere für demenzkranke Pflegebedürftige ein. Sie sind nicht nur für die Altenhilfe und die Hilfe zur Pflege für diejenigen Menschen, die die Pflegekosten nicht alleine tragen können, verantwortlich. Sie sind auch Träger kommunaler Einrichtungen. Mit der zum 1. Juli 2008 in Kraft getretenen Pflegereform hat der Gesetzgeber für den Einsatz zusätzlicher Betreuungskräfte in Pflegeheimen neue Mittel zur Verfügung gestellt. **□**

## Musterklage gegen Steuernummern

Gegner der einheitlichen Steuernummern für alle Bundesbürger haben nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ eine Musterklage am Finanzgericht Köln eingereicht. Die Klage wegen der Zuteilung einer Steueridentifikationsnummer richtet sich gegen das Bundeszentralamt für Steuern in Bonn.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung könne der Rechtsstreit bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen, bestätigte ein Sprecher des Finanzgerichts dem Magazin (Az.: 2K 2822/08).

### Angst vor gläsernem Bürger

Die Musterklage sei von der „Humanistischen Union“ vorbereitet worden, so der Spiegel weiter. Deren Sprecher Sven Lüders sagte dem Magazin: „Wir fürchten, dass mit der einheitlichen Steuernummer ein Personenkenntnis geschaffen

wird, das nach und nach die Erkenntnisse verschiedener Behörden über jeden Einzelnen abrufbar macht - von den Punkten in Flensburg bis hin zu ansteckenden Krankheiten.“ Mit der Klage solle zumindest erreicht werden, dass die neuen Nummern nur für Aufgaben des Finanzamts verwendet werden dürfen. Die Nummern mit elf Ziffern werden seit Anfang August an alle Bundesbürger - auch Babys und Kleinkinder - verschickt. Die Steueridentifikationsnummer gilt ein Leben lang. **□**

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen  
direkt im Internet unter  
[www.1a-preisvergleichreisen.de](http://www.1a-preisvergleichreisen.de)

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Gerhard Loy  
95234 Sparneck  
am 25.9.

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Sterzer  
82386 Oberhausen  
am 17.9.

Bürgermeister  
Dieter Zehendner  
97539 Wonnfurt  
am 20.9.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Richard Müller  
95503 Hummeltal  
am 29.9.

Bürgermeister  
Johann Sailer  
92559 Winklarn Opf.  
am 17.9.

Bürgermeister Alfred Ostermeier  
85113 Böhmfeld  
am 23.9.

Bürgermeister  
Walter Scharwies  
63755 Alzenau  
am 27.9.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Schrott  
92269 Fensterbach  
am 17.9.

Bürgermeister Michael Stampfer  
85117 Eitensheim  
am 24.9.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Unhoch  
91625 Schnellendorf  
am 17.9.

Bürgermeister Wilhelm Schneider  
96126 Maroldsweisach  
am 19.9.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



## Föderalismusreform 2:

# Wird es ernst mit den neuen Bund-Länder-Finanzbeziehungen?

Von Dr. Georg Simnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Auf der Grundlage der Empfehlungen der Föderalismuskommission 1 wurden die Reformvorschläge zur Vereinfachung einer klareren Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern vor zwei Jahren in Kraft gesetzt. Die Länder wurden, vor allem im Bildungsbereich, in ihrer Zuständigkeit gestärkt. Erstaunlich ist dennoch, wie stark vor kurzem auch führende Bundespolitiker nach mehr Einheitlichkeit im deutschen Schul- und Bildungswesen riefen. Es war schon damals klar, dass nun die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen kommen muss.

Der Bundestag und der Bundesrat haben deshalb am 15. Dezember 2006 eine gemeinsame Kommission zur Modernisierung der föderalen Finanzbeziehungen eingesetzt. Sie hat den Auftrag, Vorschläge zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erarbei-

ten und Länder - letztere auch als Garanten für alle Kommunen - mit einem strukturellen Haushaltsausgleich im Mehrjahreszeitraum, gelten eine Reihe von Thesen. Eine Eingrenzung der Neuverschuldungsmöglichkeiten soll künftigen Haushaltskrisen vorbeugen. Ein Konsolidie-

liebe Geld wird es zum Schwere im deutschen Föderalismus kommen. Gerade bei der föderalen Finanzverfassung entscheidet sich, wie es mit dem Bundesstaat weitergeht. Wie viel Solidarität muss es im Föderalismus geben, wie viel Hilfe kann ein ärmeres Land von anderen Gliedstaaten verlangen?

## Wenige Geber-, aber viele Empfängerländer

Der jetzige Länderfinanzausgleich ist verknottet, kompliziert, undurchschaubar. Es gibt nur noch wenige Geberländer: Baden-Württemberg, Hessen, Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen - letzteres mit nur noch einem sehr geringen Betrag. Ihnen stehen elf Empfängerländer gegenüber mit Berlin (fast drei Milliarden Euro) an der Spitze. Bayern, ein in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland deutliches Empfängerland, zahlt heuer ca. zweieinhalb Milliarden Euro oder ca. 200 Euro je Einwohner an die übrigen Bundesländer.

## Entflechtung und stärkere Leistungsanreize

Entflechtung und stärkere Leistungsanreize müssen die Zielmarken der Reform des Finanzgefüges werden. Mehr Wettbewerb im Bundesstaat muss rentabel sein. Dies setzt möglichst gleichwertige Länder voraus. Sechzehn Bundesländer, teilweise kleiner als die bayerischen Bezirke und überwiegend Empfänger im Länderfinanzausgleich sind nicht mehr die angemessene föderalistische Gliederung Deutschlands für die Bildung eines gemeinsamen Europas.

Artikel 29 des Grundgesetzes sieht die Neugliederung als Möglichkeit vor. Doch ist dies wegen der erforderlichen Volksabstimmungen ein überaus zähes, wenn nicht fast übermenschliches Thema. Andererseits kommt in dem Beharren auf die eigene Landeskompetenz die Sehnsucht der Bürger nach regionaler, bürgerfreundlicher Nähe zu den zuständigen politischen Organen zum Ausdruck.

Diese könnte nach meiner Meinung in der Abwägung zwischen leistungsfähigen Bundesländern und regionaler Bürger-

## Liebe Leserinnen und Leser,

der seit Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts bekannte und teilweise drastische Rückgang der Bevölkerung im ländlichen Raum, insbesondere entlang des strukturschwachen Grenzkammes zur tschechischen Grenze, wird neuerdings auch noch durch den Wegfall der Pendlerpauschale und die exorbitant hohen Treibstoffkosten verschärft und beschleunigt.

Die Bemühungen betroffener Gemeinden, diesen Rückzug aus den „Restgebieten“ abseits von Zentren zu stoppen, scheitern oft nicht nur am eigenen Unvermögen, sondern auch an einer falschen politischen Weichenstellung. Viele

## Abwanderungstendenz aus dem ländlichen Raum wird durch hohe Treibstoffkosten noch verstärkt

Fern- und Nahpendler, beispielsweise aus dem bayerischen Wald, überlegen zu Recht, wie lange sie sich den Luxus der täglichen Fahrt vom Wohnort zum weit entfernten Arbeitsplatz in Dingolfing oder Deggendorf bei Spritpreisen, die sich auf 2,- /Liter zu bewegen, noch leisten können und ob es nicht doch besser wäre, direkt am Arbeitsort zu wohnen. Parallel zu dieser folgensweren Entwicklung streicht man noch die Steuervergünstigungen auf dem Weg zur Arbeit und zieht damit den Pendlern gleich in zweifacher Hinsicht die Daumenschrauben an. Das Maß ist voll! Zur Abwanderung wegen der Strukturschwäche, der fehlenden Verkehrsan-



## Kolumne Stefan Röble



bindung über ÖPNV-Angebote und der Zweitwohnsitzsteuer bei den Schülern und Studenten kommt jetzt noch der Exodus über die Energiepreisspirale. Und so es ist den Menschen nicht zu verdenken, dass sie ihren Landgemeinden den Rücken kehren und sich immer mehr dorthin orientieren, wo sie die (vermeintlich) bessere Lebenssituation vorfinden.

Es war ein großer Fehler, die Pendlerpauschale im Jahre 2007 ab dem ersten Kilometer abzuschaffen und stattdessen eine Härtefallregelung für Fernpendler einzuführen. Es wäre aber ein noch größerer Fehler jetzt abzuwarten, bis diese krasse Fehlentscheidung von Verfassungshütern wieder ausgegült wird. Hier muss im Interesse der vielen Arbeitnehmer aus dem ländlichen Raum schnell korrigierend eingegriffen werden. Mit der Wiedereinführung der Pendlerpauschale oder dem alternativen Wegfall der Ökosteuern ließen sich zwar nicht alle Defizite auf einmal beseitigen, aber man könnte damit das Ruder noch herumreißen und denjenigen ein Entlastungssignal geben, die dringend darauf angewiesen sind, die ohne eigenes Auto, ohne eigene Mobilität in der Existenz gefährdet wären. Der Vorschlag von Staatsminister Erwin Huber, wieder zur alten Regelung zurückzukehren, kann daher nur uneingeschränkt unterstützt werden. Das kann aber nur der erste Schritt zur Entlastung sein, weil damit der schon fast täglich steigende Mehraufwand für Fahrten zur Arbeitsstätte nicht einmal mehr annähernd ausgeglichen werden kann.

Auch das wäre ein wichtiger Beitrag zur propagierten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum.

Ihr Heinrich Lenz

## Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:  
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

ten, mit dem Ziel, diese den veränderten Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb Deutschlands, insbesondere für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik, anzupassen. Dieser Auftrag hat auch für das Verhältnis der Länder zu ihren Kommunen beachtliche Rückwirkungen. Die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften und ihre aufgabenadäquate Finanzausstattung sollen gestärkt werden.

## Kompromisse

Die Vorschläge der beiden Vorsitzenden der Kommission, Ministerpräsident Günther H. Oettinger (Baden-Württemberg) und der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Peter Struck, wurden am 23. Juni 2008 vorgelegt. Inzwischen sind vier Arbeitsgruppen beauftragt, Textvorschläge für die Änderung des Grundgesetzes und anderer Gesetze zu erarbeiten. Noch im Herbst dieses Jahres will die Kommission ihre Ergebnisse dem Bundestag und dem Bundesrat vorlegen. Die Kommissionsvorsitzenden sind sich bewusst, dass eine Einigung von allen Beteiligten Kompromisse abverlangt. Sie appellieren deshalb an alle, den Vorschlag nicht nur an den eigenen Interessen, sondern an den mit dem Reformprojekt verbundenen Fortschritten für den Gesamtstaat zu messen, was vor allem für die bestehenden Vereinbarungen wie den Solidaritätspakt 2 für die neuen Länder gelten muss.

## Nachhaltige Haushaltsentwicklung

Bei den Finanzthemen muss zentrales Ziel der Föderalismusreform sein, für die Zukunft eine nachhaltige, auf Dauer tragfähige Haushaltsentwicklung in ganz Deutschland zu ermöglichen. Einigkeit besteht darüber, die bisherigen Vorgaben des Grundgesetzes zur Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern und zu den Grenzen der Kreditaufnahmen zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Für die Schuldengrenze in einem gemeinsamen Rahmen für Bund

und Länder - letztere auch als Garanten für alle Kommunen - mit einem strukturellen Haushaltsausgleich im Mehrjahreszeitraum, gelten eine Reihe von Thesen. Eine Eingrenzung der Neuverschuldungsmöglichkeiten soll künftigen Haushaltskrisen vorbeugen. Ein Konsolidie-

## Eigenanstrengungen

Diesen sollen im Rahmen verbindlicher Vorgaben und nach Maßgabe allgemeiner Kriterien finanzielle Hilfen angeboten werden, die von zusätzlichen Eigenanstrengungen in mindestens gleichem Umfang abhängig sind. Die Frage der Altschuldentilgung halten die Vorsitzenden der Kommission für dauerhaft zwingend erforderlich, aber derzeit noch nicht für lösbar. Sie müssen nach Senkung der Schuldenstandsquote als erstem logischen Schritt in einer mittel- bis langfristigen Perspektive nach Erreichen der strukturell ausgeglichenen Haushalte angegangen werden. Die Flucht in die Verschuldung soll künftig versperrt sein. Deswegen werden Vorschläge zur Steuerautonomie von Bund und Ländern unterbreitet.

## Aufgabenentflechtung

Bei den Verwaltungsthemen, die mittelbar finanzielle Auswirkungen auf die Haushalte von Bund und Ländern haben, wird das Ziel angestrebt, durch Aufgabenentflechtung, Bündelung von Aufgaben, Standardisierung und Verbesserung der Zusammenarbeit die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften zu stärken. Besonders soll ein gesetzlich verankertes Benchmarking im Rahmen des Frühwarnsystems eingerichtet werden. Als nicht mehrheitsfähig wird die Übertragung der Steuerverwaltung auf den Bund angesehen. Dagegen sollen Verbesserungen im Steuerrecht erarbeitet werden.

Streitpunkte tun sich noch im Justizbereich, z. B. bei der Prozesskostenhilfe und der Kostenfreiheit in der Sozialgerichtsbarkeit auf. Die nächsten Monate werden zeigen, ob die neue Gemeinschaft in der Gesamtfinanzverantwortung des deutschen Bundesstaat zukunftsgerichtet beibehalten kann. Beim Streit um das

nähe dadurch gewonnen werden, dass in den größer werdenden Ländern dritte kommunale Ebenen mit demokratischer Repräsentanz eingeführt werden, wie sie in Bayern seit 180 Jahren mit den Bezirken bestehen. Der Bundesstaat in Deutschland muss subsidiär belebt werden. Wir brauchen einen europatauglichen Föderalismus. Eine Bundesrepublik Deutschland mit starken selbstbewussten Regionen hätte in einem solchen Europa weit bessere Chancen als ein Zentralstaat.

## Länder müssen stärker werden

Wir brauchen keinen Totalumbau des Staates. Der Föderalismus muss nur sein Gleichgewicht wieder finden. Hier hilft nur eine weitergehende Trennung der Aufgaben von Bund und Ländern mit entsprechenden Finanzgrundlagen. Die Länder

müssen stärker werden. Auch Europa geht eine Gratwanderung zwischen Einheit und Vielfalt. Könnte Deutschland nicht bei der Entwicklung des europäischen Föderalismus Pate stehen? Der größte föderal aufgebaute Mitgliedsstaat der EU ist wie kein zweiter berufen, der EU für einen intelligenten Ausgleich zwischen Unitarismus und Föderalismus Vorbild zu sein.

## Lebendige Vielfalt

Scheitert der Föderalismus schon bei uns in einem überschaubaren nationalen Rahmen, so werden die anderen EU-Mitglieder einer Bundesstruktur für Europa keine Zukunft geben. Führt die Krise des Föderalismus zu einer solchen in ganz Europa, so verliert auch die EU ihre einzige Entwicklungsoption zum Europa der Regionen, dem Europa der lebendigen Vielfalt und muss scheitern. □

## 180 Jahre Bezirke in Bayern

### König Ludwig I. setzte auf Regionalisierung

Vor 180 Jahren veränderte König Ludwig I. die Verwaltungsstruktur Bayerns grundlegend. Die sieben historischen Kulturregionen des Landes, die heutigen Bezirke, wurden per Gesetz im August 1828 gegründet. „Kommunale Selbstverwaltung und Partizipation der Bürger an hoheitlichen Entscheidungsprozessen waren damit möglich, Bayern trat mit einer dritten kommunalen Ebene den Weg in die Moderne an“, betonte Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein, der Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke, anlässlich des runden Geburtstages der bayerischen Bezirke.

### Vielfältiges Engagement

Die Aufgaben der Bezirke, die seit 1946 in der Bayerischen Verfassung verankert sind, wuchsen seit ihrer Gründung gewaltig. Heute sind sie Träger der überörtlichen Sozialhilfe, sie engagieren sich für Menschen mit Behinderungen, leisten Eingliederungshilfe oder Hilfe zur Pflege in Altenheimen. Sie sind Träger von Förderschulen oder Berufsfachschulen, und sie tragen Verantwortung für die Versorgung psychisch kranker Menschen. Die Denkmal-, Kultur- und Heimatpflege ist ihre dritte Hauptaufgabe. Neben eigenen Einrichtungen, wie den Freilichtmuseen, unterstützen sie zahlreiche überregional bedeutsame Veranstaltungen, Theater oder Museen.

Die Bezirksstages, die am 28. September 2008 von den Bürgerinnen und Bürger neu gewählt werden, sind, so Präsident Hölzlein, als „Kultur- und Sozialparlamente ein zentrales Element des innerbayerischen Föderalismus“. Die Regionalisierung und nicht die Zentralisierung habe, wie die 180-jährige Geschichte der Bezirke beweist, den außerordentlichen kulturellen Reichtum und das engmaschige soziale Netz in Bayern ermöglicht. □

## Tag der Heimat

### Beckstein: Bayern steht fest an der Seite der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler / Freistaat wird kulturelle Förderung deutlich aufstocken

Der Freistaat Bayern steht fest an der Seite der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler. Das bekräftigte Ministerpräsident Günther Beckstein in Coburg beim Zentralen Tag der Heimat. „Die 2,7 Millionen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, die seit 1945 nach Bayern gekommen sind, haben viel dazu beigetragen, dass Bayern zu dem geworden ist, was Bayern heute ist, das führende Land in Deutschland und eine der wohlhabendsten Regionen Europas. Der Vorsprung Bayerns ist mit ihr Werk. Und sie haben die Demokratie in unserem Land mit aufgebaut und sich immer zur Mitte der Gesellschaft bekannt. Aus ihren bitteren Lebenserfahrungen mit Diktaturen sind sie gefeit gegen Ideologen von Links und Rechts. Sie sind und bleiben der vierte Stamm Bayerns.“

Beckstein sieht es als Aufgabe von Bund und Ländern, Geschichte und Kultur der ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete zu bewahren: „Geschichte und Kultur der Siedlungsgebiete ist integraler Bestandteil der deutschen Geschichte. Bayern wird deutlich die Förderung für das Haus des Deutschen Ostens erhöhen, der Anlaufstelle für die kulturelle Förderung der Heimatregionen. Und wir setzen uns für die Errichtung eines Sudeten-deutschen Museums in Mün-

chen ein.“ Zudem wird das Kulturzentrum der Ostpreußen in Eilingen aufgewertet und gestärkt. „Die Heimatvertriebenen bewahren aber nicht nur die Erinnerung an die alte Heimat, sondern wollen Brücken dahin bauen und in ihrer alten Heimat aktiv werden. Hier zeigt sich echte Heimatliebe und Versöhnungswille. Mit Europa ist die alte Heimat nähergerückt“, machte der Ministerpräsident deutlich und sicherte seine Unterstützung zu. „Dort, wo Vertreibungen

stattgefunden haben, müssen sie auch als Unrecht benannt werden. In Offenheit und Wahrheit liegt der Kern für Verständigung.“

### Realisierung des Zentrums gegen Vertreibungen

Auch für eine zügige Realisierung des Zentrums gegen Vertreibungen will sich Beckstein einsetzen. „Vergangene Woche hat die Bundesregierung endlich beschlossen, dass in Berlin diese Dokumentations-, Erinnerungs- und Forschungsstätte entsteht. Es ist Zeit geworden, für einen solchen Ort, 63 Jahre nach Flucht und Vertreibung. Es wird ein Ort der Begegnung und Versöhnung wie der Erinnerung an die eigenen Opfer. Wir dürfen niemals die Lehren vergessen, die uns die Opfer der Vertreibung hinterlassen: Vertreibungen sind zu ächten, das Heimatrecht muss geachtet werden.“ □



# PPP-Projekte bieten Chancen für den Mittelstand

Neue Untersuchung identifiziert Public Private Partnership-Projekte als wachsendes Betätigungsfeld auch für mittelständische Unternehmen

**Berlin.** Mittelständische Betriebe (KMU) sind überproportional stark als (Haupt-)Auftragnehmer an kleineren PPP-Projekten beteiligt. Bei größeren Projekten sind sie vor allem als Nachunternehmer „in der zweiten Reihe“ einbezogen. Auf der zweiten und folgenden Ebene übernehmen sie durchschnittlich 70 bis 80 Prozent der Arbeiten. Deutlich mehr als die Hälfte der durch diese Projekte erzielten Wertschöpfung bleibt in der jeweiligen Region.

Dies sind die Kernergebnisse der neuen Untersuchung „PPP und Mittelstand“, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem Institut für Site und Facility Management GmbH (ISFM) erarbeitete. Die Forscher untersuchten dabei vor allem, ob PPP-Projekte so ausgestaltet sind, dass sie gleiche Beteiligungschancen für den Mittelstand eröffnen und in welchem Umfang der Mittelstand bisher an bereits laufenden PPP-Projekten beteiligt ist.

## Zwei Ziele

Im Rahmen dieser von der PPP Task Force im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie der PPP-Task Force im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenen Studie wurden im ersten Halbjahr 2007 30 ausgewählte PPP-Hochbauprojekte in Deutschland untersucht. Die Studie verbindet zwei Themen von hoher Aktualität: Die wachsende Bedeutung von Public Private Partnership-Projekten sowie das politische Ziel der „Förderung“ von mittelständischen Unternehmen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen einerseits, dass die These der „Mittelstandsfeindlichkeit“ von PPP nicht aufrechterhalten werden kann, dass andererseits

durchaus Verbesserungspotenziale in der mittelstandsgerechten Ausgestaltung der PPP-Projekte bestehen.

## Schwellenwert bei 15 Millionen Euro

Die immer wieder geäußerte Vermutung, dass es einen Zusammenhang zwischen Projektvolumen und Mittelstandsbeitrag gäbe, konnte trotz der vergleichsweise kleinen Zahl untersuchter Projekte statistisch eindrucksvoll bestätigt werden. In großen Projekten finden sich praktisch keine KMU als Hauptauftragnehmer, auch nicht als Partner in Konsortien. Dafür sind mittelständische Betriebe als (Haupt-)Auftragnehmer an kleineren PPP-Projekten überproportional stark beteiligt. Der (weiche) Schwellenwert, bis zu dem die Projekte mittelstandsgeeignet erscheinen, liegt nach der Studie jedoch nicht bei den vielfach in Fachliteratur und Praxis genannten zehn Millionen, sondern bei etwa 15 Millionen Euro.

## Die Hälfte geht an KMUs

Die Hälfte aller untersuchten Projekte weist ein geringeres Investitionsvolumen als 15 Millionen Euro auf. Das entspricht etwa dem bundesweiten Durchschnitt. Gleichzeitig sind damit

auch in 47 Prozent der Projekte KMU als Hauptauftragnehmer zum Zuge gekommen, entweder als Beteiligte an den Bieterkonsortien oder (in sechs Fällen) als alleiniger PPP-Auftragnehmer.

Nimmt man die Investitionsvolumina der Projekte zum Maßstab, ergibt sich ein anderes Bild. Etwa 81 Prozent der PPP-Investitionsvolumina der dreißig untersuchten Projekte wurden danach in Projekten realisiert, in denen auf der ersten Ebene keine KMU einbezogen sind. Auch dieses Ergebnis folgt aus der Affinität mittelständischer Unternehmen für kleinere Projektvolumina.

## Optimierungspotenziale

Zwar hat sich das Investitionsvolumen in der Studie als das wesentliche „Erklärungsmerkmal“ für die Beteiligungswahrscheinlichkeit von KMU als Hauptauftragnehmer herausgestellt. Dennoch weisen die Ergebnisse der Untersuchung auch auf erhebliche Optimierungspotenziale im Hinblick auf die mittelstandsgerechte Ausgestaltung von PPP-Projekten hin: zum Beispiel im Hinblick auf die Bereitstellung von Informationen im Vorfeld einer Ausschreibung oder die Verlängerung der Ausschreibungsfristen.

## Zusammenarbeit

Ein erfreuliches Ergebnis der Studie ist schließlich, dass die Zusammenarbeit in den PPP-Projekten nach Einschätzung sowohl der öffentlichen Auftraggeber als auch der privaten Auftragnehmer weitgehend positiv und partnerschaftlich verläuft. Auch wenn die Zufriedenheit insgesamt relativ hoch ist, werden aus Sicht der öffentlichen Auftraggeber die Leistungen der großen Unternehmen tendenziell besser beurteilt. Dies ist ein Hinweis darauf, dass KMU als Auftragnehmer von PPP teilweise noch professioneller agieren müssten.

Die ausführlichen Ergebnisse sind als Sonderveröffentlichung erschienen (als Printfassung für 12,90 Euro und zum Download kostenfrei).

**Die Untersuchung im Internet: PPP und Mittelstand. Untersuchung von 30 ausgewählten PPP-Hochbauprojekten in Deutschland**  
<http://www.difu.de/publikationen/liste.phtml?kategorie=Sonderveröffentlichungen>.

# Die Zeit drängt ...

(Fortsetzung von Seite 1) haltig. Bei den Verhandlungen der Sozialhilfeträger mit den Heimen für Kinder- und Jugendhilfe hätten sich vier professionelle Verhandlungsteams bestens bewährt. „Es würden also nicht mehr Ansprechpartner, sondern weniger“, erklärte Schaidinger.

## Kein neues Personal einstellen

Der Städtetag forderte die Bezirke auf, bis zur endgültigen Entscheidung kein neues Personal einzustellen, sondern den Vollzug der Eingliederungshilfe vorerst im Wege der Delegation auf Ebene von Städten und Landkreisen zu belassen. Die Bezirke dürften in der gegenwärtigen Übergangsphase keine vollendeten Tatsachen schaffen.

In punkto Krippenausbau forderte Schaidinger den Freistaat auf, sich auch an den Kosten für den Betrieb zu beteiligen. Während bei den Investitionen der Freistaat seine Mittel verdoppelt habe, schauten die Kommunen bei den Betriebskosten bislang in die Röhre. „Wir sind bereit, unseren Teil zu schultern“, machte der Städtetagschef deutlich. Fair wäre es seiner Ansicht nach, „wenn Bund, Freistaat und Kommunen jeweils ein Drittel der Kosten für den Betrieb von Krippen tragen würden“.

Die Zeit drängt, sollen doch bereits ab dem 1. Januar 2009 für die zusätzlichen Krippenplätze Fördermittel des Bundes zur Verfügung stehen. „Der erste Schritt ist gelungen. Wenn jetzt nicht auf die Investitionskosten der zweite Schritt mit den Betriebskosten folgt, würde den

# Oberbayern ist erdgeschichtliche Schatzkammer

630 Geotope aus 250 Millionen Jahren / Mittenwalder Buckelwiesen in Bestenliste der Naturwunder Bayerns

Mit mehr als 630 Geotopen aus 250 Millionen Jahren Erdgeschichte zählt Oberbayern zu den geologisch vielfältigsten Regionen im Freistaat. Das betonte Umweltminister Otmar Bernhard in Mittenwald bei der Verleihung des Geotop-Gütesiegels an die Buckelwiesen. Bernhard: „Die Buckelwiesen bei Mittenwald sind bereits das 14. oberbayerische Geotop, das in die ewige Bestenliste der 100 schönsten Naturwunder Bayerns aufgenommen wurde.“ Vorausgegangen ist eine landesweite Erfassung von bizarren Felsfor-

men, dunklen Höhlen, aufgelassenen Steinbrüchen und tiefen Quellen, um sie als eindrucksvolle Naturschöpfungen der Nachwelt zu erhalten. Seit über 20 Jahren untersuchen und bewerten die Geologen des Landesamts für Umwelt rund 3.000 Geotope; davon ein Fünftel aus Oberbayern. „Naturschutz hat in Bayern lange Tradition. Bereits 1840 verfügte König Ludwig I. den Schutz der Weltenburger Enge bei Kelheim. Geotope sind Zeugen der Vergangenheit, die uns die Zukunft lehren können“, so der Minister.

Städten und Gemeinden die Sicherheit für die Planung des weiteren Krippenausbau fehlen“, meinte Schaidinger.

## Klare Konzepte

Beim Thema Ganztagschule plädiert der Bayerische Städtetag für „klare Konzepte statt Ankündigungen“. Das Kultusministerium müsse endlich Nägel mit Köpfen machen. Wenn der Staat den Ausbau der Ganztagschule proklamiert, müsse er einen konkreten Plan vorlegen. Der Städtetag baut darauf, dass auf dem von Ministerpräsident Beckstein angekündigten Bildungsgipfel ein erster Entwurf dieses Plans diskutiert wird.

Bei den Hauptschulen beabsichtigt die Staatsregierung eine Umsetzung bis zum Schuljahr 2012/2013 an 600 Standorten. Das ist Schaidinger zufolge zu spät und erfasst nicht alle Hauptschulen. Die Verzögerung werfe in der Folge noch weitere Probleme auf: „Wenn es an einem Ort eine Ganztagschule gibt, am anderen Ort aber nicht, wandern die Schüler zu der Schule mit dem besseren Ganztagskonzept. Hier muss der Staat zulegen.“

Bei den Grundschulen gibt der Staat ein Ausbauziel von 500 vor. Bei 2300 staatlichen Grundschulen ist auch dieses nach Auffassung des Städtetags zu wenig. Erwartet wird ein Angebot, das dem Bedarf von Schülern und Eltern gerecht wird. Der konkrete Bedarf müsse ermittelt werden. Noch völlig im Dunkeln seien die Ausbauziele bei den Gymnasien, Realschulen und Wirtschaftsschulen. Schaidinger: „Wir brauchen konkrete Aussa-

gen, von welchem Bedarf der Staat ausgeht. Deshalb fordern wir einen Ausbauplan und einen Stufenplan.“

## Mittel für Ganztagschulen

Darüber hinaus dürfe der Staat die gebundene Ganztagschule nicht nur verkünden, sondern müsse sie tatsächlich einführen, forderte der Vorsitzende: „Es darf nicht dazu kommen, dass im Kleingedruckten die Kommunen wieder als Ausfallbürgen herhalten müssen, wenn dem Staat die Mittel für Ganztagschulen fehlen. Lange genug haben die Kommunen Vorleistungen erbracht.“ Schulische Ganztagsplätze seien in Bayern bislang überwiegend von kommunalen und freien Trägern geschaffen worden, also nicht vom Staat.

## Individuelle Förderung

Tatsache sei, dass Ganztagschulen Kinder individuell fördern und intensiveres Lernen ermöglichen. Der ganztägige Aufenthalt in der Klassengemeinschaft helfe bei der Vermittlung sozialer Kompetenzen. Dies könne nur die gebundene Ganztagschule, also ein rhythmisiertes Unterrichtsangebot, der den Pflichtunterricht auf den Vormittag und den Nachmittag verteilt. Dazwischen lägen Erholungs- und Bewegungsphasen. Auch die Sprachentwicklung könne besser gefördert werden. „Es ist mittlerweile unstrittig, dass die gebundene Ganztagschule leistungsfähiger ist als das herkömmliche System“, hob Schaidinger abschließend hervor. **DK**

# Bürokratische Erschwernisse ...

(Fortsetzung von Seite 1) den Kommunen umzusetzen, möge man den Inhalt der Anforderungen und den dafür notwendigen Aufwand auch kritisch beurteilen. Die Risiken, die bei einer fehlenden oder mangelhaften Umsetzung drohen, seien erheblich. Kommunen, die Unternehmen mit gemeinwohlbezogenen Dienstleistungen betrauen und hierfür Ausgleichsleistungen erbringen, seien gehalten, Ausgleichsleistungen auf EU-Beihilferechtskonformität zu überprüfen und diese Unternehmen gegebenenfalls mit entsprechenden Betrauungsakten auszustatten. Positiv sei abschließend festzuhalten, „dass die Voraussetzungen in der Praxis zumeist erfüllbar sein dürften“, so der Prüfungsverband.

## Beihilfeproblematik

Was die Themen EU-Beihilfe und kommunale Wirtschaftsförderung anbelangt, so bleibt nach Auffassung des BKPV festzuhalten, „dass über die Beihilfe-problematik nach wie vor eine Mischung aus Unkenntnis und Unsicherheit vorherrscht“. Vereinzelt werde aber auch trotz Kenntnis der Vorschriften über die EU-Beihilferegelungen hinweggesehen. „Es wäre jedoch verfehlt, hier ausschließlich den Kommunen oder kommunalen Körperschaften die alleinige Verantwortung für die Nichtbeachtung oder Unkenntnis der Beihilfevorschriften zuzuweisen“, stellt der Prüfungsverband fest. Prüfungen vor Ort und Gespräche mit Kommunalvertretern hätten gezeigt, dass mehrere Faktoren von Bedeutung sind.

So sei zunächst die kommunale Tagespolitik von Flexibilität

und Spontaneität geprägt. Für die Vertreter der Kommunen werde der Umstand, dass ein Notifizierungsverfahren bei der EU-Kommission eine erhebliche Vorlaufzeit in Anspruch nimmt, häufig als praxisfremd und nicht akzeptabel angesehen. Hinzu komme, dass von den Vertretern der Kommunen häufig beklagt wird, dass verwertbare Informationen zu den Beihilfavorschriften kaum oder nur spärlich existieren. Daneben werde die Frage aufgeworfen, welche „Stelle“ in Bayern überhaupt Auskünfte zur Beihilfe-problematik erteilen kann.

## EU-eigener Sprachstil, unklare Konstellationen

Fakt sei, dass soweit eine Kommune im Einzelfall eine andere Stelle (z. B. BKPV) zur Beurteilung in beihilferechtlicher Hinsicht einschaltet, von dieser Stelle nur eine unverbindliche Einschätzung abgegeben werden kann. Eine rechtsverbindliche Entscheidung bei einem konkreten Einzelfall könne letztlich nur die Europäische Kommission treffen. Die (wenigen) Veröffentlichungen zu der Thematik seien einerseits nahezu unbekannt, zum anderen beantworteten sie häufig nicht die Fragen, die sich in der kommunalen Praxis ergeben.

Darüber hinaus erfordere das Studium der EU-Rechtsquellen eine gewisse Überwindung, sich durch zeitintensive Recherchen die Vorschriften zu besorgen und sich mit den - durch eigenen Sprachstil geprägten - Regelungen zu beschäftigen. Häufig bleibe ein Gefühl der Unsicherheit zurück, ob man den Inhalt des Gesetzeswortlauts und die Systematik

der Regelungen verstanden hat.

Die Zulässigkeit kommunaler Maßnahmen, die eine (mögliche) EU-Beihilfe-problematik beinhalten, beurteilt sich laut BKPV zunächst nach nationalem Recht. Das bedeutet, dass kommunale Aktivitäten nicht nur nach Kommunal-, Haushalts-, Abgabenrecht und gegebenenfalls weiteren nationalen Rechtsvorschriften, sondern zusätzlich nach EU-Beihilferecht zu beurteilen sind. Dies führe in der Praxis zu Fallkonstellationen, wonach zum Beispiel eine Maßnahme zwar nach nationalem Recht zulässig, jedoch nach EU-Beihilferecht unzulässig oder zumindest notifizierungspflichtig ist. Derartige Ergebnisse seien teilweise schwer vermittelbar.

## Immer mehr kommunale Aufgabenfelder

Grundsätzlich, so der Prüfungsverband, sei die Tendenz erkennbar, dass das EU-Beihilferecht auf immer mehr kommunale Aufgabenfelder anzuwenden ist und damit an Bedeutung gewinnt. Dabei zeige sich teilweise die EU-Beihilfe-problematik bei den einzelnen Fallgestaltungen erst auf den zweiten (oder dritten) Blick. Die EU-Beihilfeverstöße könnten wegen möglicher Schadensersatzforderungen, Rückabwicklungen sowie Haftungsfragen unter Umständen erhebliche finanzielle Folgen nach sich ziehen. „Deshalb werden die Kommunen zwangsläufig ihr Verwaltungshandeln zunehmend auf die EU-Beihilferegelungen abzustimmen haben.“ Die Kenntnis der Grundzüge des EU-Beihilferechts sei hierbei unerlässlich. **DK**

## Zehn Forderungen der Städte und Gemeinden ... an Landtag und Staatsregierung zur Landtagswahl

- Der Staat muss ein detailliertes Gesamtkonzept für den landesweiten, bedarfsgerechten Ausbau und die Finanzierung der Ganztagschule vorlegen. Die Hauptschule ist umgehend flächendeckend als berufsorientierte und gebundene Ganztagschule auszubauen.
- Der Staat muss ein Drittel der Betriebskosten übernehmen. Das Mittagessen für alle Kinder ist sicherzustellen. Die Jugendsozialarbeit muss als gemeinsame Aufgabe von Staat und Kommunen anerkannt, ausgebaut und hälftig finanziert werden. Die Seniorenarbeit bedarf stärkerer staatlicher Unterstützung. Ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege gehören in eine Hand und müssen bei den kreisfreien Städten und Landkreisen gebündelt werden.
- Die Finanzierung kommunaler Aufgaben muss gesichert werden. Der Staat hat das Konnexitätsprinzip umzusetzen, auch bei den Personalkosten. Die Beteiligung der Kommunen an den staatlichen Einnahmen ist zu erhöhen. Die Gewerbesteuer muss erhalten bleiben.
- Die kommunale Daseinsvorsorge muss „europafest“ werden. Die Staatsregierung ist aufgefordert, die kommunale Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge gegenüber der Brüsseler und Straßburger Regulierungsmanie zu schützen. Die Zukunft der Stadtwerke ist zu sichern.
- Städte und Gemeinden brauchen staatliche Investitions- und Förderprogramme, die den Einsatz erneuerbarer Energien weiter vorantreiben und eine systematische und flächendeckende Sanierung des Gebäudebestands unterstützen. Benötigt wird eine Rechtslage, die die Nutzung erneuerbarer Energien in Haushalten und Gewerbebetrieben sicherstellt.
- Der Staat muss die städtischen Theater mindestens genauso bezuschussen wie seine eigenen Theater. Die von den Kommunen getragenen Volkshochschulen nehmen zunehmend die Aufgabe von Bildungslotsen wahr und müssen deshalb besser vom Staat gefördert werden.
- Das kommunale Eigentum an den Sparkassen muss erhalten bleiben. Der Freistaat ist gehalten, mit den Kommunen auf eine zügige Konsolidierung der Landesbank hinzuwirken.
- Der Einheitliche Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie muss bei den Kommunen angesiedelt werden.
- Zentrale Orte sind in ihrer Versorgungsfunktion durch Änderung des Landesentwicklungsprogramms beim Einzelhandel zu stärken.
- Der Staat muss die Einführung neuer Technologien in den Kommunen durch Übernahme der Kosten für den Betrieb des neuen Digitalfunks und Bereitstellung von eGovernment-Basiskomponenten unterstützen. **DK**



[www.lfa.de](http://www.lfa.de)



**NEU!**

| **Infrakredit Kommunal** |

### **Der Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen**

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir ab sofort für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den Infrakredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Eine neue Finanzierungsmöglichkeit für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Verkehrsinfrastruktur, die mit stark zinsverbilligten Konditionen auf Ihr Interesse stoßen wird. Besuchen Sie unsere Internetseite [www.lfa.de](http://www.lfa.de) oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-24 84. Wir sind für Sie da.

  
**LfA FÖRDERBANK BAYERN**  
Damit machbar wird, was denkbar ist.





Blick auf den Baufortschritt: Statt massiger Depotcontainer sieht man wie hier in Feldkirchen nur noch kleine, unauffällige Einfüllstutzen (Bild rechts). Die Verbindung zwischen ästhetischem Design und Umweltschutzgedanken ist ideal.

Unterflur-Sammelbehältersysteme von H&G:

## Für ein attraktives Stadtbild

Entsorgung der Wertstoffsammelstellen einmal anders: sauber, unauffällig und unterirdisch

Die Gemeinde Feldkirchen, im Landkreis München, Regierungsbezirk Oberbayern, gelegen, hat sich vor einiger Zeit für Unterflur-Sammelbehältersysteme entschieden. In der 6200 Einwohner Gemeinde kam es in der Vergangenheit immer wieder zum Unmut in der Bevölkerung über die Lärmentwicklung und zunehmende Vermüllung der oberirdischen Depotcontainer, die meist ein Schandfleck für ihre Umgebung waren.

Im Zuge eines Neubaugebiets wurde in der Gemeinde 2001 erstmalig die Chance ergriffen, diesem Problem entgegenzuwirken und die Wertstoffsammelstellen unterirdisch einzurichten.

Mit den Unterflur-Sammelbehältersystemen zeigt man, dass es auch anders geht. Statt massiger Depotcontainer sieht man nur noch kleine, unauffällige Einfüllstutzen. Man hört nichts, riecht nichts und sieht kaum etwas. Alles ist unter der Erde, das Stadtbild ist in Ordnung.

### Beispiele für erfolgreichen Einsatz

In der Zwischenzeit wurden bereits zahlreiche weitere Standorte mit Unterflur-Systemen ausgestattet, wie z. B. in der Weststraße im Jahr 2006 und in der Emeranstraße seit Juli 2008. Auch einige umliegende Gemeinden wie Aschheim, Haar, Unterföhring und Vaterstetten setzen bereits seit einiger Zeit mit Erfolg Unterflurssysteme von H&G ein.

### Ideale Verbindung zwischen Ästhetik und Umweltschutzgedanken

Mit dem H&G Unterflur-Sammelbehältersystem Europa ist eine ideale Verbindung zwischen ästhetischem Design und Umweltschutzgedanken gefunden. Wertstofftrennung bleibt ein wichtiges Thema, doch die Umsetzung gelingt nicht immer. Wertstoffsammelstellen können sich durch ihre Optik und Funktion auch angenehm in die Wohn-

umgebung einfügen und dabei designbewusste Stadtplaner wie Anwohner zufrieden stellen.

### Praktische Befüllung

Von außen betrachtet sind die H&G Unterflur-Sammelstellen klein und durch eine verbesserte Lärmdämmung sowie extra großen Einwurflappen leise und praktisch zu befüllen. Sie sorgen für ein sauberes, aufgeräumtes und damit attraktives Stadtbild. Das eigentliche Sammelbehältersystem liegt unter der Erde, mit einem Volumen von 3 bis 5 m<sup>3</sup> und profitiert durch sein vielseitiges und sicheres Schachtsystem. Das System lässt sich flexibel an den Nutzerbedarf anpassen, da die einzelnen Elemente jederzeit auf Papier-, Glas- oder Restmüll umrüstbar sind.

### Kostenvorteil

Extra große Einwurflappen sorgen für eine gleichmäßige Verteilung des Wertstoffabfalls im Behälter. Somit kann der vorhandene Platz von bis zu 5 m<sup>3</sup> Sammelvolumen pro Behälter voll ausgenutzt werden. Gleichzeitig ergibt sich daraus ein Kostenvorteil, da das Sammelbehältersystem seltener geleert werden muss.

### Lange Lebensdauer

Eine robuste Ausführung garantiert eine lange Lebensdauer mit geringen Wartungskosten und ermöglicht eine „Rund-um-die-Uhr“-Nutzung durch Schalldämmung. Die Entsorgung ist

einfach und vollzieht sich für die Entsorger im praktischen Einmannbetrieb. Der Sammelbehälter wird ganz komfortabel vom Fahrerhaus aus an den Haken genommen und entleert. Zur Auswahl stehen alle Hakensysteme, die kompatibel mit den gängigen Entleerungssystemen sind. Während des Entsorgungsvorgangs fährt eine Sicherheitsplattform automatisch an die Oberfläche und deckt den offenen Schacht sicher ab. Ein kluges Entsorgungskonzept - schnell, sauber, gefahrlos.

### Abfallverbrennung:

## Kein Gegner der Abfallvermeidung

Neues Hintergrundpapier des Umweltbundesamtes

Die Abfallverbrennung steht einer Vermeidung der Abfälle nicht entgegen. Zu diesem Ergebnis gelangt das Umweltbundesamt (UBA) in einem neuen Hintergrundpapier. „Das Prinzip der Vermeidung hat weiterhin Vorrang vor der Verwertung und Beseitigung des Abfalls“, betont der Präsident des UBA, Prof. Dr. Andreas Troge.

Die thermische Nutzung der Abfälle sei gleichwohl unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen Abfallwirtschaft, denn Abfallverbrennungsanlagen (MVA) leisteten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Schonung natürlicher Ressourcen. Dies ergaben Untersuchungen des UBA und verschiedener Umweltforschungsinstitute.

Da in einer Konsumgütergesellschaft auch weiterhin Abfälle anfallen werden, bleibt die thermische Behandlung der Abfälle, die nicht anderweitig verwertbar sind, auch künftig notwendig und sinnvoll. Der europäische Vergleich zeigt Troge zufolge, dass Länder mit einer fortschrittlichen Abfallwirt-

H&G Entsorgungssysteme GmbH entwickelt seit 15 Jahren Unterflur-Sammelbehältersysteme und inzwischen gibt es viele schöne Beispiele von bundes- und europaweiten H&G-Installationen. Denn H&G ist einer der führenden Anbieter und kann den nationalen wie internationalen Kunden ein Komplett-Paket anbieten: Von der Beratung, Planung und Produktion bis hin zur Montage und Inbetriebnahme vor Ort für individuelle Kundenlösungen. So ist H&G beispielsweise ebenso in der Lage, vorhandene ältere Standorte, auch von Mitbewerbern, auf aktuelle Produkte von H&G umzurüsten.

**H&G Entsorgungssysteme GmbH, Tel. 02736/50960, www.hg-systems.com**

schaft sowohl einen hohen Anteil der Abfallverbrennung als auch hohe Quoten der stofflichen Verwertung aufweisen – etwa Dänemark und die Niederlande. Demnach steht die Abfallverbrennung hohen Recyclingquoten nicht im Weg.

### Deutliche Einsparung

Die Abfallverbrennung sei eine umweltverträgliche Möglichkeit der Abfallentsorgung, soweit die Abfälle nicht anderweitig verwertbar sind. Mit der in MVA erzeugten Energie ließen sich fossile Energieträger wie Kohle oder Öl ersetzen. Das spare jährlich etwa 9,75 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in Deutschland. Die Nettoentlastung vermiedenen Kohlendioxids liege

– wegen des fossilen Anteils im Abfall und des Fremdenergiebezugs – bei knapp 4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Diese Menge entspreche den CO<sub>2</sub>-Jahresemissionen von etwa 1,6 Millionen Pkw.

### Höhere Materialeffizienz vonnöten

Vorrangiges Ziel ist und bleibt es laut UBA jedoch, Abfall so weit wie möglich zu vermeiden. Dafür bedürfe es vor allem einer höheren Materialeffizienz bei der Herstellung der Produkte: Je weniger Material bei der Produktion nötig ist, desto geringer seien die Abfallmengen. Insbesondere sei allerdings ein Umdenken der Konsumenten erforderlich. So gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, Waren und Dienstleistungen intensiver zu nutzen und damit Abfall zu vermeiden – etwa selten genutzte Geräte auszuleihen statt zu kau-

Bayernweite Abfallgebühren:

## Bamberg rangiert unter den Top 10

Der Landkreis Bamberg zählt bei den Abfallgebühren zu den zehn günstigsten Städten bzw. Landkreisen in Bayern. Dies hat eine aktuelle Studie des bayerischen Umweltministeriums ergeben. Landrat Dr. Günther Denzler zufolge ist dies „eine schöne Bestätigung für unser 2004 neu eingeführtes Abfallwirtschaftskonzept“.

Verglichen wurden die Abgaben einer vierköpfigen (Modell-)Familie bei Nutzung der kleinsten möglichen Restmülltonne. Während im Bayern weiten Durchschnitt 165,40 jährlich aufgewendet werden müssen, sind im Landkreis Bamberg nur 113,40 fällig. Dieser Betrag kann durch den Verzicht auf einzelne Tonnenleerungen sogar noch reduziert werden. Den Bundesdurchschnitt beziffert die Studie auf 179 pro Jahr. Eine Fortschreibung der Gebührenkalkulation in den vergangenen Wochen ergab, dass die günstigen Gebühren im Landkreis Bamberg auch über das Jahr 2008 hinaus gehalten werden können.

### Satzungen ausgewertet

Insgesamt hat das Umweltministerium die Satzungen von 86 öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern ausgewertet. Neben der Kostenstruktur zeigt die Studie außerdem die unterschiedlichen Leistungen der Städte und Landkreise auf, die mit den Gebühren abgedeckt werden. Auch in diesem Bereich gibt es im Landkreis Bamberg keine Abstriche, im Gegenteil: „Unser Drei-Tonnen-System wird vom Ministerium sogar ausdrücklich als ‚umfangreiche Serviceleistung‘ hervorgehoben“, so Denzler.

In 68 bayerischen Kommunen können Haushalte getrennte Sammelsysteme für Bioabfälle nutzen, nur 52 Entsorgungsträger bieten die Erfassung von Altpapier über die Papiertonne an. Der Vergleich der Konzepte zur Sperrmüllabfuhr zeigt, dass nur 47 öffentlich-rechtliche Entsor-

gungsträger den Bürgern hierfür eine kostenfreie Dienstleistung anbieten – die Sperrmüllabholung ohne Zusatzkosten ist in Bayern also längst keine Selbstverständlichkeit mehr.

„Die Abfallwirtschaft des Landkreises muss jedoch auch die Veränderungen im Kostenbereich im Auge behalten“, betonte der Landkreischef. „Ein Flächenlandkreis wie Bamberg bedeutet eine immense Fahrleistung des Entsorgers, um alle Haushalte zu bedienen. Und wie jeder weiß, sind die Treibstoffkosten sind in den letzten Monaten stark gestiegen.“ Sie werden in der Summe die Kostenrechnung der Abfallentsorgung weiter belasten. Hinzu kommen weitere Teuerungen, die ihre Auswirkungen haben werden. „Die Abfallgebühren bleiben aber vorerst stabil“, gab Denzler Entwarnung.

### Potenziale nutzen

Ziel ist es, alle vorhandenen Potentiale zur Kostensenkung zu nutzen, u. a. Erlöse aus verwertbaren Abfällen. An erster Stelle steht dabei die Vermarktung des Altpapiers aus der grünen Tonne. Alle Einnahmen aus diesem Bereich kommen den Bürgern über die niedrigen Gebühren wieder zugute. Dem Umweltausschuss des Kreistages soll im Herbst dieses Jahres die Fortschreibung der Gebührenkalkulation vorgelegt werden. Laut Denzler „werden wir die erfreuliche Mitteilung machen können, dass wir uns aus heutiger Sicht in den nächsten zwei Jahren nicht mit einer Gebührenerhöhung auseinandersetzen müssen“. **DK**

### Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg:

## Großauftrag für elektronisches Abfallnachweisverfahren

Mit einem neuen Großauftrag im Volumen von rund drei Millionen Euro setzt die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) weiter konsequent auf qualitatives Wachstum. Bei der Ausschreibung für ein bundesweit einheitliches elektronisches Genehmigungsverfahren für die Abfallentsorgung konnte sich die KDO gegenüber wesentlich größeren Konkurrenten durchsetzen und vor allem durch technische Innovationen und langjährige Erfahrungen im Bereich E-Government überzeugen. Ziel des von der Gesellschaft für die Entsorgung von Sonderabfällen mbH (GOES) in Auftrag gegebenen Projektes ist die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren und eine damit verbundene höhere Kosteneffizienz in der Verwaltung.

„Insbesondere unsere langjährige Erfahrung mit dem Ver- und Entschlüsselungssystem ‚Governikus‘ und dem mehrfach ausgezeichneten ‚Deutsche Verwaltungsdienstverzeichnis‘ (DVDV), an dessen Entwicklung wir maßgeblich beteiligt waren, waren entscheidende Faktoren, diesen Großauftrag an uns zu vergeben“, unterstreicht Dr. Rolf Beyer, Geschäftsführer der KDO.

Das Projekt gilt als ein „Leuchtturmprojekt“ der Bundesregierung zur Innovation der Verwaltungsstrukturen in Deutschland und wurde mit Beschluss der Bundesregierung vom 28. Februar 2007 in den Umsetzungsplan 2007 „eGovernment 2.0 – Das Programm des

fen, Fahrzeuge gemeinsam zu nutzen, die Spülmaschine zu reparieren statt eine neue anzuschaffen sowie aufgearbeitete statt neue Möbel oder Computer zu kaufen. **DK**

Bundes“ aufgenommen. Rechtlicher Hintergrund ist das „Gesetz zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung“ vom 15. Juli 2006 und der entsprechenden Verordnung vom 20. Oktober 2006.

Nach den neuen gesetzlichen Regelungen ist das elektronische Verwaltungsverfahren für alle Akteure, die am Prozess der Entsorgung gefährlicher Abfälle beteiligt sind, ab dem 1. April 2010 Pflicht. Das bedeutet, dass alle notwendigen Nachweise, Bescheinigungen und Dokumentationen dann elektronisch über das Internet beantragt beziehungsweise ausgestellt werden.

Der dafür notwendige Datenverkehr zwischen Wirtschaft und Behörden wird bundesweit einheitlich über eine Zentrale Koordinierungsstelle (ZKS Abfall) geführt. Alle rechtsverbindlichen Dokumente werden durch eine elektronische Unterschrift (Signatur) über ein Kartenlesegerät einheitlich erstellt. **DK**

**Saubere Lösung: Unterflur-Sammelbehälter-Systeme**

**H&G**

H&G Entsorgungssysteme GmbH  
Lützelner Straße 46 · 57299 Burbach/Germany  
Tel.: +49 2736 5096-0 · Fax: +49 2736 5096-140  
info@hg-systems.com · www.hg-systems.com

Ideen für eine saubere Umwelt



## Klimaschutz und Rohstoffversorgung:

## Potenziale aus dem Abfall nutzen

Veranstaltung „Klimaschutz - Erfolge und Grenzen“  
des Bundeswirtschaftsministeriums in Berlin

„Sekundärrohstoffgewinnung aus Abfällen darf aus heutiger Sicht nicht mehr als Entsorgungsproblem gesehen werden, sondern ist Teil der Rohstoffversorgung für wichtige Industriezweige, für die Papierindustrie, für die Stahlindustrie, für die Glasindustrie, für die Kunststoffindustrie und zunehmend wichtig auch für die Energieversorgung“, hat der Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V., Eric Rehbock, in Berlin geklärt.

Innerhalb der Dialogreihe „Industrie und Umwelt“ des Bundeswirtschaftsministeriums fand heute die – wahrscheinlich umfassendste – Veranstaltung zum Thema „Klimaschutz - Erfolge und Grenzen“ mit den Verbänden der Klimavereinbarung und der Entsorgungswirtschaft statt. Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. repräsentiert dabei die Recycling- und Entsorgungsbranche.

### Teil der Lösung

In seiner Rede vor den Teilnehmern der BMWi-Konferenz machte der bvse-Hauptgeschäftsführer deutlich, dass die Recycling- und Entsorgungsbranche nicht Teil des Problems, sondern unverzichtbarer Teil der Lösung für die produzierende Industrie sei.

Im Abfall stecken Wertstoffe, die in erster Linie werkstofflich und erst in zweiter Linie energetisch bzw. thermisch genutzt werden müssten. „Deshalb müssen unsere Anstrengungen dahin gehen, so effizient und nachhaltig wie möglich die

Wertstoffe im Abfall der weiterverarbeitenden Industrie zur Verfügung zu stellen. Wir können und dürfen uns in Deutschland, als führende Exportnation ohne nennenswerte eigene Rohstoffvorräte, nicht mehr den Luxus einer Wegwerfgesellschaft leisten“, betonte Eric Rehbock.

### Schrittweise Abkehr

Der bvse-Hauptgeschäftsführer erläuterte, dass mit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes im Jahr 1996 bis zum Juni 2005 (TASI) eine schrittweise Abkehr von der Deponierung unbehandelter organischer Abfälle stattfand. Durch einen deutlichen Anstieg der getrennten Erfassung und Verwertung sowie durch Abfallvermeidung und Entwicklung von effizienteren Abfallbehandlungsanlagen hätten zunehmend fossile Energieträger und Rohstoffe ersetzt werden können.

### Kurzstudie

Dabei leiste die Recycling- und Entsorgungsbranche einen wichtigen Beitrag zum Klima-

schutz. Dies wurde bereits im Jahre 2005 durch eine im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellte Kurzstudie festgestellt. Das Bilanzergebnis in dieser Studie weise für den Zeitraum 1990 bis 2005 schon eine Entlastung von ca. 46 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten auf. Nach den Worten Rehbocks gebe es aber noch zusätzliches Potential zur CO<sub>2</sub>-Minderung.

### Deutschland ist eine Klasse für sich

Weitere bedeutende Minderungspotentiale eröffne die stoffliche Verwertung, also das Recycling von Abfällen sowie der Einsatz von Ersatzbrennstoffen in der Industrie. So lag beispielsweise im Jahr 2006 die Altpapierquote mit deutlich über 15 Millionen Tonnen bei 67,4 %. In der Stahlindustrie wurde im Jahr 2007 mit dem Einsatz ca. 22 Millionen Tonnen Schrott eine Quote von 45,3 % erreicht. Die Altglas-Recyclingquote lag in den letzten Jahren im Mittel bei ca. 85 %. Diese Quoten könnte man für andere Abfallstoffe wie Altholz, Textilien, Ersatzbrennstoffe etc. beliebig fortsetzen. Rehbock: „Wir sind in Deutschland nicht nur durch die Schließung der Deponien, sondern auch durch das effiziente Verwerten der Abfallstoffe, eine Klasse für sich. Deutschland hat einen Spitzenplatz und damit einen Vorsprung in Sachen Kreislaufwirtschaft.“

### Europa muss nachziehen

Um mehr für den Klimaschutz, die Ressourcenschonung und die Rohstoffversorgung zu tun, müsse Europa nun nachziehen. Die Abfallrahmenrichtlinie, die gerade in zweiter Lesung das Europäische Parlament passiert habe, sehe eine fünfstufige Abfallhierarchie und Recyclingziele vor.

Zwar hätte sich der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. eine ganze Reihe von konkreteren Fortschritten gewünscht, doch in der fünfstufigen Abfallhierarchie sei dem Recycling jetzt eine klare Priorität vor der sonstigen Verwertung (energetischen Verwertung) eingeräumt worden. „Dies lässt zumindest hoffen, dass in den 27 Mitgliedstaaten das vorhandene immense Abfallpotential zunehmend stofflich verwertet wird“, erklärte Eric Rehbock. □

chen und thermischen Behandlung von Abfällen bei der Vorbereitung auf die Umsetzung des Deponierungsverbotes erheblich in die Erweiterung und den Neubau von modernen Behandlungs- und Entsorgungsanlagen investiert. Die Vielzahl geschaffener Arbeitsplätze werde durch die aktuellen Praktiken akut gefährdet.

### Deutlicher Preisverfall

Im Zuge einer „illegalen Billigentsorgung unter dem Deckmantel des Bergrechts“ entstehe zudem ein deutlicher Preisverfall im Bereich der Entsorgung von Abfall, der eine kostendeckende Abfallbehandlung auf dem derzeit hohen und europaweit vorbildlichen technischen Niveau nicht mehr zulässt. Der ökologische und ökonomische Schaden, der nicht nur zu Lasten einer tragfähigen Entsorgungswirtschaft, sondern auch zu Lasten der Bürger gehe, sei enorm. DK

### Abfallverbände zur illegalen Entsorgung in Abgrabungen:

## Warnung vor Verharmlosung

Seit Ende 2007/Anfang 2008 haben zahlreiche aufgedeckte Fälle von illegal entsorgten Abfällen, meist an Standorten in den neuen Bundesländern, die Öffentlichkeit alarmiert. Bestehende Gesetzeslücken im Bergrecht sowie Vollzugsdefizite in den Bundesländern werden offensichtlich gezielt ausgenutzt, um unbehandelte Siedlungsabfälle im Widerspruch zum Deponierungsverbot bei der Verfüllung von Abgrabungen, z. B. in Ton- und Kiesgruben, einzusetzen. In diesem Zusammenhang rücken auch einige Deponien in den Fokus der Öffentlichkeit.

Seit diesem Zeitpunkt fordern der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft e.V., der bvse Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V., der VKS im VKU Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im Verband kommunaler Unternehmen e.V. und die ITAD Interessengemeinschaft der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland e.V. eine Unterbindung illegaler Deponierungen, Verfüllungen und Ablagerungen, mehr Rechtstransparenz durch Schließen der Gesetzeslücken im Bergrecht, eine entschlosseneren Kontrolle durch die zuständigen Behörden, eine sachgerechte Aufklärung und Ahndung der bekannt gewordenen Fälle sowie eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der illegal abgelagerten Abfälle.

### Wachsende Sorge der Verbände

Mit wachsender Sorge betrachten die Verbände aktuelle Tendenzen in der Berichterstattung. Trotz einer beachtlichen Anzahl von Fällen, in denen Abfälle unter Ausnutzung der bergrechtlichen Gesetzeslücken in Ton- und Kiesgruben bzw. Altdeponien „entsorgt“ worden sind und in denen die Staatsanwaltschaften bereits ermittelt, würden einige dieser Maßnahmen als rechtskonform dargestellt. Sachverhalte, Gerichts-

teile und frühere Berichterstattungen würden gezielt falsch wiedergegeben.

Diese Verharmlosung der illegalen Ablagerung ist aus Sicht der Verbände nicht hinnehmbar. Stattdessen fordern sie eine sachliche Aufklärung und Diskussion, um den bereits entstandenen Schaden für die Umwelt, die Bürger und die Entsorgungswirtschaft so gering wie möglich zu halten. Illegal Handelnde auf Seiten der Entsorger aber auch auf Seiten der Abfallerzeuger müssten sich bewusst sein, dass die Verbringung von Siedlungsabfällen in Abgrabungen oder auf (Alt-)Deponien nicht tolerierbar ist, und schwarze Schafe mit der notwendigen Konsequenz zur Verantwortung gezogen würden.

### Krasser Widerspruch

Der durch das Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle erzielte ökologische Fortschritt ist durch die derzeitige Situation nach Ansicht der Verbände in erheblichem Umfang gefährdet. Die beanstandeten „Entsorgungspraktiken“ stünden in krassem Widerspruch zum Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz und führten zudem dazu, dass hochwertige Behandlungs- und Entsorgungsanlagen nicht mehr ausgelastet werden. Im Sinne der gebotenen Nachhaltigkeit habe die deutsche Abfallwirtschaft im Bereich der stoffli-

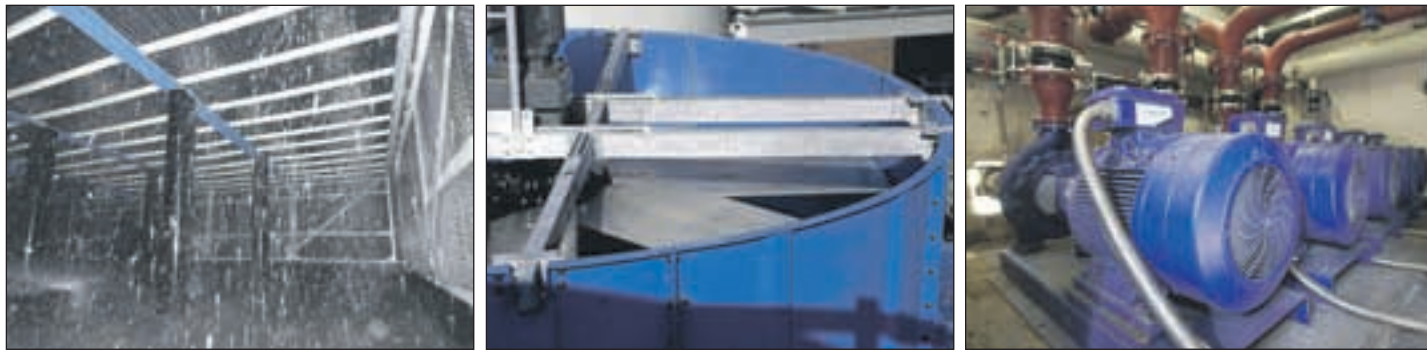
Was sind Ideale ohne Taten?  
Wie viel Unterstützung brauchen  
Unterstützer?

In einer Gemeinschaft gibt  
man seine Energie an andere.

Alle 120 Partner des Thüga-Netzwerks engagieren sich in ihrer Region für eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas, Wasser oder Wärme. Doch die 21.200 Mitarbeiter leisten noch mehr: Viele von ihnen investieren ihre persönliche Energie in ein soziales Projekt in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben. Das unterstützen wir mit der Initiative „EFA – Energie für andere“. Interessiert? Mehr Informationen erhalten Sie unter: [www.thuega.de](http://www.thuega.de)

**thuga**  
DIE ENERGIEGRUPPE





Der Kühlkreislauf: Leistungsstarke Tauchpumpen befördern das Prozesswasser in den Kühlturm. Dort wird es versprüht und von Ventilatoren abgekühlt. Fünf Spiralgehäusepumpen sorgen für den Rücktransport zum Motorenprüfstand (von links). □

Mennicke sorgt für reibungslose Rückkühlung:

## Motoren auf dem Prüfstand

Die Mennicke Rohrbau GmbH, Nürnberg, beschäftigt sich mit dem Bau von Rohrleitungen aller Art. Mennicke ist darauf spezialisiert, in den Bereichen Versorgung und Entsorgung unter Einsatz modernster Technologien wirtschaftliche und umweltschonende Lösungen zu schaffen. Zu den Aufgabenfeldern im Bereich Versorgung zählen neben der Gas- und Wasserversorgung auch Kälteanlagen, Wärmeversorgungsleitungen und Rohrleitungen für technische Gase, Pressluft und Ölleitungen.

Diese Kompetenz überzeugte auch die MAN Gruppe, eines der führenden Nutzfahrzeug-, Motoren- und Maschinenbauunternehmen Europas. Im Nürnberger Werk befindet sich das Motorenzentrum der MAN-Familie. Dort produzieren über 4.300 Mitarbeiter neben den Motoren für Lkw, Busse und Schiffe auch Motoren für unterschiedliche industrielle Zwecke, wie beispielsweise Industriemotoren zur Stromgewinnung.

Schwarzenbach:

## Gegen hundertjähriges Hochwasser geschützt

Umweltschutzsekretär Marcel Huber: „Städtebauliche Einpassung des Hochwasserschutzes schafft zugleich neue Erholungs- und Lebensräume“

Rund 10 Hektar des Stadtbereichs von Schwarzenbach, Landkreis Hof, mit über 230 Einwohnern und über 20 Betrieben sind nun vor einem 100-jährigen Hochwasser der Saale sicher. Dies erklärte Umweltschutzsekretär Marcel Huber anlässlich der Einweihung der Schutzmaßnahme.

Huber: „In den vergangenen 75 Jahren haben die Starkregenereignisse um bis zu 40 Prozent zugenommen. Wir erwarten als Folge des Klimawandels deutlich mehr Niederschläge im Winter und daher einhergehend häufigere und deutlich höhere Hochwasser. Mit der Fertigstellung des letzten Bauabschnitts wurde die Lücke auf der rechten Flussseite von Schwarzenbach geschlossen. Der Hochwasserschutz ist nun für den gesamten Stadtbereich voll wirksam.“

Wertvoller Beitrag zur Biodiversität

Die aufgelockerten und naturnahen Ufer passen sich gut in das Stadtbild von Schwarzenbach ein und leisten zudem einen wertvollen Beitrag zur Biodiversität im und am Gewässer. „An der insgesamt 6,4 Millionen Euro teuren Maßnahme des Freistaates Bayern beteiligte sich die Stadt Schwarzenbach mit 35 Prozent der Gesamtkosten. Der Hochwasserschutz wurde von der Europäischen Union kofinanziert.“

2007 verließen erstmals über 113.000 Motoren die Nürnberger Hallen – und es sollen noch mehr werden. 130.000 Einheiten sollen es im Geschäftsjahr 2008 sein.

Fokus auf Qualität

Besonderen Wert legt das fränkische Unternehmen auf die Qualität seiner Produkte. Kein Motor verlässt ungeprüft das Gelände. Um der gestiegenen Produktionszahl gerecht zu werden, hat MAN daher ei-

ne neue Halle für zusätzliche Motorenprüfstände gebaut. Dort können die Motoren unabhängig von ihrem normalen Einsatzumfeld auf Herz und Niere geprüft werden.

Keine Rückkühlung ohne Rohre und Pumpen

Ein wichtiger Bestandteil der Motorenprüfstände ist das System zur Prozess- und Maschinenrückkühlung. Das beim Prüfungsvorgang entstehende Warmwasser wird in einen Kühlturm gepumpt und dort versprüht. Durch die Umgebungsluft und mit Hilfe von Ventilatoren kühlt das Wasser ab und sammelt sich dann in einer Bodenwanne. Von dort aus wird es dann wieder in den Kühlkreislauf eingespeist.

Mennicke verlegt neuen Kühlkreislauf

Damit das Wasser aber auch in den Kühlturm und wieder zurück zu den Motorenprüfständen gelangen kann, mussten insgesamt 310 Meter Rohrleitung in den Dimensionen DN 25 bis DN 1.000 verlegt werden – inklusive Rücklauf-, Pumpen-, Saug- und Dampfleitungen.

Für diese Arbeiten engagierte

## Fische helfen Umweltschützern

Bezirke gehen Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie und von „Natura 2000“ an

„Die besten Indikatoren für die Wasserqualität sind unsere heimischen Fische“, stellte der Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke und niederbayerische Bezirkspräsident, Manfred Hölzlein, fest. „Unsere Fischereifachberatungen werden deshalb an über 260 Messstellen in Bayern mehrmals pro Jahr die Fischbestände genau untersuchen und die wissenschaftlich aufbereiteten Ergebnisse dem Umweltministerium übermitteln“, erklärte Hölzlein.

Diese Ergebnisse sind eine notwendige Grundlage für die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Deren Ziel ist es, Flüsse, Seen und das Grundwasser bis zum Jahr 2015 in einen guten „ökologischen Zustand“ zu bringen. Die Richtlinie legt dazu detailliert fest, wie die Gewässer untersucht werden sollen und welche Schutzmaßnahmen sich anschließen müssen. Die ersten Schritte zu einem umfassenden europäischen Gewässerschutz sind die Monitoringverfahren, die jetzt auf Bezirksebene angelaufen sind.

Diese aufwendigen Monitoringverfahren können, so Hölzlein, nur mit den bezirklichen Fachberatungen rasch und effektiv realisiert werden. „Gäbe es un-

MAN das Rohrbauunternehmen Mennicke, das darüber hinaus auch noch für den Einbau von Armaturen wie Absperrklappen und -ventilen, Rückschlagklappen, Kompensatoren und Pumpen verantwortlich zeichnete. Zwei Tauchpumpen mit einer Leistung von 600 m<sup>3</sup>/h und eine Tauchpumpe mit etwa 850 m<sup>3</sup>/h sorgen beispielsweise dafür, dass das Warmwasser zur Versprühung in den oberen Bereich des Kühlturms gelangt. Fünf weitere Spiralgehäusepumpen dienen dazu, das gekühlte Wasser aus dem Kaltwasserbecken zu saugen und dem Kühlwasserkreislauf zum Motorenprüfstand zuzuführen.

Breit gefächerte Erfahrung

„Bei der Aufgabenvielfalt im Rahmen des Projekts kam uns unser breit gefächertes Erfahrungspotenzial in der Pumpen-, Mess- und Steuerungstechnik ebenso zu Gute, wie das im Rohrleitungs-, Stahl- und Tiefbau“, erklärt Rupert Pröll, Bauleiter bei Mennicke.

Flexibilität war gefragt – Mennicke hatte die Antwort

Besonders profitiert hat MAN von der Flexibilität des Mennicke-Teams. Um den laufenden Werksbetrieb nicht zu beeinträchtigen, wurden viele Arbeiten zwischen Oktober 2007 und August 2008 an Feiertagen beziehungsweise arbeitsfreien Tagen durchgeführt. □

sere Fischereifachberater nicht, müsste nach wesentlich teureren, langwierigen und im Ergebnis nicht gleichwertigen Alternativen gesucht werden“, betonte der Verbandspräsident.

Flora-Fauna-Habitat

Vor diesem Hintergrund kommen die bezirklichen Fachberatungen auch bei der soeben gestarteten Umsetzung des Programmes „Natura 2000“ eine zentrale Bedeutung zu. Im Mittelpunkt stünden vor allem die so genannten Flora-Fauna-Habitat-Gebiete Bayerns, die mehr als zehn Prozent der Landesfläche ausmachen.

„Nun geht es darum, für diese Gebiete detaillierte Managementpläne zu entwickeln“, sagte Hölzlein. Soweit Gewässer betroffen seien, würden die Bezirke ihre Fachkompetenz einbringen und die notwendigen Untersuchungen durchführen. „Positiv bewerten wir die Bereitschaft des Freistaats Bayern, den Bezirken bei diesen Maßnahmen einen angemessenen Kostenersatz zu leisten. Damit werden die kommunalen Haushalte nicht über Gebühr belastet, der Natur- und Artenschutz aber wird wesentlich vorangebracht.“ □

## „Umbrüche im Alpenraum“

Fachtagung der Bayerischen Akademie für Naturschutz in Laufen

Die Alpen stehen wie nur wenige andere Landschaftsräume vor tief greifenden Umbrüchen: Auswirkungen einer Klimaänderung mit einer Zunahme von extremen Wetterereignissen, Veränderungen in Tourismus und Infrastruktur, Verdichtungstendenzen auf der einen und Abwanderung der Bevölkerung auf der anderen Seite. Die Geschwindigkeit und Dynamik, mit der sich diese Veränderungen auf den Landschaftsraum auswirken, werden die wirtschaftliche Bedeutung gleichermaßen wie die Ausstattung dieser Landschaft mit für den Naturschutz wertvollen Lebensräumen beeinflussen. Diese Veränderungstendenzen werden sich auch auf die Identifikation der Bevölkerung mit diesem Raum auswirken.

Die Fachtagung „Umbrüche im Alpenraum“ der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege ANL in Laufen zeigte auf, wie auf diesen Landschaftswandel beispielsweise durch die Nutzung regionaler Ressourcen reagiert werden kann und wie man diesen dadurch positiv gestaltet. Darüber hinaus wurde diskutiert, wie Erfahrungen aus dem Alpenraum auch für andere Regionen zu nutzen sind und die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure zu stärken ist.

Hochkarätige Gäste

Die ANL hatte unter anderem die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, Prof. Dr. Beate Jessel, den Landschaftsökologen Prof. em. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Haber, Dr. Matthias Stremlo vom Bundesamt für Naturschutz in Bern und Dr. Dominik Siegrist, den Präsidenten der CIPRA International zu Gast.

Der Klimawandel zeigt Wirkung

Dass der Klimawandel bereits Wirkung zeigt, darauf verwies

Prof. Dr. Hartmut Graßl, ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie in Hamburg. Bayern und Österreich müssten sich von ihren Gletschern verabschieden; 68 der 73 Alpengletscher seien in den vergangenen Jahrzehnten auf die Hälfte ihrer einstigen Ausdehnung geschrumpft.

Beispiel Blauisgletscher

Bei einer Exkursion zum Blauisgletscher bei Berchtesgaden war der Klimawandel mit Händen zu greifen. Der Blauisgletscher ist in den letzten hundert Jahren um die Hälfte kleiner geworden. Deshalb wurde er von der Gletscherforschung zum Schneefeld herabgestuft. Nach Überzeugung der Wissenschaftler ist die Gletscherschmelze insgesamt ein großes Problem. In den Gletschern sind große Wassermengen gebunden, die im Sommer die Flüsse versorgen. Die Veränderung der Alpenlandschaft wirkt sich aber auch auf die Wirtschaft aus. So wird zum Beispiel der Wintertourismus neue Wege suchen müssen, denn eines ist sicher: Die Alpengletscher werden über kurz oder lang verschwinden. **DK**

## „Bestes Trinkwasser muss uns etwas wert sein!“

Gemeindetagspräsident Brandl zum Streit über den Wasserpreis

„Bayerns Bevölkerung bekommt das beste Trinkwasser weit und breit. Hohe Qualität hat ihren Preis. Und der ist in Bayern nicht zu hoch. Populistische Kritik an einer angeblichen Abzocke beim Wasserpreis sind unredlich und verunsichern unnötig die Menschen“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. „Anders als Benzin oder Strom ist Trinkwasser ein Lebensmittel. Menschen haben ein Recht auf bestmögliche Qualität. Die liefern die örtlichen Wasserversorger zu kostendeckend kalkulierten Preisen. Der Ruf nach Kostensenkung ist billig – der Preis für mindere Qualität wäre teuer.“

Das Märchen vom fehlenden Wettbewerb

Der hessische Wirtschaftsminister Alois Rhiel und der FDP-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus Henner Schmidt hatten jüngst behauptet, dass die Preise für Trinkwasser in Deutschland „deutlich überhöht“ seien. Die Bürger müssten unnötig hohe Wassergebühren zahlen. Die Bild-Zeitung berichtete Ende August, die Bürger würden zwar Wasser einsparen, der Preis pro Kubikmeter sei jedoch ständig gestiegen. Fehlender Wettbewerb, die hohen Aufwendungen für die Instandhaltung der Wasserleitungen und die zu hohe Anzahl von Wasserwerken wurden als Gründe für die angeblich zu hohen Preise genannt.

„Das Märchen vom fehlenden Wettbewerb ist ja eine alte Klammotte“ so Brandl. „England hat mit der Privatisierung der Trinkwasserversorgung – angeblich um mehr Wettbewerb zu schaffen – ganz schlechte Erfahrungen gemacht. Während die Wasserqualität nicht stieg, gingen die Preise der wenigen verbliebenen Großversorger nach kurzer Anstandsfrist nach oben. Wollen wir das auch in Deutschland?“ Brandl wies darauf hin, dass Trinkwassergewinnung und -verteilung nahezu ausschließlich von Fixkosten bestimmt sind. „Folglich muss nach den Gesetzen der Logik die Abgabe von weniger Wasser bei gleichen Fixkosten zu einem höheren Wasserpreis führen.“

Strenge Qualitätsanforderungen und Versorgungssicherheit auch bei Regenmangel seien nur über moderne, leistungsfähige Versorgungsanlagen wie Brunnen mit entsprechenden Schutzgebieten, Hochbehälter und einem individuell bemessenes Leitungssystem zu erreichen. Außerdem decken in Deutschland – anders als in anderen EU-Ländern – die kommunalen Wasserpreise sämtliche Kosten, also auch die umweltbezogenen. Brandl: „Der Ruf nach niedrigeren Wasserpreisen ist populistisch. Bayerns Wasserversorger tun – kostendeckend, also ohne Gewinnerzielungsabsicht – ihr Bestes; die Bürger honorieren dies.“

Übrigens: Ein Liter Trinkwasser aus der gemeindlichen Leitung kostet ungefähr 300mal weniger als ein Liter „Mineralwasser“ im Geschäft. □

## Schnell. Kompetent. Zuverlässig.

Um welches Rohrleitungsprojekt es auch geht – Mennicke bietet die passenden Lösungen.

Mennicke hat sich darauf spezialisiert, in den Bereichen Versorgung und Entsorgung unter Einsatz modernster Technologien wirtschaftliche und umweltfreundliche Lösungen zu schaffen.

Durch unsere personellen und technischen Ressourcen sind wir in der Lage, Projekte jeder Dimension zu realisieren.

Tel.: 09 11/36 07-278, Fax 09 11/36 07-406



Rollnerstraße 180  
90425 Nürnberg



## 4. Kommunalforum der Sparkasse Mittelfranken-Süd:

## Fokus auf Umweltschutz und Energieeinsparung

Die Sparkasse Mittelfranken-Süd lud Landräte, Bürgermeister, Kämmerer und sonstige Funktionsträger der Städte und Gemeinden aus der Stadt Schwabach, dem Landkreis Roth und dem Altlandkreis Weißenburg zum 4. Kommunalforum ein. Diesmal standen die Energieeinsparung und der damit verbundene Umweltschutz bzw. die Nutzung Erneuerbarer Energien mit den damit verbundenen Konsequenzen für die Kommunen auf dem Programm.

Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Mittelfranken-Süd, Matthias Nester, stimmte der Oberbürgermeister der Stadt Weißenburg, Jürgen Schröppel als Vertreter für den Verwaltungsrat der Sparkasse Mittelfranken-Süd in seinem Grußwort auf das Thema der Energieeinsparung und die damit zusammenhängenden Auswirkungen ein.

### Handlungsfelder

Als erster Referent eröffnete Herr Vodermayr von der BayernFM vor den Vertretern der Kommunen den Reigen der Vorträge unter dem Motto „Kommunales Immobilienmanagement – Kosten senken und Klima schützen“. Vodermayr gab zunächst einen kurzen Überblick über sein Unternehmen und zeigte dann die Handlungsfelder für den nicht unerheblichen Immobilienbestand jeder Kommune auf. Mit der BayernFM hat jede Kommune die Möglichkeit, den Immobilienbestand sowohl auf Chancen als auch auf Risiken hin untersuchen

zu lassen mit den Zielrichtungen Klimaschutz, Haushaltsentlastungen, Werterhalt, Betriebssicherung und dem gezielten Einsatz von knappen Ressourcen. Am Beispiel der Schulen in Deutschland zeigte der Referent auf, dass hier ein Einsparpotenzial von 10 Mrd. kWh an Heizenergie und 250 Mio. Euro an Stromkosten pro Jahr besteht.

### 330 Kommunen, 3.300 Objekte

Mit dem Immobilien-Benchmarking besteht die Möglichkeit, die eigenen Gebäude einer Kommune in Bezug auf Gebäudemanagement, Bewirtschaftungskosten, Ressourcen- und Flächenverbrauch untersuchen und vergleichen zu lassen. Anhand der Ergebnisse wird Transparenz geschaffen, werden Maßnahmen definiert und wird schließlich aufgezeigt, welche Potenziale sich realisieren lassen. Bundesweit haben bisher 330 Kommunen mit insgesamt 3.300 Objekten - Tendenz stark steigend - diese Möglichkeit genutzt.

### Seleco GmbH:

## Einzigartiges Senioren-Wohnkonzept in München

### S-ImmobilienService GmbH der Stadtparkasse übernimmt Exklusiv-Vertrieb

Auf dem etwa 4.900 Quadratmeter großen Grundstück an der Ecke Osterwald-/Mannlichstraße realisiert die Seleco GmbH eine exklusive Seniorenwohnanlage im Modell des Service-Wohnens. Das Osterwald-Palais mit seiner in München bisher einzigartigen Wohnform liegt direkt am Englischen Garten. Der Vertrieb erfolgt exklusiv durch die S-ImmobilienService GmbH der Stadtparkasse München. „Wir möchten damit unseren Kunden mit gehobenen Ansprüchen die Möglichkeit geben, den Ruhestand komfortabel und sicher zu verbringen“, erklärte Marlies Mirbeth, Vorstandsmitglied der Stadtparkasse, bei der Präsentation des Projekts.

„Hier in München entsteht ein ganzheitliches Wohnkonzept für Senioren: Rüstige Senioren um die sechzig werden genauso in dieser Anlage leben wie ältere Menschen mit leichtem oder auch umfassendem und dauerhaftem Pflegebedarf“, so Frank Tkatzik, Leiter Vertrieb und Marketing der Seleco GmbH.

Die Firma Seleco hat ein Nutzungskonzept entwickelt, das sich aus den Modulen „Seniorenwohnungen im Modell des Service-Wohnens“ und „Seniorenpflege“ zusammensetzt. Das neue Modell verbindet die Vorteile des betreuten Wohnens mit dem hohen Leistungsstandard von Seniorenwohnstiften. Service-Wohnen bedeutet Eigenständigkeit in den eigenen vier Wänden und bestmögliche Sicherheit. Das heißt: maximale Unabhängigkeit, Leben in der eigenen Wohnung auch bei dauerhafter ambulanter Pflege in allen Pflegestufen, überschaubare Kostenbelastung, haus-eigenes Casino, Pflege rund um die Uhr, Versorgung und Notruf, hotelähnliches Flair und abwechslungsreiches Freizeitprogramm sowie ein umfangreiches Angebot an Wahl- und Vermittlungsleistungen. Außerdem sind alle Service-Wohnungen und Baukörper barrierefrei in Anlehnung an die DIN 18025 Teil 2.

Auf 5.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche entstehen insgesamt 37 großzügige, helle Wohnungen mit Wohnflächen

zwischen 61 und 107 Quadratmetern. Attraktive Gemeinschaftsflächen wie beispielsweise das Casino, ein Wellness-Bereich, das Foyer oder auch die Rezeption ergänzen das Projekt. Für die Bewohner wird es ein vielseitiges Hausprogramm mit Kultur-, Freizeit-, Sport- und Bewegungsangeboten geben. Neben der guten Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur bietet der Standort mit seiner Lage direkt am Englischen Garten zudem auch ein attraktives innerstädtisches Freizeit- und Erholungsangebot. Die Bauarbeiten beginnen Ende 2008. Erstbezug der Wohnungen ist für Sommer 2010 vorgesehen.

### Bestmögliche Versorgung

Für die Bereiche Dienstleistung und Pflege wird der Caritasverband der Erzdiözese München und Freising verantwortlich zeichnen. Langjährige Erfahrung im Bereich der ambulanten und stationären Pflege und in der Seniorenarbeit sichern hier eine bestmögliche Versorgung. „Das ab November bezugsfertige Caritas-Pflegeheim befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Osterwald-Palais und garantiert damit kurze Wege und optimale Betreuung“, so Doris Schneider, Geschäftsführerin der Altenheime des Caritasverbandes der Erzdiözese München und Freising e. V. „Durch die Kombination der Elemente ‚Seniorenpflege‘ und

Als weiterer Referent widmete sich Jörg-Uwe Fischer dem Thema „Erneuerbare Energien - Chancen für eine nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung“. Der Referent ist Fachbereichsleiter Erneuerbare Energien der DKB Berlin einer hundertprozentigen Tochter der BayernLB und beschäftigt sich seit zwölf Jahren mit dieser Thematik. Aufgrund des Klimawandels und der damit verbundenen Kosten für die Volkswirtschaft und der gerade in letzter Zeit sich explosionsartig entwickelnden Kosten für konventionelle Brennstoffe muss der Bereich Erneuerbare Energien Fischer zufolge forciert werden. Allein die Sonnenenergie könnte eines Tages den derzeitigen jährlichen Weltenergiebedarf decken.

### Politischer Rahmen

Mit den verschiedenen Gesetzen, Einspeiseverordnungen sowie Anreiz- und Förderprogrammen wurde ein politischer Rahmen für Erneuerbare Energien geschaffen. Bisher werden rund 8,5 % des gesamten deutschen Energieverbrauchs aus Erneuerbaren Energien gewonnen, davon rund 50 % aus Bio- und Windenergie. Hingegen beträgt der Anteil von Photovoltaik, Erdwärme und Solarthermie derzeit nur knapp 5 %.

Fischer, der anschließend noch

das PPP-Contractingmodell vorstellte, wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine Kombination von bau- bzw. energiewirtschaftlicher Optimierung von Anlagen und Facility Management während der anschließenden Betriebsphase handelt. Für den Auftraggeber entstehen gegenüber seinen bisherigen Betriebskosten keine Mehrkosten und der Auftragnehmer senkt die Energiekosten durch optimale Energiebewirtschaftung. Mit diesem Modell forcieren derzeit zahlreiche Kommunen in Deutschland aktiv den Ausbau Erneuerbarer Energien.

### Finanzierungsservice

Dr. Martin Komek, Repräsentant der BayernGrund für den Bereich Mittel- und Oberfranken, behandelte in einem weiteren Vortrag die Finanzierung kommunaler Baumaßnahmen und die Finanzierung von Investitionen zur Energieeinsparung. Die BayernGrund unterstützt die Kommunen hier mit einem Finanzierungsservice für kommunale Investitionen, Erschließungsträgerschaften nach § 124 BauGB sowie einem Städtebaulichen Projektmanagement. Mit dem speziellen Finanzierungsservice außerhalb des Haushalts der jeweiligen Kommune löst die BayernGrund das Problem der Vorfinanzierung von Projekten.

Mit diesem Modell können Projekte sofort durch einen Finanzierungsrahmen in Höhe der Projektkosten zu günstigen Konditionen realisiert werden. Die jeweilige Trägerschaft verbleibt bei der Kommune. Mit diesem Modell sind bereits Hackschnitzel-Heizkraftwerke, Windkraftträder, Photovoltaikanlagen, örtliche Fernwärme-Netze und zahlreiche Sanierungen kommunaler Gebäude finanziert worden. □

## Krankenversicherer der Versicherungskammer Bayern:

## Neugeschäft um 14 Prozent gesteigert

München, Saarbrücken. Die beiden Krankenversicherer des Konzerns Versicherungskammer Bayern, Bayerische Beamtenkrankenkasse AG und Union Krankenversicherung AG, können ein sehr erfolgreiches Neugeschäft in den ersten sieben Monaten 2008 verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum steigerten sie das Neugeschäft insgesamt um mehr als 14 Prozent. Wesentliche Wachstumsimpulse gingen von der Krankenvollversicherung aus.

Auch die Anzahl der Kunden erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Sie stieg in diesem Zeitraum um knapp 80.000 - das ist ein Plus von gut 3 Prozent - auf 2,63 Millionen Personen an. „Während die meisten Krankenversicherer auf Grund der Gesundheitsreform im Verdrängungswettbewerb ein rückläufiges Geschäft schreiben, zählen wir mit unserer Vertriebsstärke und unseren leistungsstarken Produkten zu den Gewinnern“, sagt Axel Kampmann, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Beamtenkrankenkasse AG und Union Krankenversicherung AG. Kampmann rechnet damit, dass sich das gute Wachstum im zweiten Halbjahr unvermindert fortsetzen wird.

### Mit Multikanalvertrieb gut aufgestellt

Die beiden Krankenversicherer sind mit ihrem Multikanalvertrieb bundesweit sehr gut aufgestellt. Für den Erfolg stehen die öffentlichen Versicherer mit ihren Agenturen und den Sparkassen in den jeweiligen Regionen sowie der Maklervetriebsweg und 16 eigene Versicherungsdienste. Die Vertriebs-

kapazitäten im Krankenversicherungsgeschäft wurden bundesweit um etwa 100 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstärkt.

### Ergänzte Produktpalette

Die bestehende Produktpalette wurde um weitere Tarife ergänzt. Damit sind die Unternehmen auch produktseitig hervorragend aufgestellt, da sie für jede Zielgruppe das passende Angebot anbieten können. Hervorzuheben ist der Vollversicherungstarif GesundheitPRIVAT 300. Für diesen leistungsstarken Tarif zahlt ein 30-Jähriger monatlich 237 Euro. Besonders attraktiv für einen 30-jährigen Existenzgründer ist der Tarif GrundschutzPRIVAT für lediglich 91 Euro monatlich. Weitere Informationen unter [www.vkb-krankenversicherung.de](http://www.vkb-krankenversicherung.de).

Der Konzern Versicherungskammer Bayern ist bundesweit der größte öffentliche Versicherer und ist unter den Top Ten der Erstversicherer platziert. 2007 erzielte der Allsparten-Versicherer 5,66 Mrd. Euro Beitragseinnahmen und beschäftigte etwa 6.500 Mitarbeiter. □

Sparkassen-Finanzgruppe

Wenn man sich zur betrieblichen Altersversorgung einen Partner wünscht, der langfristig berät und hilft, dann ist das vor allem eines:

nahe liegend.



Der Gesetzgeber hat die Voraussetzung geschaffen, dass jeder Mitarbeiter einen Teil seines Gehalts zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung umwandeln kann. Mit der Sparkassen-Finanzgruppe haben Sie einen Partner, der Ihnen alles aus einer Hand bietet und Sie umfassend berät, welche betriebliche Altersversorgung für Ihre Firma die richtige ist – Pensionskasse, Direktversicherung oder einer der anderen gesetzlich zugelassenen Wege. Dazu entlasten wir Sie bei der kompletten Abwicklung und stehen auf lange Sicht an Ihrer Seite. Informieren Sie sich jetzt. In Ihrer Sparkassen-Geschäftsstelle. Oder unter [www.sparkasse.de](http://www.sparkasse.de). **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**



# SEPA-Einführung liegt zu 100 Prozent im Plan

**Eil- und Terminüberweisung ermöglichen ab Herbst Geldtransaktionen am gleichen Tag - Euro Alliance für Kartenzahlungen wird ausgebaut**

„Die SEPA-Einführung liegt in Deutschland zu 100 Prozent im Plan. Praktisch alle Kreditinstitute sind hierzulande für die neuen Zahlverfahren erreichbar. Damit steht Deutschland an der Spitze der SEPA-Länder“, betonte Bernd M. Fieseler, Geschäftsführender Vorstand des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). In der Eurozone sind bis dato rund 71 Prozent der Kreditinstitute erreichbar, in sechzehn Nicht-Euro-Ländern im SEPA-Raum liegt die Erreichbarkeit bei rund 29 Prozent.

Sechs Monate nach dem Start des einheitlichen Euro Zahlungsverkehrsraumes (SEPA - Single Euro Payments Area) fällt die Zwischenbilanz des DSGV positiv aus. Die SEPA-Überweisung sei mittlerweile ein eingespieltes Verfahren, das die Erwartungen an ein effizientes und modernes Zahlungsverkehrssystem voll erfüllt, so Fieseler.

## Umstellung für Unternehmen

Derzeit würden pro Tag rund 170.000 SEPA-Überweisungen getätigt, und zwar in erster Linie von Privatpersonen. Viele Unternehmen beschäftigten sich aber intensiv mit SEPA, die ersten plant bereits eine Umstellung. Fieseler: „Unser Ziel ist es, die Umstellung für Unternehmen so einfach und kostengünstig wie möglich zu machen. Wir unterstützen die Unternehmen mit voller Kraft.“

Erstens bieten Sparkassen und Landesbanken den Unternehmen für die SEPA-Umstellung Beratung und technische Hilfestellung an. Mit dem SEPA-Check auf [www.sepa-fit.de](http://www.sepa-fit.de)

können Unternehmen den individuellen Umstellungsbedarf ermitteln, ein SEPA-Converter bringt automatisch die Kontodaten von Geschäftspartnern auf den internationalen Standard IBAN und BIC. Zweitens hat der DSGV zusammen mit den übrigen Verbänden der Kreditwirtschaft Anregungen für eine Gesetzesvorlage zur einfachen Umstellung auf SEPA-Lastschriftmandate erarbeitet. Und drittens erlaubt die marktgerechte Einführung von SEPA den Unternehmen, den Zeitpunkt der SEPA-Umstellung selbst zu bestimmen. Die Umstellung kann kostensparend im Rahmen von turnusmäßigen Software-Updates der betrieblichen Systeme durchgeführt werden.

## Neu im Angebot: Eil- und Terminüberweisung

Ab Herbst starten die Sparkassen mit dem Angebot der Eilüberweisung im Online-Banking sowie SEPA-Terminüberweisungen. Zahlungen können dann mit der Eilüberweisung im Online-Banking innerhalb kürzester Zeit quer durch Europa geschickt werden, Ausführ-

ungsterminierungen auch für SEPA-Zahlungen durchgeführt werden.

Für SEPA-Überweisungen gibt es keine Betragsgrenzen, Kunden müssen allerdings als Währung den Euro nutzen und die internationale Bankleitzahl und Kontonummer verwenden. Die Konditionen für Eil- und Terminüberweisungen im SEPA-Format legt jede Sparkasse und Landesbank selbst fest.

## Sicherer Zahlungsverkehr

Fieseler: „SEPA beschleunigt den Zahlungsverkehr europaweit, macht ihn sicherer und komfortabler. Diese Vorteile werden über kurz oder lang den Umstellungsaufwand für die Kunden wett machen. Eine marktgerechte Einführung ist daher der erfolgversprechende Weg. Sie sichert ein Höchstmaß an Akzeptanz.“

In Deutschland werden pro Jahr rund 16 Mrd. bargeldlose Transaktionen getätigt. Den größten Anteil am gesamten Zahlungsverkehr stellen mit je 42 Prozent Überweisungen und Lastschriften dar. Kartenzahlungen machen rund 15 Prozent der Transaktionen aus. Sparkassen und Landesbanken wickeln rund 50 Prozent des Zahlungsverkehrs in Deutschland ab, das sind 10 Prozent des gesamten europäischen Zahlungsverkehrs.

Der europäische Geldautoma-

tenverbund Eufiserv hat die belgische Coppefis (Fortis-Gruppe), die portugiesische Caixa Geral de Depósitos und die Schweizer Post (PostFinance) sowie die französischen Sparkassen (Caisse d'Épargne) enger an die Euro Alliance Partner gebunden. Eufiserv ist aus einem Gemeinschaftsunternehmen der europäischen Sparkassen hervorgegangen und umfasst heute Geldautomatennetze in zwölf Ländern. Die Euro Alliance besteht aus dem deutschen electronic-cash-Verfahren und dem Deutschen Geldautomaten-System sowie den POS- (Point-of-Sale) und Geldautomatensystemen MultiBanco (Portugal) und PagoBancomat (Italien), dem spanischen EURO6000-Verfahren, dem britischen Geldautomatenverbund Link sowie EUFISERV. Die Kooperationspartner repräsentieren 222 Mio. Debitkarten, 190.000 Geldautomaten und mehr als 2,1 Mio. POS-Terminals.

## Gegenseitige Akzeptanz

Der Zusammenschluss zu einer Allianz ermöglicht die gegenseitige Akzeptanz der Debitkarten der Kooperationspartner bei den von den Partnern angeschlossenen POS-Terminals und Geldautomaten. Die Euro Alliance erhöht die Flexibilität der Kunden beim Debitkarteneinsatz im europäischen Ausland und macht sie unabhängig von Zweitmarken wie maestro und V-Pay.

Fieseler: „Die Euro Alliance

## Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG):

# Auswirkungen auf das kommunale Finanz- und Rechnungswesen

**Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wird die tiefgreifendste HGB-Reform seit dem Bilanzrichtliniengesetz von 1985. Zentrales Ziel des Gesetzgebers ist es, das HGB im Vergleich zu den International Financial Reporting Standards (IFRS) wieder deutlich attraktiver zu machen.**

Nummehr kann man vom neuen Portal für den öffentlichen Dienst profitieren und in der dreiteiligen Serie des Rudolf Haufe Verlags erfahren, welche Auswirkungen das neue Gesetz auf das kommunale Finanz- und Rechnungswesen, z. B. auf die Bewertung von Pensionsrückstellungen hat (<http://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/topIssueStart?chrid=01455850>). Der Haufe Verlag bietet zudem einen kostenlosen Newsletter Öffentlicher Dienst, der hierüber wichtige Informationen liefert.

## Tiefgreifende Reform

Mit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) kommt die tiefgreifendste Reform auf das HGB seit dem Bilanzrichtliniengesetz von 1985 zu. Zentrales Ziel des Gesetzgebers ist es, das HGB im Vergleich zu den International Financial Reporting Standards (IFRS) wieder deutlich attraktiver zu machen. Die Aussagekraft des HGB-Abschlusses soll insbesondere durch die Streichung vieler Wahlrechte sowie durch zum Teil an IFRS angepasste Ansatz- und Bewertungsregeln erheblich verbessert werden.

## Aktuelles

Auf Grund der zahlreichen Verweise in den Gemeindehaushalts- und Kassenverordnungen der einzelnen Bundesländer auf das HGB werden die fundamentalen Änderungen des Bezugsverkes nicht ohne Auswirkungen auf die einschlägigen Bestimmungen zum Ansatz, zur Bewertung und zum Ausweis in den kommunalen Jahresabschlüssen bleiben.

Nachdem über die Modernisierung des Bilanzrechts bereits seit

## Aufsichtsrat der BayernFM:

# Stefan Ermisch übernimmt Vorsitz

**Im Zuge der personellen Neuordnung im Vorstand der BayernLB hat der Vorstandsvorsitzende Dr. Michael Kemmer sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Bayern Facility Management GmbH an seinen Vorstandskollegen Stefan Ermisch übergeben.**

Dr. Kemmer hat seit 2007 als Aufsichtsratsvorsitzender für die positive Geschäftsentwicklung der BayernFM entscheidende Impulse gesetzt. Stefan Ermisch (42) gehört seit 1. Juli 2008 dem Vorstand der BayernLB an. Er füllt dort in Personalunion die Funktionen des Chief Financial Officers (CFO) wie auch des Chief Operating Officers (COO) aus.

## Intelligente und hochwertige Dienstleistungen

Die Bayern Facility Management GmbH ist ein gemeinsames Tochterunternehmen der BayernLB und der Flughafen München GmbH. Mit den vier Geschäftsfeldern Bewirtschaften, Bauen, Beraten und Benchmarking bietet die BayernFM ihren Kunden über den gesamten Objektlebenszyklus hinweg intelligente und hochwertige FM Dienstleistungen. Transparenz schaffen, Maßnahmen definieren und Potenziale realisieren - diese Grundsätze sind in sämtlichen operativen und beratenden Leistungen verankert. Die BayernLB, die Flughafen München GmbH sowie namhafte Großunternehmen aus dem Industrie-, Finanz- und Dienstleistungssektor zählen mit einer bewirtschafteten Gesamtfläche von rund 1,3 Mio. m<sup>2</sup> zum Kundenkreis der BayernFM. Als zertifiziertes Unternehmen für Qualitäts- und Umweltmanagement wird die Verantwortung gegenüber den Kunden, den Mitarbeitern und der Umwelt täglich gelebt. □

ist die erste und bislang einzige europäische Alternative zu Maestro und V-Pay, die erfolgreich am Markt gestartet ist. Bislang werden über die Euro Alliance

rund 20 Mio. Transaktionen pro Jahr abgewickelt. Die beteiligten Kreditinstitute erhöhen damit ihre Unabhängigkeit von anderen Anbietern. □

## Aktuell zur BayBO 2008

### Der führende Kommentar komplett neu bearbeitet!

Mit Inkrafttreten der neuen Bayerischen Bauordnung ist im bayerischen Baurecht eine neue Ära angebrochen. Der Simon/Busse wird seit Anfang 2008 kontinuierlich auf das neue Recht umgestellt.

### Für alle Fragen des bayerischen Baurechts

Kernstück des Werks ist die ebenso ausführliche wie gut strukturierte Kommentierung der Bayerischen Bauordnung mit Übersichten und grafischen Darstellungen, den Durchführungsbestimmungen sowie dem Baugesetzbuch und weiteren bundes- und landesrechtlichen Vorschriften. Abgedruckt und teilweise erläutert werden darüber hinaus alle sonstigen wichtigen Vorschriften des bayerischen Baurechts.

### Neu mit Stand Juni 2008:

In Band I (Kommentar) ist neu kommentiert Art. 47 Stellplätze, Art. 53 Aufbau und Zuständigkeit der Bauaufsichtsbehörden, Art. 55 Grundsatz, Art. 66 Beteiligung des Nachbarn und Art. 72 Genehmigung fliegender Bauten

Im Anhang (Band II) sind Aktualisierungen der geänderten Verordnungen und Richtlinien vorgekommen.



**Vorzugspreis € 98,-\***

### Fax-Coupon

Simon/Busse, Bayerische Bauordnung  
Herausgegeben von Dr. Jürgen Busse, Direktor des Bayerischen Gemeindetages, vormals herausgegeben von Dr. Alfons Simon, Abteilungsleiter a.D.

91. Auflage, 2008. Rund 4800 Seiten. In 2 Ordnern.

- Vorzugspreis\* für das Grundwerk bis zum Erscheinen der nächsten Aufbaulieferung (voraus. OK). 08) € 98,-, danach € 108,-, ISBN 978-3-406-44019-9  
\* bei Bezug von 3 fortlaufenden Ergänzungslieferungen (danach jederzeit kündbar).  
 ohne Ergänzungslieferungen € 240,-, ISBN 978-3-406-50080-0

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_ 156854

Bei schriftlicher oder elektronischer Bestellung haben Sie das Recht, die Waren innerhalb von 7 Wochen nach Lieferung ohne Begründung an Ihrem Lieferanten (Händler, beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck, ein Niederlage-Verkaufsstellenangebot, Angsbuher Str. 47a, 80329 München) zurückzugeben, wobei die erstmalige Abholung gegen Kosten und Gefahr der Rückführung trägt der Lieferant.  
Der Verlag C.H. Beck AG, Wilhelmstr. 6, 80331 München.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:  
[beck-shop.de](http://beck-shop.de) oder Verlag C.H. Beck • 80371 München  
Fax: 089-38189-402 • [www.beck.de](http://www.beck.de)





Wirtschaftsförderung / LfA-Förderbank Bayern:

## Bayern stellt 190 Mio. Euro zur Verfügung

Finanzminister Erwin Huber und Wirtschaftsministerin Emilia Müller plädieren für konsequenten Ausbau

Zinsverbilligte Darlehen für Bayerns Wirtschaftsförderung in Höhe von 190 Millionen Euro haben Bayerns Finanzminister Erwin Huber und Wirtschaftsministerin Emilia Müller jetzt zur Verfügung gestellt. „Die Staatsregierung baut damit ihre bewährte und erfolgreiche Wirtschaftsförderung konsequent aus. Mit den jetzt bereit gestellten Mitteln legen wir die Schwerpunkte auf die Förderung von Unternehmenskonsolidierungen und strukturschwachen Gebieten einerseits sowie auf Technologie- und Mittelstandsförderung andererseits. Auch Investitionen im Tourismus und in den Umweltschutz profitieren davon“, betonten die Minister. Die zur Zinsverbilligung notwendigen Mittel werden aus der Gewinnabführung der LfA Förderbank Bayern aufgebracht.

Die 190 Millionen Euro werden laut Huber und Müller insbesondere in folgenden Förderbereichen eingesetzt:

### 60 Millionen Euro

Darlehen zur Förderung von Konsolidierungsvorhaben von Unternehmen. Mit diesen Konsolidierungsdarlehen wird Betrieben im Rahmen eines Gesamtkonsolidierungskonzeptes Hilfestellung gewährt. Gemeinnützige Kur- und Rehabilitationseinrichtungen werden wie bisher unter bestimmten Voraussetzungen ebenso gefördert.

### 33 Millionen Euro

Darlehen zur Förderung des Umweltschutzes. Damit werden verstärkt Investitionen gewerblicher Unternehmen für die Abwasserreinigung, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Abfallwirtschaft, Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien sowie Boden- und Grundwasserschutz gefördert.

### Satzungsreform:

## Die Pensionskasse ist nun für alle „Genossen“ offen

Die Pensionskasse der Genossenschaftsorganisation VVaG ist ein Unternehmen der betrieblichen Altersversorgung. Bislang konnten ihr nur Arbeitgeber beitreten, die der bayerischen Genossenschaftsorganisation angehören. Das ändert sich jetzt.

Mit Genehmigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ist das Geschäftsgebiet seit dem 30. Juli 2008 nicht mehr auf Bayern begrenzt.

Wer kann ab sofort Mitglied werden? Alle im Genossenschaftswesen tätigen Arbeitgeber, diesen Arbeitgebern nahe stehende sonstige Einrichtungen, das Gründungsmitglied Genossenschaftsverband Bayern e.V. und natürlich auch alle Mitarbei-

### 20 Millionen Euro

zur Technologieförderung für den Einsatz und die Anwendung neuer Technologien in Produkten und Produktionsverfahren.

### 13 Millionen Euro

zur Verstärkung der bayerischen regionalen Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft. Hierbei werden insbesondere arbeitsplatzschaffende und arbeitsplatzsichernde Investitionen in strukturschwachen Gebieten gefördert.

### 25 Millionen Euro

für das 2007 neu aufgelegte Sonderprogramm zur Qualitätssteigerung im Beherbergungsgewerbe.

### 38 Millionen Euro

zur Verstärkung des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms. □

### Mittelstandsfinanzierung:

## Eigenkapital für den breiten Mittelstand II vorgestellt

Weitere 50 Mio. Euro Beteiligungskapital

München - Das im Jahr 2004 gestartete mittelständische Beteiligungsprogramm „Eigenkapital für den breiten Mittelstand (EKBM)“ wird fortgeschrieben. Dies teilten die vier Träger des Programms BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft, KfW Mittelstandsbank, LfA Förderbank Bayern und Bayerische Garantiesgesellschaft (BGG), vor der Presse in München mit. Die operative Durchführung liegt bei der BayBG.

### Erleichterter Zugang zu Krediten

„Die ursprünglich vereinbarten 50 Mio. Euro sind inzwischen bereits an den bayerischen Mittelstand ausgezahlt“, resümierte Michael Schneider, Vorstandsvorsitzender der LfA. „Daher werden die Träger des Programms weitere 50 Mio. Euro Beteiligungskapital für den bayerischen Mittelstand zur Verfügung stellen.“ „EKBM“ bietet mittelständischen Unternehmen zusätzliches Eigenkapital im Umfang von 1 Mio. Euro bis zu 5 Mio. Euro. „Eine ausreichende Eigenkapital-Ausstattung wiederum erleichtert nicht nur den Zugang zu Krediten, sondern trägt auch spürbar zur Senkung der Kreditkosten bei“, so Schneider, der auch Vorsitzender des BayBG-Aufsichtsrats ist. Peter Fleischer, Mitglied des Vorstands der KfW-Bankengruppe, erläuterte: „Trotz der jüngst festgestellten tendenziellen Verbesserung der Eigenkapitalquote verfügen viele mittelständische Unternehmen weiterhin über eine niedrige Eigenkapitalausstattung - was ein eklatantes Wachstumshemmnis darstellt.“

### Eigenkapitalücke schließen

„Eigenkapital für den breiten Mittelstand“ leistet einen weiteren Beitrag, um die vorhandene Eigenkapitalücke des Mittelstands zu schließen. Die Beteiligung kann in Form einer stillen und/oder offenen Beteiligung erfolgen. Zielgruppe von „EKBM“ sind solide bayerische Mittelstandsunternehmen mit Wachstumspotenzial. „Die Beteiligung kann zur Finanzierung zusätzlicher Wachstumsmaßnahmen, die Optimierung der Kapitalstruktur oder die Regelung der Nachfolge eingesetzt werden.“ so Sunfried Weber, Sprecher der BayBG-Geschäftsführung. Weber zog auch ein Resümee über „EKBM I“. 23 Unternehmen aus allen Regionen Bayerns haben eine solche Beteiligung erhalten. Damit liegt die durchschnittliche Beteiligungshöhe bei knapp 2,2 Mio. Euro. □

Pensionskasse, um ihren gesetzlichen Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung umzusetzen.

### Hoher Mitgliederzugang

Die Pensionskasse verzeichnet seit Jahren einen hohen Mitgliederzugang. Sie zahlt keine Abschlussprovisionen und hat daher keine gezillmerten Versicherungstarife. Beitragszahlungen führen daher ab dem ersten Cent zu einer wertgleichen Altersversorgung.

### Partnerrente

Als eine der ersten Versorgungseinrichtungen überhaupt leistet die Kasse auch Rentenzahlungen an die hinterbliebenen Lebenspartner. Die „Partnerrente“ können nunmehr - nach der Reform der Satzung - alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im genossenschaftlichen Bereich in Deutschland in Anspruch nehmen. □

### Gesundheitsreform:

## Freiwillig Versicherte überproportional belastet

Genauere Beitragslast im Jahr 2009 nicht absehbar

Der Blick auf den Beitragsbescheid der gesetzlichen Krankenkasse wird freiwillig Versicherten im kommenden Jahr wie ein Griff in die Geldbörse vorkommen: Denn durch die Gesundheitsreform werden sie überproportional belastet und müssen mit Mehrbeiträgen von bis zu 25 Prozent rechnen.

Der Beitrag für freiwillig gesetzlich Versicherte wird durch drei Faktoren nach oben getrieben:

### Anstieg des Höchstbeitrags

• Der Beitragssatz wird voraussichtlich auf 15,6 Prozent steigen - die günstigste gesetzliche Krankenkasse liegt heute bei 13,3 Prozent. „Allein dadurch steigt der Höchstbeitrag von rund 478 Euro auf knapp 562 Euro im Monat“, so Manuela Kiechle, Vorstandsmitglied der Krankenversicherer der Versicherungskammer Bayern (Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, Union Krankenversicherung AG).

### Zusatzbeitrag kann erhoben werden

• Eine gesetzliche Krankenkasse darf außerdem ab 2009 einen Zusatzbeitrag von bis zu einem Prozent der Beitragsbemessungsgrenze erheben, wenn sie mit den Mitteln aus dem Gesundheitsfonds nicht auskommt. Bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 50.000 Euro bedeutet dies eine monatliche Zusatzbelastung von knapp 36 Euro (ein Prozent von 43.200 = 432,00

Euro im Jahr = 36,00 Euro/Monat).

• Es kann aber noch teurer werden: Denn der Gesetzgeber entscheidet erst im November über die Höhe der Beitragsbemessungsgrenze für 2009. So ist seit 1970 der durchschnittliche Beitragssatz für die gesetzliche Krankenkasse von 8,2 auf 13,9 Prozent gestiegen (+ 69 Prozent); im gleichen Zeitraum hat sich die Beitragsbemessungsgrenze aber von 614 Euro auf 3.600 Euro mehr als verfünffacht (+ 586 Prozent).

### Private Vorsorge empfohlen

Empfehlung daher für freiwillig gesetzlich Versicherte: ein Wechsel in die private Krankenversicherung. „Sie ermöglicht hochwertige medizinische Leistungen und bietet kalkulierbare Beiträge, die nicht vom Gehalt abhängig sind“, so Manuela Kiechle. Freiwillig Versicherte können ihren gesetzlichen Schutz in diesem Jahr noch bis zum 30. September kündigen und zu einem privaten Anbieter wechseln.

Weitere Informationen zur Gesundheitsreform im Internet unter [www.vkb-krankenversicherung.de](http://www.vkb-krankenversicherung.de). □



## In Zukunft wird die Erde uns erwärmen. Nicht umgekehrt.

Stellen Sie um auf Klimaschutz. AQUA SOLEA ist regenerative Energie aus Sonne und Erde. Und dabei auch noch bis zu 60% günstiger (i. Vgl. zu Öl und Gas). Mehr über umweltverträgliche Energie:

[www.aqua-solea.com](http://www.aqua-solea.com)



**AQUA SOLEA**  
ENERGIE FÜR EIN GUTES KLIMA.

AQUA SOLEA - die Marke von: Bayerische Landessiedlung

**Bayerische Landessiedlung®**  
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU  
KOMMUNALE ENTWICKLUNG  
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU

**Baulandentwicklung**  
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH  
Franziskanerstraße 14 · 81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99  
info@bls-bayern.de

Jettingen-Scheppach, Schwaben  
Gewerbegebieterschließung

[www.bls-bayern.de](http://www.bls-bayern.de)

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN



# Nicht ständig aufeinander hocken!

Bezirk Unterfranken will Finanzierung von Förderstättenbesuch prüfen

Würzburg. Wer nie aus seinen vier Wänden herauskommt, wird irgendwann unendlich, unausgeglichen, vielleicht sogar aggressiv. Das gilt für „normale“ ebenso wie für schwerstbehinderte Menschen. Deshalb fordert eine Elterninitiative aus Aschaffenburg vom Bezirk Unterfranken, behinderten Heimbewohnern den Besuch einer Förderstätte zu finanzieren. Über die Forderung wurde im Sozialausschuss des Bezirkstags in Würzburg lebhaft diskutiert.

Anlass war ein Antrag der SPD-Fraktion, der das Begehren der Eltern sowie die gleich lautende Forderung der unterfränkischen Wohlfahrtsverbände aufgriff.

## Eckpunktepapier

Die SPD verwies darauf, dass der Bezirk 2004 ein bayernweites Eckpunktepapier zur Konzeption von Tagesförderstätten für schwerstbehinderte Menschen unterschrieben hat. Wie es in dem Papier heißt, haben auch Menschen mit schwersten Behinderungen das Recht, tagsüber ihr Wohnheim zu verlassen und an einem zweiten Lebensort gefördert zu werden. Offensichtlich, so SPD-Bezirksrätin Eva-Maria Linsenbreder, nimmt

der Bezirk diese Vereinbarung nicht ernst. Als einziger Bezirk in Bayern verweigere er Heimbewohnern den Besuch einer Förderstätte.

## Geforderte Prüfung

Während die SPD die bedingungslose Umsetzung der Förderstättenkonzeption in Unterfranken forderte, verlangte die CSU-Fraktion angesichts der „Millionenbeträge“ für deren Umsetzung eine „ergebnisoffene“ Prüfung der aufgestellten Forderungen. Bei der Analyse soll laut CSU-Fraktionsvorsitzendem Dr. Peter Motsch insbesondere der aktuelle Konflikt in Aschaffenburg analysiert werden. Dort plant das St. Josef Stift in Eisingen (Kreis Würz-

burg) den Bau zweier Behindertenwohnheime mit insgesamt 28 Plätzen. Bisher verlangte der Bezirk, dass die schwerstbehinderten Menschen, die dort künftig leben werden, tagsüber im

**www.der-flexible-Raum.de**  
**Container · Raummodule · Hallensysteme**

Heim selbst beschäftigt werden. Dies lehnt das Stift laut Vorstandsassistent Ralf Wentritt strikt ab.

Laut Wentritt kann es zur „Hospitalisierung“ der Heimbewohner führen, wenn sie den ganzen Tag nicht aus dem Wohnheim herauskommen, stets die gleichen Mitbewohner und die gleichen Mitarbeiter sehen. Die Spannungen, die dann in den Gruppen entstehen können, seien weder für die Bewohner noch für das Personal gut. Eben aus dieser Beobachtung heraus bemühe sich das Stift an seinem Hauptsitz Eisingen seit mehreren Jahren, kleinere Wohngruppen außerhalb des Stiftsgeländes in umliegenden Ortschaften einzurichten. Viele der behinderten Menschen, die aus dem Heim in die dezentrale Wohngruppen ziehen, „blühen dort regelrecht auf“, so Wentritt.

## „Hospitalisierungsschäden“

Auch die Bundesbehindertenbeauftragte Karin Evers-Meier sprach im Januar bei ihrem Würzburg-Besuch von „Hospitalisierungsschäden“ bei behinderten Menschen, die rund um die Uhr aufeinander hocken, nur selten vor die Türe kommen und kaum mit Menschen außerhalb des Heims Kontakt haben. Die bisherige Richtlinie des Bezirks, nur jenen Behinderten den Besuch einer Förderstätte zu finanzieren, die in ihrer Familie betreut

pflegten und gut ausgestatteten Schulgebäuden lagen in den meisten untersuchten Fällen über den schulischen Leistungen von Schülerinnen und Schülern in problematischen Schulgebäuden, unabhängig von der Sozialstruktur und anderen Faktoren.

## Plädoyer für konzertierte Aktion

Im Schulbereich hat sich über die Jahre ein Investitionsrückstand in Höhe von sechs Mrd. Euro angesammelt. Nimmt man alle anderen Infrastrukturbereiche wie Straßen, Abwasser, Krankenhäuser, ÖPNV usw. hinzu, lässt sich nur der Nachholbedarf mit insgesamt 75 Mrd. Euro beziffern. Die Autoren sind aber der Meinung, dass in den nächsten Jahren nicht nur das aktuell notwendige Investitionsniveau gesichert, sondern bis zum Jahr 2020 auch der Investitionsrückstand abgebaut werden könnte. Es wird empfohlen, die Investitionsanstrengungen in einer konzertierten Aktion in den Jahren 2009 bis 2015 zu forcieren, um vor allem den Nachholbedarf zu befriedigen.

## Angemessenes Niveau

Für die Deckung des Ersatz- und Erweiterungsbedarfs erscheint ein Investitionsniveau in der gegenwärtigen Höhe (etwa 40 Mrd. Euro im Jahr 2005) als angemessen. Den finanziellen Spielraum für die erforderlichen zusätzlichen Investitionen zum Abbau des Investitionsrückstand-

werden, bezeichnete Evers-Meier damals als „tiefst un-menschlich“.

Die CSU-Fraktion will von der Bezirksverwaltung nun genau wissen, inwieweit sich das Förderangebot für behinderte Menschen in Wohnheimen von den Förderangeboten in einer Tagesstätte unterscheidet. Die schwerstbehinderten Menschen, die in einem Jahr in das neue Wohnheim des St. Josefs Stift in der Ansbacher Straße in Aschaffenburg zie-

hen werden, wollen tagsüber in die Tagesförderstätte in Stockstadt gehen. Die CSU-Fraktion möchte weiter wissen, welche Fahrtkosten dafür anfielen. Würde es den Aschaffener Behinderten erlaubt, die Förderstätte zu besuchen, könnte dies anderen behinderten Heimbewohnern in Unterfranken nicht länger verboten werden. Vor diesem Hintergrund solle die Verwaltung herausfinden, welche Kosten dadurch entstünden.

Nach Schätzungen der unterfränkischen Lebenshilfe würden in Unterfranken aktuell rund 100 Heimbewohner von der Förderung eines zweiten Lebensmilieus profitieren. Pro Bewohner und Tag würde der Rechtsanspruch auf einen Platz in der Tagesförderstätte mit durchschnittlich 50 Euro zusätzlich zu den Kosten für die Betreuung im Wohnheim zu Buche schlagen.

Pat Christ

**Stichwort: Tagesförderstätte**  
Tagesförderstätten sind Einrichtungen für Erwachsene, die so schwere Handicaps haben, dass sie nicht in einer Werkstatt für Behinderte arbeiten können. In den Förderstätten nehmen sie an musisch-kreativen Angeboten und Bewegungsaktivitäten teil und verrichten einfache Arbeiten. Die Förderstätten zielen darauf ab, die Persönlichkeitsentwicklung der schwerstbehinderten Menschen durch ein anregendes Umfeld zu unterstützen. **pat**

des können die Kommunen durch strategisches Investitionsmanagement, den Einsatz intelligenter Finanzierungsinstrumente (z. B. Contracting-Modelle) und PPP-Projekte erlangen. Die erreichbaren positiven Effekte würden zwar erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung eintreten, könnten dann aber weit über das Jahr 2020 hinaus eine nachhaltige Wirkung erzeugen.

## PPP-Projekte

Auch bzw. gerade im bereits zitierten Schulbereich haben sich Public-Private-Partnership-Projekte (PPP-Projekte) als Beschaffungsvariante etabliert, wie die Difu-Studien zu PPP zeigen. Auch für andere Investitionsschwerpunkte können PPP geeignet sein.

Kriterien für die Bewertung der PPP-Affinität sind dabei beispielsweise die Komplexität des Vorhabens sowie damit zusammenhängende Standardisierungsmöglichkeiten, der Innovationsgehalt, die zu erwartenden Risiken, das Investitionsvolumen aber auch die politische Grundstimmung im Umfeld des Projektes. Die Entwicklungsperspektiven sind je nach Infrastrukturbereich unterschiedlich und für jedes einzelne Vorhaben zu prüfen. Die vorliegende Studie kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass die größten Entwicklungspotenziale für PPP zukünftig in den Bereichen Schulen, Sport/Freizeit/Tourismus und Straßen liegen dürften. **□**

# Guter Start für Infrastrukturförderung

Bayerns Städte und Gemeinden nehmen das neue Finanzierungsangebot der LfA Förderbank Bayern gut an: Zwei Monate nach Start des Infrakredit Kommunal hat die Förderbank zinsverbilligte Darlehen in Höhe von 17,5 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen zugesagt.

Die bereit gestellten Fördermittel stoßen kommunale Investitionen von über 40 Millionen Euro an. Das Geld fließt vor allem in die Verbesserung der Abwasserentsorgung und in Verkehrsprojekte.

Der bayerische Finanzminister Erwin Huber zeigt sich erfreut: „Der Standortvorteil Bayerns wächst. Denn das neue Förderprogramm erleichtert Kommunen die Finanzierung und hilft, die Infrastruktur auf den neuesten Stand zu bringen.“

LfA Vorstand Dr. Otto Beierl bestätigt: „Eine moderne kommunale Infrastruktur ist die Basis für einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort. Die gute Nach-

frage beim durch KfW und LfA zinsverbilligten Infrakredit Kommunal entspricht unseren Erwartungen und kommt letztendlich auch den heimischen Betrieben zugute.“

Das Angebot, mit dem Infrakredit Kommunal bis zu 50 Prozent des gesamten Kreditbedarfs zu finanzieren, wurde in allen Förderanträgen voll ausgenutzt. Förderbereiche sind Investitionen in Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie Verkehrsinfrastruktur einschließlich dem Personennahverkehr. Der Antrag für den Infrakredit Kommunal wird direkt bei der LfA gestellt. Das Verfahren ist einfach und schnell. **□**

Neues Praxishandbuch des C. H. Beck Verlags:

## Recht der kommunalen Haushaltswirtschaft

Das Recht der kommunalen Haushaltswirtschaft befindet sich derzeit im Umbruch: Zu bewältigen ist der Systemwechsel von der Kameralistik zur Doppik („Doppelte Buchführung in Konten“). Entsprechende Reformgesetze sind z.B. in Nordrhein-Westfalen und Hessen bereits in Kraft getreten. In vielen anderen Ländern sind die gesetzgeberischen Planungen weit fortgeschritten.

Das kommunale Haushaltswirtschaftsrecht ist für alle Kommunen von Bedeutung: In Zeiten knapper Kassen sind die kommunalen Kammereien zu einer effizienten Haushaltsführung nach Maßgabe des neuen Rechts angehalten. Das vorliegende Handbuch gibt praktische Hilfestellungen bei der Systemumstellung sowie bei der Anwendung der neuen Buchführungsregeln.

Der erste Teil bearbeitet das „Recht der kommunalen Haushaltswirtschaft in der Konzeption - von der Kameralistik zur Doppik“, der zweite Teil trägt der „Kommunalen Haushaltswirtschaft in Gesetzgebung und Praxis“ Rechnung. Der dritte Teil legt das „Recht der kommunalen Haushaltswirtschaft in der Perspektive - aktuelle Reform und Aussichten“ dar.

Das Werk richtet sich an Kommunal-, Landes- und Bundesbehörden (Juristische Dezernenten und Referenten in den Bereichen Finanzen/Recht/Personal/Organisation, Kämmerer, Mitarbeiter der Aufsichts- und Rechnungsbehörden, politische Entscheidungsträger wie Bürgermeister, Landräte, Gemeinderäte, Haushaltsexperten), Hochschulen, Verwaltungsrichter sowie Rechtsanwälte und Steuerberater.

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke/Heinz Strobl/Dr. Därtle Diermer (Hrsg.), **Recht der kommunalen Haushaltswirtschaft**, Verlag C. H. Beck, 2008, XIX, 549 Seiten, in Leinen 118,00, ISBN: 978-3-406-57088-9. **□**

# Hochbaumaßnahmen im Landkreis Augsburg

Über 33 Mio. Euro sollen in den nächsten vier Jahren investiert werden

Knapp 23 Mio. Euro für Hochbaumaßnahmen sieht das Investitionsprogramm des Landkreises in den nächsten vier Jahren vor. Nochmals 10,5 Millionen Euro sollen im Tiefbaubereich für Kreisstraßen, Geh- und Radwege ausgegeben werden. Diese Zahlen stellten jetzt Landrat Martin Sailer und Kreisbaumeister Frank Schwindling im Bau- und Umweltausschuss des Landkreises vor.

Den größten Einzelbrocken im Investitionsprogramm macht die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn mit über 22 Millionen Euro aus. Dies war auch der Grund warum der Ausschuss in der Mensa des Gymnasiums tagte. Im März 2009 soll es mit ersten Abbrucharbeiten losgehen.

Zweitgrößter Einzelposten im Hochbau ist die geplante Biomasseheizanlage am Schulzentrum Neusäß. Hierfür sind 830.000 Euro eingeplant. Hiermit soll ein weiterer Punkt im „Energiespar- und Klimaschutzprogramm“ des Landkreises umgesetzt werden. Einer grundlegenden Sanierung bedürfen auch die beiden Sitzungssäle im Landratsamt. Sowohl der große Saal für die Kreistagssitzungen als auch der kleine für die Ausschusssitzungen wurden vor 30 Jahren eingerichtet

und seitdem – mit Ausnahme eines Farbanstrichs – nicht mehr modernisiert. Jetzt sollen sie für 1,2 Millionen Euro neu möbliert sowie die Technik und Ausstattung auf einen zeitgemäßen Stand gebracht werden. Dazu gehören auch die Sanierung der Lüftungsanlage, der Austausch der Fenster und der Einbau eines Sonnenschutzes.

## Straßenbau

Im Straßenbau sind die größten Einzelmaßnahmen die Oberbauverstärkung auf der Kreisstraße A2 zwischen Langerringen und Schwabmühlhausen mit einem Kreisverkehr am Ortsausgang Langerringen sowie der Ausbau der Ortsdurchfahrten von Biburg (im Jahr 2010), Klammach (2011), Birkach (2012) und Erkhausen (2010). **□**

## Investitionsrückstand der Kommunen:

# Ein Abbau ist möglich

Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik

Berlin. Der bis zum Jahr 2020 mit 704 Mrd. Euro bezifferte Investitionsbedarf der Kommunen stellt nicht nur die Städte und Gemeinden, sondern auch Bund und Länder vor große Herausforderungen. Um die notwendigen Investitionen in die Verbesserung, den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur - Straßen, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Verwaltungsgebäude, Schulen und vieles mehr - leisten zu können, sind die Kommunen stärker als bisher gefordert, strategisch zu handeln und neue Finanzierungsinstrumente zu nutzen. Zusätzlich ist auch eine Erhöhung der Zuweisungen von Bund und Ländern und die Bereitstellung zusätzlicher Fördermittel in Höhe von insgesamt etwa 1 Mrd. Euro pro Jahr notwendig.

Diese und viele andere Einzelaussagen finden sich in der Difu-Studie „Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen - Ausmaß, Ursachen, Folgen und Strategien“, die nun der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Nachdem bereits im April 2008 erste Eckwerte zum Investitionsbedarf der Kommunen vorgestellt wurden, liegen nun die vollständigen Ergebnisse der Schätzung für 2006 bis 2020, für zehn kommunale Infrastrukturbereiche im Detail, jeweils auch separat für die neuen und alten Bundesländer, vor.

## Schulen im Visier

Schulen gehören zu den Bereichen, in denen besonders viel investiert werden muss. Hier sind zur Sanierung und Aufrechterhaltung einer angemessenen Qualität der Infrastruktur bis zum Jahr 2020 Investitionen in Höhe von 78,5 Mrd. Euro erforderlich. Auf die kommunalen Schulen entfallen davon 73 Mrd. Euro, der Rest betrifft Einrichtungen anderer Träger.

Allein für die erforderliche Erneuerung vorhandener Schulgebäude und deren Ausrüstung (Ersatzbedarf) sind Investitionen in Höhe von 28,5 Mrd. Euro in den alten Bundesländern bzw. 6,6 Mrd. Euro in den neuen Bundesländern notwendig. Daneben sind umfangreiche Maßnahmen für die Erweiterung der IT-Ausstattung, für die energetische Gebäudesanierung oder auch im Zusammenhang mit der Anpassung der Schulgebäude an die Anforderungen von Ganztagschulen erforderlich. Der Investitionsbedarf in diesen Bereichen wurde für die alten Bundesländer auf 32,3

Mrd. Euro und für die neuen Bundesländer auf 5,2 Mrd. Euro geschätzt. Eine Besonderheit im Schulbereich ist, dass sich der ermittelte Erweiterungsbedarf nicht aus wachsenden Schülerzahlen ergibt. Hier wird zum Teil von deutlichen Rückgängen ausgegangen. Die Maßnahmen werden vielmehr notwendig, weil die vorhandenen Gebäude häufig nicht den wachsenden Anforderungen an moderne Bildungseinrichtungen gerecht werden.

## Klarer Zusammenhang

Am Bildungsbereich wird deutlich, dass die Folgewirkungen unterlassener Investitionen nicht nur monetäre bzw. ökonomische Folgen haben, sondern auch weitergehende Wirkungen z. B. auf den Bildungserfolg, zeitigen können. So besteht beispielsweise zwischen dem Zustand eines Schulgebäudes und der schulischen Leistung der Schülerinnen und Schüler ein Zusammenhang. Dabei kommt es nicht nur auf den baulichen Zustand an, sondern auch auf den Zuschnitt der Klassenräume, den Lärmpegel, die Raumtemperatur etc.

## Alter und Qualität

Die Bedingungen der schulischen Einrichtungen haben nach vorliegenden Studien aus den USA einen wichtigen Einfluss auf die Leistungen der Schülerschaft und die Effektivität der Lehrkräfte. Gerade in älteren Gebäuden treten damit Probleme auf, so dass statistisch gesehen das Alter des Schulgebäudes einen guten Hinweis auf dessen Qualität gibt. Die Leistungen der Schülerschaft in ge-



VDV-Jahresbericht 2007:

## Trübe Aussichten bei der ÖPNV-Finanzierung

Wie der Jahresbericht 2007 des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen VDV ausweist, konzentrierte sich dessen verkehrspolitische Arbeit im Bereich ÖPNV insbesondere auf den rechtlichen Ordnungsrahmen auf europäischer Ebene sowie auf die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Finanzierungsinstrumente. Einen Höhepunkt der Verbandsarbeit bildete die Jahrestagung in Halle an der Saale.

Nach über sieben Jahren Beratung konnte das EU-Rechtsetzungsverfahren „Nachfolgeverordnung 1191“ im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Rat, Kommission und Europäisches Parlament einigten sich nach zähen Verhandlungen auf einen tragfähigen Kompromiss. Die neue Verordnung wird am 3. Dezember 2009 in Kraft treten. Die Gesamtbewertung des erreichten Kompromisses ist nach Ansicht des VDV „nicht eindeutig positiv oder negativ“: Der Kompromiss anerkenne im Kern die heute anzutreffende Vielfalt der Organisation und Finanzierung des ÖPNV in Europa. Die Gebietskörperschaften dürften danach weiterhin selbst entscheiden, ob sie den ÖPNV selbst erbringen oder mit eigenen oder anderen Unternehmen durchführen lassen.

### Kompromiss

Der Kompromiss bringt laut Verband eine Reihe förmlicher Voraussetzungen, unter anderem Berichtspflichten an die Öffentlichkeit und an Brüssel und formuliert Mindeststandards an die Mitgliedsstaaten zur Gewährleistung von Rechtsschutz. Darüber hinaus werden einheitliche Regeln für die Gewährung von Zuschüssen aus öffentlichen Kassen gesetzt. Auf Druck der Mehrheit im EP sei leider entgegen dem entschiedenen Petition des Verbandes die Freiheit der Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen, Nachunternehmer zuzulassen beziehungsweise einzusetzen, erheblich beschränkt.

Auch die Länder-ÖPNV-Gesetze werden zu ändern sein, etwa in Bezug auf die Klarstellung, welche „zuständigen Behörden“

Maßnahmen auf dem Gebiet des ÖPNV ergreifen dürfen. Dabei können die wesentlichen Bestandteile des bewährten ÖPNV-Rechtsrahmens in Deutschland aufrechterhalten bleiben. Trotz des Zeitdrucks aufgrund des baldigen Inkrafttretens der Verordnung besteht laut VDV kein Anlass zu übertriebenem Aktionismus. Bund und Länder seien „gut beraten, jetzt das Notwendige mit Augenmaß und Sorgfalt zu tun“.

### Paukenshlag

Wie der VDV darlegt, hat der Bundesfinanzhof mit einem Urteil vom 22. August 2007 (Az. I R 32/06) bei weiten Teilen der kommunalen Wirtschaft für einen Paukenshlag gesorgt. Das Gericht sah in der mittelbaren Übernahme der Verluste seines strukturell dauerdefizitären Bäderbetriebes durch eine verbundene Konzerngesellschaft, die im Bereich Grundstücksentwicklung Gewinne erzielte, eine verdeckte Gewinnausschüttung an die Trägerkommune des Bundes. Die Bädergesellschaft hätte direkt von der Kommune einen schuldrechtlichen Ausgleich für die ihr übertragenen defizitären Tätigkeiten einfordern müssen. Werde darauf verzichtet, sei das steuerliche Einkommen der Bädergesellschaft fiktiv zu erhöhen.

### Festhalten an der Praxis

Die im Organkreis erwirtschafteten Gewinne können nach dem Richterspruch nicht mehr mit Verlusten verrechnet werden und sind zu versteuern. Auch wenn das Urteil nur eine untypische Zusammenfassung nicht wechselseitig eng verbun-

dener Tätigkeiten betrifft, habe dieses, so betont der VDV, zunächst einmal sämtliche im Querverbund zusammengefasste Verbundaktivitäten, insbesondere im Bereich Versorgung und Verkehr, in Frage gestellt. Nachdem die kommunalen Spitzen- und Unternehmensverbände die volkswirtschaftliche Dimension eines Wegfalls des steuerneutralen Ergebnisausgleiches für die Finanzierung unverzichtbarer Daseinsvorsorgeaufgaben darlegen konnten – immerhin stehen allein im Verkehrssektor hohe dreistellige Millionenbeträge zur Disposition – habe das Bundesfinanzministerium mit einem so genannten Nichtanwendungserlass bekräftigt, an der langjährigen Verwaltungspraxis festzuhalten.

### Mögliche Absicherung

Die Verwaltung will die Übertragbarkeit auf andere Konstellationen und die Möglichkeiten einer gesetzlichen Absicherung unter Beteiligung der betroffenen Verbände prüfen. Da beim BFH weitere Fälle steuerlich zusammengefasster kommunaler Tätigkeiten anhängig sind, lässt sich die bisherige Praxis möglicherweise nicht auf Dauer ohne eine gesetzliche Absicherung aufrechterhalten. „Immerhin schafft das besonnene Einlenken der Finanzverwaltung die Grundlage dafür, in einem geordneten Verfahren die steuerliche Absicherung der Stadtwerkeverbände ohne dramatische Folgen für die Finanzlage der Kommunen dauerhaft zu erreichen“, so der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen.

### Erosionsprozess

Fortgesetzt hat sich laut Geschäftsbericht der seit Jahren zu konstatierende Erosionsprozess bei der Mitfinanzierung des ÖPNV aus öffentlichen Kassen bei den anderen Finanzierungsquellen. Zwar bemühten sich die Länder in ihren Fortschreibung der GVFG-Länderprogramme, die verbleibenden Bundesmittel an die Länder nach dem so genannten „Entflechtungsgesetz“ maßvoll und umsichtig zu verwenden. „Fakt bleibt aber: Das von Bund und Ländern beschlossene Ende dieser seit Jahrzehnten bewährten ÖPNV-Finanzierungsquelle kommt näher.“

Ab 2007 bis Ende 2013 stelle der Bund den Ländern jährliche und nicht dynamisierte Festbeträge in Höhe von ca. 1,34 Milliarden Euro zweckgebunden für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden zur Verfügung. Bis Ende des Jahres 2013 wird dieser Betrag durch den Bundesgesetzgeber überprüft und in dann angepasster Höhe nur noch von 2014 bis 2019 gewährt; in diesem Zeitraum entfällt die Zweckbindung zugunsten der gemeindlichen Verkehrsverhältnisse, es verbleibt lediglich eine allgemeine „investive“ Zweckbindung.

### Wenig Hoffnung

Auch wenn für 2019 eine weitere Neuregelung des Finanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland angekündigt ist: Viel Hoffnung, dass die Städte und Gemeinden dann eigenständig in der Lage sein werden, größere ÖPNV-Investitionen zu finanzieren, besteht dem VDV zufolge angesichts der sich verschärfenden finanzpolitischen Herausforderungen – die Stichworte lauten insbesondere „demographische Entwicklung“ und

„Kollaps der Sozialsysteme“ – aber wohl nicht. Besonders fatal für den ÖPNV sei das vorgesehene Auslaufen dieser Bundesfinanzhilfen Ende 2019. Denn der ÖPNV-Investitionsbedarf in Deutschland werde dann nicht gesättigt sein.

### STUVA-Untersuchung

Dies zeige die von der Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen (STUVA) vorgelegte Untersuchung „Investitionsbedarf des ÖPNV 2003 bis 2012“. Aus ihr ergebe sich zum einen, dass die Bedeutung der Grunderneuerung der in den alten Ländern in die Jahre kommenden ÖPNV-Anlagen erheblich zunehmen wird mit der Folge steigend hoher Bedarfe, zum anderen bestehe in den jungen Bundesländern immer noch Nachholbedarf beim Neu- und Ausbau von ÖPNV-Betriebsanlagen.

### Ersatzfinanzierungsquelle

Hinzu komme, dass die zunehmende Belastung der Umwelt durch den Kraftfahrzeugverkehr (Treibhausgas, Lärm, Flächenverbrauch) weitere Anstrengungen zur Änderung der Verkehrsmittelwahl dauerhaft erforderlich macht. Der von der STUVA ermittelte Gesamtinvestitionsbedarf für die Aufrechterhaltung lediglich bisheriger Standards – ohne einen verkehrs- und umweltpolitisch wünschenswerten massiven Ausbau des ÖPNV – liegt nach Angaben des VDV beispielsweise allein für die Jahre 2008 bis 2012 bei über 16 Milliarden Euro. Deshalb setzt sich der Verband für eine langfristig wirkende Ersatzfinanzierungsquelle zugunsten von ÖPNV-Investitionen ein, die am objektiven Bedarf orientiert ist. **DK**



### 26. Passauer Landkreissonderzug

300 Landkreisbürger hatten sich jüngst aufgemacht, mit ihrem Landrat Franz Meyer (2. v. r.) eine Bahnerlebnisreise unter dem Motto „Ein Landkreis geht auf Reisen“ nach Rothenburg ob der Tauber zu machen. Der Reisezugwagen fuhr zunächst mit einer Schnellzugdampflok nach Nürnberg und dann mit einer E-Lok bis Steinach, von wo es lediglich mit einer Diesellok weitergehen konnte. Besonders erfreulich für die Landkreisbürger war es schon im Zug, dass sie dort Gelegenheit hatten, mit ihrem Landrat Franz Meyer und dem regionalen Landtagsabgeordneten Dr. Gerhard Waschler (2. v. l.) zu reden. In Rothenburg ob der Tauber wurde die Gruppe standesgemäß vom Ansbacher Landrat Rudolf Schwemmbauer willkommen geheißen, der zusammen mit fränkischen Führern die Stadt auf einem Rundgang erläuterte. **Text und Bild: Asen**

### LfU-Jahresbilanz:

## Verkehrslärm bleibt Brennpunkt

„Verkehrslärm wird uns auch weiterhin stark beschäftigen“, erklärte Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), bei der Vorstellung des neuen Jahresberichts in Hof.

Bei Umfragen sind die Klagen über Verkehrslärm nach wie vor zu hoch. Die erste Lärminventur auf Bayerns Straßen hat das LfU Anfang des Jahres abgeschlossen und im Internet veröffentlicht.

An den Lärm-Brennpunkten müsse nun, so Göttle, gezielt Abhilfe geschaffen werden: „Auto- und Reifenhersteller, Straßenbauer und Kommunen sind ge-

meinsam gefordert, die Lärmbelastung zu verringern“.

Die betroffenen Kommunen haben sich jetzt mit den sogenannten Lärmaktionsplänen an den Bundes- und Staatsstraßen zu befassen. Das LfU stellt dafür die Daten der Lärmberechnungen zur Verfügung: „Damit entlasten wir die Kommunen“, betonte Göttle. **□**

### Regionaler Planungsverband Oberfranken-Ost:

## Brennpunkt Verkehr

Bayreuth - Bei der Sitzung des Regionalen Planungsverbands Oberfranken-Ost wurden die Stellvertreter des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner (Bayreuth) neu gewählt.

Die Funktion des bisherigen ersten Stellvertreters übernimmt der Kulmbacher Landrat Klaus Peter Söllner und in das Amt des zweiten Stellvertreters wurde die Markredwitzer Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder gewählt. Die Neuwahl war wegen des Ausscheidens des früheren Bayreuther Landrats Dr. Klaus-Günter Dietel, der bei dieser Sitzung offiziell verabschiedet wurde, notwendig geworden.

### Strukturuntersuchung

Weitere Schwerpunkte der Sitzung waren ein Sachstandsbericht zur Reaktivierung der Bahnverbindung Selb-Asch bzw. Hof-Eger, für den sich seit Jahren Kommunal- und Regionalpolitiker, der Planungsverband und auch die Euregio Egrensis einsetzen.

OB Fichtner nahm Bezug auf ein Schreiben der Bayerischen Wirtschaftsministerin Emilia Müller, in dem diese eine ergänzende Untersuchung zum Investitionsbedarf für die Ertüchtigung ankündigt. Außerdem soll eine Strukturuntersuchung zur Ermittlung des aktuellen Ver-

kehrsaufkommens in Auftrag gegeben werden mit dem Ziel, auch die Auswirkungen auf den Logistikstandort Hof zu bewerten. Diese Untersuchungen im Auftrag des Wirtschaftsministeriums sollen im Herbst 2008 abgeschlossen werden.

### Angestrebter Schulterchluss

Darüber hinaus wies der Bundestagsabgeordnete Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg auf Pläne der Bahn hin, die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Zügen in Oberfranken ab dem nächsten Jahr einzustellen. Die Bedeutung dieser für den Tourismus und die Bürger Oberfrankens wichtigen Serviceeinrichtung wird von der Verbandsversammlung ausdrücklich betont. Angestrebt wird ein Schulterchluss zwischen den Gebietskörperschaften in ganz Oberfranken, um mit der Deutschen Bahn eine Einigung zu vertretbaren Konditionen zu erreichen. Alle Vertreter der Städte, Landkreise und Gemeinden fassten hierzu einen einstimmigen Beschluss. **DK**

EINE GUTE ART, FAMILIEN ZU FÖRDERN,  
IST SIE GÜNSTIG ZU BEFÖRDERN.

Alle reden von Familienentlastung. Wir tun etwas dafür. Mit günstigen Angeboten für Familien und einem gut ausgebauten Bus- und Bahnnetz sorgen wir dafür, dass alle Generationen in Deutschland mobil bleiben. Und nicht nur die: 27 Millionen Fahrgäste begleiten wir täglich durch den Alltag. Damit sind wir aus der „Familie Deutschland“ nicht wegzudenken.

**Damit Deutschland mobil bleibt**  
Busse & Bahnen

www.deutschland-bleibt-mobil.de



Busse und Bahnen gefragt wie nie zuvor:

## Zwei Prozent mehr Fahrgäste im 1. Halbjahr 2008

Immer mehr Menschen sind vom Kostenvorteil von Bussen und Bahnen überzeugt

Allein im ersten Halbjahr 2008 ist die Zahl der Fahrgäste von Bussen und Bahnen um zwei Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2007 gestiegen. Das berichtete VDV-Hauptgeschäftsführerin Dr. Claudia Langowsky bei ihrem ersten Berliner Pressegespräch. „Mit rund 90 Millionen mehr Fahrten seit Anfang dieses Jahres hat die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel etwa dreimal so stark zugelegt wie während der Fussball-WM 2006!“, so Frau Langowsky.

„Immer mehr Menschen sind überzeugt vom Kostenvorteil des Öffentlichen Personennahverkehrs. Denn für den Preis einer

das Bus- und Bahnfahren noch attraktiver zu machen, indem die Umsatzsteuer von derzeit sieben auf fünf Prozent gesenkt wird“.



**14 Mercedes-Benz Citaro für Münchner Stadtverkehr**  
Im Sommer wurden auf dem Marienplatz der bayerischen Landeshauptstadt 14 Mercedes-Benz Busse an die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) übergeben. Rechts im Bild Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, links Herbert König, Vorsitzender der Geschäftsführung der MVG. Daimler-Foto

Tankfüllung kann man mit einer ÖPNV-Monatskarte einen ganzen Monat in seiner Stadt oder Region mobil sein.“

### Klimaschutzziele

Dabei verhielten sich die Nutzer des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zudem noch umweltfreundlich: „Busse und Bahnen erzeugen nur ein Drittel des Kohlendioxids bei gleicher Leistung“, sagte Frau Langowsky. Denn in einem durchschnittlich besetzten Standardlinienbus würden nur zwei Liter Diesel pro Person und 100 Kilometer benötigt. Morgens im Berufsverkehr sogar nur ein halber Liter.

„Der VDV unterstützt die ehrgeizigen Klimaschutzziele der Bundesregierung und schlägt der Bundesregierung deshalb vor,

so Frau Langowsky. Das europäische Recht lässt dies zu. Allein im Linienverkehr würde diese Senkung eine jährliche Entlastung der Ticketpreise von rund 125 Millionen Euro ermöglichen und so die Wahl öffentlicher Verkehrsmittel positiv beeinflussen.

### Mobilität sichern

In ihrem ersten Berliner Pressegespräch als neue Hauptgeschäftsführerin des VDV erläuterte Dr. Claudia Langowsky zudem, wo sie die Arbeitsschwerpunkte der kommenden Jahre sieht: „Busse und Bahnen sichern die Mobilität von Personen und Gütern. Täglich ersetzt der ÖPNV über 18 Millionen Autofahrten und der Schienengüterverkehr erspart deutschen Straßen 77.000 Lkw. Das ist umgerechnet eine 1,3 Millionen Kilometer lange

Lkw-Schlange im Jahr. Busse und Bahnen sind somit der wichtigste strategische Partner der Politik für den Klimaschutz im Verkehrssektor“, so Frau Langowsky.

### Zuwachsprögnosen im Güterverkehr

Daraus leiten sich Forderungen ab: Angesichts der Zuwachsprögnosen im Güterverkehr von über 70 Prozent bis 2025 seien Erhalt und Ausbau der Infrastruktur eine Verkehrs- und klimapolitische Notwendigkeit. Hier sei mit dem Masterplan Güterverkehr und Logistik ein erster, wichtiger Schritt gemacht. Dieser müsse aber auch konsequent umgesetzt werden.“

### Verkehrsministerin Emilia Müller:

## „Vorfahrt für den ÖPNV in Bayern“

Bayern stärkt Öffentlichen Personennahverkehr mit Zuweisungen von rund 50 Millionen Euro

Bayern stellt den Landkreisen und kreisfreien Städten für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr in diesem Jahr erneut mehr als 50 Millionen Euro an ÖPNV-Zuweisungen zur Verfügung.

Verkehrsministerin Emilia Müller: „Wir investieren mit den ÖPNV-Zuweisungen in einen leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr in ganz Bayern. Damit stellen wir die Signale für den ÖPNV auf Vorfahrt. Mit den Zuweisungen unterstützen wir die Kommunen, ihr Nahverkehrsangebot auf hohem Niveau zu sichern und attraktiv zu gestalten. Dies ist die Basis für zufriedene Stammkunden und viele neue Fahrgäste.“

### Entwicklungsfaktor

Müller unterstrich, dass ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum wichtiger Entwicklungsfaktor und Staatsaufgabe ist. Straßenbahnen, Busse und unsere U-Bahnen leisten zudem, so Müller, einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Die vier Großstädte München, Regensburg, Augsburg, Würzburg sowie die Städteachse Nürnberg - Fürth - Erlan-

### Schere beim ÖPNV

Im ÖPNV gibt es eine zunehmende Schere: „Während es in den boomenden Regionen aufgrund der großen Nachfrage um Erhalt und sogar Ausbau der Infrastruktur geht, müssen wir in anderen Gebieten intensiv darüber sprechen, überhaupt ein Grundangebot an öffentlichem Verkehr zu erhalten. Hier sind Bund und Länder gemeinsam in der Verantwortung.“

„Busse und Bahnen haben Hochkonjunktur. Die Verkehrsträger des öffentlichen Verkehrs haben eine enorme volkswirtschaftliche Bedeutung, sind leistungsstark, innovativ und haben große Kosten- und Umweltvorteile“, sagte Dr. Langowsky. Die Bundesregierung müsse sich vor dem Hintergrund der prognostizierten Zuwächse daher mehr Gedanken über eine ausreichende Finanzierung machen und diese sichern. „Denn ohne Mobilität ist das Wirtschaftswachstum in Deutschland in Gefahr!“ □

gen werden laut Müller insgesamt rund 17 Millionen Euro erhalten.

Die übrigen rund 33 Millionen Euro - also 66 Prozent - stehen dem ÖPNV im ländlichen Raum zur Verfügung. Müller: „Leistungsfähige öffentliche Verkehrsverbindungen mit U-Bahn, Tram und Bus tragen wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg einer Region bei. Sie sind wichtige Standortfaktoren für die Städte und die ländlichen Regionen des Freistaates.“

### Finanzierungsquelle

Die ÖPNV-Zuweisungen sind eine wichtige Finanzierungsquelle für Verkehrsleistungen des allgemeinen ÖPNV im Freistaat. Die Gelder werden in erster Linie für den Linienbetrieb mit Omnibussen eingesetzt und tragen wesentlich zur Verbesserung der Schnittstellen zwischen Straße und Schiene bei. Die Mittel werden über die Bezirksregierungen an die Aufgabenträger verteilt. □

### Staatsregierung kritisiert geplante Servicegebühr der DB AG :

## Diskriminierend und nicht akzeptabel

Bayern lehnt die neue Servicegebühr der DB AG ab. „Es ist falsch, den Vertriebsweg Schalter über einen Zuschlag einseitig zu verteuern. Diese Gebühr wird gerade diejenigen abschrecken, die sich wegen der hohen Spritpreise erstmals für die Eisenbahn interessieren. Damit setzt die Bahn ein völlig falsches Signal gegen den umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene“, kritisierte Bayerns Verkehrsministerin Emilia Müller.

Gerade Neukunden hätten einen besonders hohen Beratungsbedarf. Müller: „Statt neue Extra-Gebühren einzuführen, sollte die Bahn besser einen kundenfreundlichen Service zu transparenten Preisen anbieten. Schließlich versteht sich die DB AG als umfassender Mobilitäts-Dienstleister. Die mit dem Zuschlag erzielbaren Einnahmen stehen außer Verhältnis zum Schaden, den die Bahn damit anrichtet.“

Müller forderte den Bund als Eigentümer der Bahn auf, den Schalterzuschlag zu stoppen. Es ist nach den Worten Müllers diskriminierend und nicht akzeptabel, dass durch diesen Bedien-

schlag vor allem technisch weniger Versierte und Kunden ohne Internetzugang abkassiert würden. Müller: „Gerade Neukunden und ältere Menschen brauchen individuelle Beratung und direkte Ansprache. Die Bahn muss als wichtiges öffentliches Verkehrsmittel hier eine besondere Verpflichtung erfüllen.“ Die Zahl der Reisezentren sei seit 2003 ohnehin schon von 1.100 auf 700 reduziert worden. Müller: „Informationen und Auskünfte gehörten untrennbar zur Leistung, unabhängig davon, ob der Reisende sie sich auch zum Beispiel über das Internet besorgen könne.“ □

### IAA Nutzfahrzeuge in Hannover:

## Erdgasfahrzeuge als Antwort auf steigende Dieselpreise

Der gestiegene Dieselpreis führt zu einer deutlichen Kostenbelastung für die Betreiber von Fahrzeugflotten. Die Transportbranche ist davon besonders betroffen. Aber auch Dienstleister und Handwerker brauchen Fahrzeuge, die wirtschaftlich sind und nicht durch Umweltauflagen in den Städten behindert werden. Erdgasfahrzeuge bieten nicht nur ein enormes Einsparpotenzial von bis zu 50 Prozent der Kraftstoffkosten, sondern auch freie Fahrt in Innenstädten.

Anlässlich der 62. IAA Nutzfahrzeuge, die vom 25. September bis 2. Oktober 2008 in Hannover stattfindet, präsentieren nahezu alle führenden Hersteller auf ihren Ständen Erdgasfahrzeuge für unterschiedlichste Einsatzzwecke. So zeigen Fiat und Volkswagen zum Beispiel ihre neuen Maxi-Modelle mit Erdgasantrieb, die 2009 auf den Markt kommen werden. Der Fiat Doblò Cargo Maxi Natural Power kann dank seines längeren Radstands ein Ladevolumen von bis zu vier Kubikmetern fassen und ist damit ein ebenso wirtschaftlicher wie umweltschonender Kleintransporter. Volkswagen präsentiert mit dem Caddy Maxi EcoFuel ein Modell in der gleichen Fahrzeugklasse, das sich durch ein großes Tankvolumen von 35 Kilogramm Erdgas auszeichnet, mit dem bei einem Verbrauch von etwa sechs Kilogramm auf 100 Kilometer eine Reichweite von zirka 570 Kilometern möglich ist. Opel zeigt auf der IAA den Combo Kastenwagen 1.6 CNG ecoFLEX mit einem Werkstattdesign. Probefahrten sind in der Nähe des Eingangs West an Halle 27 möglich. Die aktuell erhältlichen Erdgasmotoren sind mit einer anspruchsvollen Dynamik ausgestattet, die herkömmlichen Antrieben in nichts nachsteht.

Immer mehr Flottenbetreiber entdecken Erdgasfahrzeuge als kostensparende und umweltschonende Alternative. Beim Duisburger Hygienedienstleister CWS-boco zum Beispiel ist eine zweimonatige Testphase mit 25 Erdgasfahrzeugen so erfolgreich verlaufen, dass das Unternehmen noch in diesem Jahr weitere 100 Erdgastransporter der Marken Iveco Daily CNG und Mercedes-Benz Sprinter NGT anschaffen wird. Zur Zeit sind in Deutschland rund 70.000 Erdgasfahrzeuge zugelassen, und die Fahrzeughersteller vermelden deutlich steigende Bestelleingänge neuer Fahrzeuge im ersten Halbjahr 2008.

Weitere Informationen zum Thema Erdgasfahrzeuge im Internet unter [www.erdgas-fahren.de](http://www.erdgas-fahren.de). □

### Forschungsprojekt DIWA:

## Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

München. In Anwesenheit des bayerischen Staatsministers des Inneren Joachim Herrmann fand in der Verkehrszentrale Südbayern die Abschlussveranstaltung des Forschungsprojekts DIWA (Direkte Information und Warnung für Autofahrer) statt. Das von 2005 bis 2008 angelegte Projekt wurde gemeinschaftlich von der BMW Group, dem bayerischen Innenministerium, dem ADAC, der PTW, der GEWI sowie der Allianz Unfallforschung und der TU München durchgeführt.

DIWA demonstriert durch Feldversuche im Gebiet um Erding, Freising und Ebersberg, wie Verkehrswarnfunk und andere sicherheitsrelevante Dienste von der technischen Weiterentwicklung im Rundfunkbereich profitieren können. Die Erprobung eines frei verfügbaren Dienstes zur Lokalen Gefahrenwarnung (LGW) stand besonders im Vordergrund. LGW kann den Fahrer in geeigneter Entfernung per DAB (Digital Audio Broadcast) vor einem vor ihm liegenden Hindernis wie beispielsweise einer Autobahnbaustelle warnen. „Die DIWA Ergebnisse zeigen bereits heute die Alltagstauglichkeit der Technik die auf der Digitalisierung des Verkehrsfunks durch den neuen Standard TPEG aufbaut“, erklärt Dirk Kessler, Leiter Verkehrstechnik und Verkehrsmanagement, BMW Group.

Zusätzlich wurde der Dienst Speedinfo erprobt. Hierbei wird über dynamische Geschwindigkeitsanzeigen die jeweils aktuelle, zulässige Höchstgeschwindigkeit ins Fahrzeug übermittelt. Dieser Service dient vorrangig der Erinnerung des Fahrers an die aktuelle Geschwindigkeitsbegrenzung. Er wird über sein Navigationssystem, Headup-Display oder Radio informiert.

Durch die Umsetzung der Ergebnisse der Unfall- und Verkehrsforschung haben sich in den letzten 15 Jahren die Unfallzahlen und -folgen in Deutschland bereits deutlich reduziert. Während von 1990 bis 2005 die Jahresfahrleistung von 574 Mrd. km auf 684 Mrd. km anstieg, sanken im selben Zeitraum die Unfälle mit Personenschäden

von über 385.000 auf noch knapp 328.000. Gemäß dem „Weißbuch - Europäische Transportpolitik für 2010“ soll die Anzahl der Getöteten im Straßenverkehr bis 2010 auf Basisjahr 2000 halbiert werden.

An dieser Stelle setzt DIWA an: Seit fast zehn Jahren wird der Verkehrsinformationsdienst RDS-TMC (Radio Daten System - Traffic Message Channel) ausgestrahlt. RDS-TMC übermittelt Verkehrsmeldungen. Aufgrund der zunehmenden Verkehrsdichte und der damit verbundenen erhöhten Anzahl von Verkehrsmeldungen, stößt RMS-TMC inzwischen an seine Kapazitätsgrenze. DIWA nutzt das neue Übertragungsprotokoll TPEG (Transport Protocol Experts Group) das schneller und weniger fehleranfällig ist. Auch die Standorterfassung im Straßennetz ist deutlich genauer: Kann TMC lediglich eine Verkehrsbehinderung zwischen zwei Ausfahrten oder Kreuzungen übermitteln, ermöglicht TPEG eine präzise Erfassung bis auf wenige Meter genau. DIWA macht außerdem den parallelen Betrieb verschiedener Informationsdienste mit unterschiedlichem Inhalt möglich. Zum Beispiel ein Verkehrsinformationsdienst und ein Parkinformationsdienst, der nur einer ausgewählten Kundengruppe zur Verfügung steht.

Eine Möglichkeit für die Übertragung mit TPEG ist DAB (Digital Audio Broadcasting). Diese digitale Rundfunktechnologie besitzt über 90% Flächenabdeckung in Deutschland. Damit lassen sich die Unfallraten über gezielte Informationen an den Fahrer weiter reduzieren. □

**ROYER Signale**  
für Jugendverkehrsschulungen  
im Innen- und Außenbereich  
mobil und halbstationär  
passend für Ihren Parcours

Aufstellen, Stecker  
zusammenstecken -  
betriebsfertig!

Ausführung nach Wunsch  
mit Glühlampen oder  
langlebigen LED.

**ROYER**  
ROYER Signaltechnik GmbH  
Werner-von-Siemens-Str.2  
30982 Pattensen  
[www.royersignal.de/schulungsampel](http://www.royersignal.de/schulungsampel)



Das GaLaBau Fachprogramm – Informationen aus erster Hand:

## Trendthemen der grünen Branche

Vom 17. bis 20. September 2008 erwartet die Fachbesucher der GaLaBau wieder ein abwechslungsreiches Programm. Wissensaustausch und Informationsvermittlung stehen dabei im Vordergrund der angebotenen Fachtagungen.

Die GaLaBau ist als umfassende Produktschau gleichzeitig auch breit angelegtes Forum für den fachlichen Meinungsaustausch. Die messebegleitenden Veranstaltungen, wie der bundesweite Landschaftsgärtner-Cup, die Verleihung der GaLaBau-Innovations-Medaille und

wird. Renate Friedrich vom Grünflächenamt der Stadt Frankfurt wird auf das Thema „Von der Idee bis zur Umsetzung und Bürgerakzeptanz“ eingehen und Gerhard Roßkopf, Roßkopf Garten- und Landschaftsbau GmbH & Co. KG, beschäftigt sich mit „Bau und Entwicklungspflege“.



Die GaLaBau in Nürnberg bietet ein breites Spektrum für alle Entscheidungsträger, die Grünanlagen zu bewirtschaften haben.

des Internationalen Trendpreises sowie die Fachtagungen, tragen ganz entscheidend zur Attraktivität der GaLaBau bei. Die Inhalte des Rahmenprogramms gestalten der ideale Träger der GaLaBau, der Bundesverband Garten- und Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL), wobei aktuelle Themen und Trends stets im Mittelpunkt stehen.

So setzen immer mehr Städte mit Staudenpflanzungen im öffentlichen Raum attraktive Akzente. Bürger und Besucher erfreuen sich an den abwechslungsreichen Pflanzungen. Sie bieten das ganze Jahr über ein faszinierendes Farben- und Formenspiel. Monotone Rasen- und Cotoneasterflächen gehören damit der Vergangenheit an.

### Stauden im öffentlichen Raum

In der BGL-Fachtagung I „Stauden im öffentlichen Raum“, Donnerstag, 18. September, wird unter anderem das Frankfurter Projekt an der Friedrich-Ebert-Anlage vorgestellt. Planerin, Bauherr und Ausführende möchten den grünen Berufsstand motivieren, sich für mehr Stauden in der Stadt einzusetzen. Unter den Referenten ist Landschaftsarchitektin Christine Orel, die zum Thema „Staudenverwendung in der Stadt“ sprechen

Moderiert wird die Fachtagung von August Forster, BGL-Präsidiumsmitglied und Vorsitzender des BGL-Ausschusses „Landschaftsgärtnerische Fachgebiete“.

### Gärten für Senioren

Ebenfalls am Donnerstag Nachmittag, 18. September, behandelt die BGL-Fachtagung II das Thema „Gärten für Senioren“. Senioren wollen aktiv am Leben teilhaben und im Alltag wie in der Freizeit die größtmögliche Lebensqualität genießen. Wie viele andere Branchen, stellt sich auch der Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau auf die Anforderungen der immer älter werdenden Menschen ein. Denn vor dem Hintergrund des demographischen Wandels gewinnt die Kundengruppe der Senioren eine immer höhere Bedeutung. Experten diskutieren Fragen, wie: „Welchen Einfluss hat der Wachstumsmarkt der Senioren auf den Privatgarten?“, „Wie können sich GaLaBau-Betriebe auf den wandelnden Markt einstellen?“ oder „Welche Relevanz haben Gärten für eine älter werdende Gesellschaft?“. Die Diskussion leitet der Landschaftsgärtner Bernd Franzen. Es diskutieren: Andreas Niepel, Gärtner, Gartentherapeut und Buchautor, mit dem Ansatz „Gartentherapie ein Markt für den

Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau“; Dipl.-Ing. Harms Wulf mit Beiträgen zu den „Planungsanforderungen für seniorengerechte Gärten“ und Alfred Vollmer, Diözesan-Caritasverband, zuständig für stationäre Altenpflege, der um die „Anforderungen an Gärten in der Altenhilfe“ weiß.

### Schwimm- und Badeteiche

Schwimm- und Badeteiche, sowohl im Privatgarten, in Hotelanlagen, als auch in Städten und Gemeinden liegen nach wie vor im Trend. Sie überzeugen durch ihre Ästhetik, ihre Natürlichkeit und ihren hohen Nutzwert. Selbstverständlich stehen dabei eine gute Wasserqualität und ein funktionierendes Teichsystem im Vordergrund. Die Gestaltung von Schwimmteichen greift Gartentrends wie Licht, Edelstahl und Holz auf. Im Rahmen der BGL-Fachtagung III: „Trends bei privaten Schwimm- und Badeteichen“ diskutieren Experten am Freitag, 19. September, über die neuesten Entwicklungen und Trends. Die Fachtagung wird von der Deutschen Gesellschaft für naturnahe Badegewässer e. V. (DGfNB) in Kooperation mit dem BGL und der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e. V. (FLL) veranstaltet. Referenten: Roland Lütkemeyer „Gestaltungsqualität von Schwimm- und Badeteichen“; Bernhard Mann „Licht am Schwimmteich“; Guido Manzke „Techni-

sche Qualität von Schwimm- und Badeteichen“. Moderieren wird Jörg Baumhauer, DGfNB.

### Teamarbeit

Die zweite Veranstaltung, die BGL-Fachtagung IV: „Hohe Leistung + Spaß an der Arbeit“, am Freitag, 19. September, informiert zum Thema „Teamarbeit“. Teamarbeit hat auch für GaLaBau-Unternehmen eine wesentliche Bedeutung. Top-Teams erbringen herausragende Leistungen und dazu macht die Arbeit noch Spaß. Der Weg, Top-Teams aufzubauen und fest zu installieren, ist nicht immer einfach – aber er lohnt sich. Der Vortrag von Referent Klaus Wolf, Unternehmensberater im GaLaBau und Vorstand der WCG Wolf Consulting Group AG, gibt hierfür praxiserprobte Anregungen und Ideen.

### Vegetationstechnik im Landschaftsbau

Bereits am Vortag der GaLaBau können sich interessierte Fachbesucher über „Vegetationstechnik im Landschaftsbau“ informieren. Die Teilnehmer der internationalen Fachtagung, organisiert von der Landschaftsbau Service Bayern GmbH, werden von Antoine Berger, Präsident der ELCA – European Landscape Contractors Association, begrüßt. Es folgen sechs Vorträge zu Themen wie: „Ohne Mykorrhiza kein pflanzliches Leben auf dem Land“, „Green Concrete – ein Perspektivenwechsel bei Schotterrasen?“ und „Rasenplätze in modernen Sportanlagen“. **Weitere Informationen:** [www.galabau.info-web.de](http://www.galabau.info-web.de) □



Der LADOG T 1550 TransFlex wird dort eingesetzt, wo andere Geräteträger zu groß sind. Nicht umsonst bezeichnet Bertsche dieses Fahrzeug als „Zwischenklasse“. Damit kann problemlos ein Auslegeschlegelmäher mit einer Auslage von 4,5 m Reichweite angebaut und betrieben werden. Kritische Mäharbeiten sind durch den ausgefeilten hydrostatischen Fahrtrieb des LADOG-Fahrzeuges kein Problem. Der Fahrer fährt stufenlos, über den Fahrhebel, die Geschwindigkeit, die er vom Mähwerk her benötigt. Die Bedienung des Mähwerkes erfolgt über den gleichen Hebel. Aufgrund der guten Sichtverhältnisse aus der LADOG-Kabine, kann er den Mähkopf vom Fahrersitz aus gut sehen. **Weitere Infos unter:** [www.bertsche-online.de](http://www.bertsche-online.de) □

### Modulare Urnenwände:

## Gestaltung mit Schmuckpfeilern

Die modulare Wertstein Urnenwände wird die Firma Paul Wolf auf der GaLaBau in Nürnberg zeigen. Damit sind den Gestaltungsmöglichkeiten kaum Grenzen gesetzt. Sie sind vielseitig einzusetzen und erweitern durch die neuen Schmuckpfeiler das Angebot, individuell Grabschmuck anzubringen.

Dazu bietet das Unternehmen Zusatzausstattung für Grablichter und Vasen an, die mit speziellen Adaptern an die Pfeiler montiert werden. Zum einen kann den Wünschen der Hinterbliebenen entsprochen werden, Grabbeigaben nicht anonym abzulegen, sondern der jeweiligen Kammer zuzuordnen. Zum anderen wird ein sichtbar wahrnehmbares Ordnungssystem gewährleistet.

Bis zu vier Urnenkammermodule mit zwei, vier oder sechs Kammern können auf Sockelsteine waagrecht übereinander gesetzt werden. Jedes Modul kann abhängig von der jeweiligen Ausführung bis zu drei Aschekapseln und, je nach Hersteller, bis zu zwei Überurnen aufnehmen.

Als besonders innovativ gilt die selbst schließende Verschluss-Technik. Mit einer Spezialvorrichtung kann die Abdeckplatte jederzeit entfernt werden – ein großer Vorteil bei der nachträglichen Beisetzung einer weiteren Urne. Das Verschluss-System eignet

sich für alle Kammerabdeckplatten. Um eine permanente Umlüftung sicherzustellen, verfügt jede Urnenkammer auf der Rückseite



Ansprechendes Design und vielfältige Möglichkeiten bieten diese Urnenwände. Foto: Paul Wolf

über ein Lüftungsgitter aus Edelstahl.

**Weitere Informationen:** [www.paulwolff.de](http://www.paulwolff.de) und auf der GaLaBau.

## Wirtschaftlichkeit und Naturschutz

### Ökologische Flurneuordnung setzt auf Freiwilligkeit

**Gochsheim, Lkr. Schweinfurt - Mit einer ökologischen Flurneuordnung können nach den Worten von Landwirtschaftsminister Josef Miller die rationelle Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Gunstlagen und die Sicherung ökologisch wertvoller Flächen ideal aufeinander abgestimmt werden.**

Wie Miller bei einem Ortstermin im unterfränkischen Gochsheim erläuterte, hat das dortige Projekt beispielhaft gezeigt, wie man Nutzungskonflikte zur beiderseitigen Zufriedenheit lösen kann. „Die ökologische Flurneuordnung Gochsheim zeigt, dass in jeder Region standortabhängig maßgeschneiderte Lösungen möglich sind“, so Miller.

Grundvoraussetzung ist nach den Worten des Ministers wie bei anderen Flurneuordnungen auch das Prinzip der Freiwilligkeit. Nur sie führe schließlich zu einer hohen Akzeptanz solcher Maßnahmen. Die enge Zusammenarbeit und der breite gesellschaftliche Konsens von Landnutzern und Naturschutz bringe den gewünschten Erfolg. In Gochsheim wurden für Naturschutz und Landschaftspflege Schutzflächen entlang von Gewässern und Gehölzen, Wasserflächen und zusätzliche Biotopelemente geschaffen. Landwirte können durch zusammengelegte und gut zu bewirtschaftende Flächen Zeit und Geld sparen.

Insgesamt wurden in den Jahren 2006/2007 bayernweit in enger Zusammenarbeit mit den Grundstückseigentümern und Naturschutzbehörden rund 380 Hektar bereitgestellt und für Zwecke der Landespflege gesichert.

Im Rahmen der Aktion „Mehr Grün durch Ländliche Entwicklung“ wurden in diesen beiden Jahren rund 27 000 Bäume und Sträucher gepflanzt. Für die Landespflege sowie die Gestaltung von Gewässern und den Bodenschutz wurden im gleichen Zeitraum 14,5 Millionen Euro investiert. □



Man muss nicht groß sein,  
um Großes zu leisten.

Der neue Mercedes-Benz Unimog U 20.

Kompakt, leistungsstark und äußerst wendig: Mit nur 2,70 m Radstand und 12,60 m Wendekreis ist der neue Unimog U20 wie geschaffen, um im kommunalen Einsatz Großes zu bewegen. Ladekran und Kipppritsche machen ihn zur eigenständigen Transportlösung. Selbst mit 18-t-Anhängern sind Sie mit bis zu 90 km/h am Einsatzort. Dank schnell wechselbaren Anbaugeräten ist der U20 ganzjährig ausgelastet und somit hoch wirtschaftlich. Jetzt bei Ihrem Unimog-Partner oder unter: [www.mercedes-benz.com/neuer-U20](http://www.mercedes-benz.com/neuer-U20)

ZLF 20. - 28. September 2008, München  
Freigelände, Block I, Stand-Nr. 01

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG  
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt  
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06  
E-Mail: [verkauf.unimog@bassewitz.de](mailto:verkauf.unimog@bassewitz.de)  
Internet: [www.bassewitz.de](http://www.bassewitz.de)

Carl Beuthauser GmbH & Co. KG  
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach  
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81  
E-Mail: [verkauf.unimog@bassewitz.de](mailto:verkauf.unimog@bassewitz.de)  
Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne-Unimog GmbH  
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten  
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127  
E-Mail: [henne-unimog.hst@daimler.com](mailto:henne-unimog.hst@daimler.com)  
Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm  
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410  
E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com)  
Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)



IAA-Nutzfahrzeuge 2008 in Hannover:

## Weltpremieren bei Lkw, Omnibussen und Transportern

Hybridantriebe und optimierte Antriebe senken Kraftstoffverbrauch  
Active Brake Assist für Busse - Zahlreiche Komfort-Features

Präzise Antworten auf die Fragen von heute, Ausblicke auf die Welt von morgen: Die Nutzfahrzeugmarken der Daimler AG präsentieren sich auf vier Ausstellungsständen der IAA 2008 attraktiv wie nie. Mehr als 80 Fahrzeuge, darunter zahlreiche Weltpremieren, verkörpern Innovationsführerschaft in Sicherheit, Umweltschonung und Wirtschaftlichkeit sowohl bei Lkw als auch Transportern, Omnibussen, Sonderfahrzeugen und Komponenten. Insgesamt sieben Hybrid-Lkw-Transporter und -Busse stehen für die Daimler Initiative „Shaping Future Transportation“ mit der das Unternehmen die Entwicklung von alternativen Antrieben im Nutzfahrzeug vorantreibt.

Das Flaggschiff steht im Mittelpunkt: Weltpremiere feiern auf der IAA die Baufahrzeuge des Mercedes-Benz Actros. Sie sind perfekt auf den Einsatz im Bauverkehr zugeschnitten.

### Weltpremiere für den Mercedes-Benz Actros Bau

Der Actros Bau profitiert optional von der neuen Zwölfgang-Schaltautomatik Mercedes PowerShift. Besonders spektakulär ist die neue Generation der Schwerlast-Zugmaschine Mercedes-Benz Actros SLT. Sie ist auf ein zulässiges Gesamtgewicht von maximal 250 Tonnen ausgelegt. Der leistungsgesteigerte V8 mit 15,9 l Hubraum bringt es auf 480 kW (653 PS) und ein maximales Drehmoment von 3 000 Nm.

Seine IAA-Premiere feiert der im Frühjahr neu vorgestellte Mercedes-Benz Actros, der erste Lkw mit serienmäßigem automatisiertem Getriebe. Das Getriebe Mercedes PowerShift 2 überzeugt mit hoher Wirtschaftlichkeit und ebenso schnellen wie sanften Schaltvorgängen. Zahlreiche, durchweg überarbei-

tete und verfeinerte Modi unterstützen den Fahrer. Einzigartig unter den Sicherheits-Assistenzsystemen des Actros ist der Active Brake Assist (Notbrems-Assistent).

### Wirtschaftlichkeit

Zur nochmals gesteigerten Wirtschaftlichkeit des neuen Actros gehören eine Batteriestatusanzeige, geregelt arbeitende Kühlmittelpumpe und Luftpresser sowie die Druckluftsteuerung E-APU (Electronic Air Processing Unit) mit zusätzlicher Druckvorratung beim Bremsen. Pakete fassen attraktive Sicherheits-, Komfort- und Funktionsausstattungen zusammen.

Zweiter Schwerpunkt der Lkw von Mercedes-Benz auf der IAA 2008 sind alternative Antriebe. Weltpremiere hat der Axor BlueTec Hybrid, der erste Lkw für den mittleren Fernverkehr mit einem Hybridantrieb, hier als Parallelhybrid ausgebildet. Er soll eine Kraftstoffeinsparung von etwa 6 Prozent erreichen.

Bereits im Kundenversuch ist der Mercedes-Benz Atego BlueTec Hybrid mit 11,99 t Gesamt-

gewicht. Ein Beweis, dass Mercedes-Benz neuartige Antriebe nicht nur ankündigt, sondern auch in die Praxis umsetzt. Auch konventionelle Antriebe haben unverändert Optimierungspotenzial. Das belegt unter anderem der Atego mit Motor-Start-Stopp-Anlage.

### Vito BlueEFFICIENCY: neue Technologien für konventionelle Antriebe

In diese Kerbe schlagen auch die Transporter mit Stern. Das Showcar Vito BlueEfficiency zeigt neue Technologien für konventionelle Antriebe. Mit einem Sechsgang-Getriebe mit großer Spreizung, Aerodynamik-Paket und weiteren Maßnahmen erreichen Transporter Verbrauchsvorteile von 1,2-1,6 Liter/100 km. Die neuen Technologien werden als Extras aufgetaucht.

Anhand eines Schnittmodells präsentiert Mercedes-Benz erstmals einen Hybridantrieb für den Vito. Mit einem so genannten Mild Hybrid trägt das Sparpotenzial an Kraftstoff rund zwei Liter/100 km.

### Sprinter NGT monovalent in EEV-Ausführung

Bereits jetzt können Transporter-Käufer auf die Kostenbremse treten. Der Mercedes-Benz Sprinter NGT mit Erdgasantrieb – jetzt auch monovalent in EEV-

Ausführung – senkt die Kosten ebenso wie die ECO-Start-Stopp-Funktion. Wirtschaftlichkeit auf andere Art präsentiert der neue Sprinter 4x4 mit zuschaltbarem Allradantrieb. Sein Elektronisches Traktions-System 4ETS kann die Wirkung von bis zu drei Differenzialsperren simulieren. Eine optionale Getriebeuntersetzung erhöht die Traktion zusätzlich. Einzigartig ist der Mercedes-Benz Sprinter mit Tiefrahmen-Fahrgestell. Es ist nun auch mit 4,2 t zulässigem Gesamtgewicht und Luftfederung lieferbar.

Mercedes-Benz Vito und Viano stoßen ebenfalls in neue Gewichtsklassen vor. Den Vito gibt es jetzt bis 3,2 t, den Viano mit 3,05 t zulässigem Gesamtgewicht. Damit verbunden ist eine deutliche Anhebung der Nutzlast. Ein spürbares Komfortplus bedeuten neu geformte Sitze in Vito und Viano.

### Vorbildliche Sicherheitsausstattung

Die vorbildliche Sicherheitsausstattung von Vito/Viano und Sprinter wird nun nochmals um das so genannte adaptive Bremslicht erweitert: Bei einer Notbremsung blinken die Bremslichter anstatt statisch zu leuchten. Dies erhöht die Aufmerksamkeit nachfolgender Verkehrsteilnehmer.

### Premiere für den geländegängigen Zetros

Mercedes-Benz Zetros heißt eine neue Lkw-Familie hochgeländegängiger Lkw mit Allradantrieb. Die Haubenwagen sind für vielerlei Einsätze geeignet und als Zwei- und Dreiaxler mit Einzelbereifung lieferbar. Kern des neuen Fahrzeugkonzepts sind modifizierte Allrad-Fahrgestelle des Actros, kombi-



Weltpremiere im Omnibus - Der neue Mercedes-Benz Travego mit Active Brake Assist (Notbrems-Assistent), der automatisch bremsst, wenn ein Auffahrunfall droht und der Fahrer nicht selbst reagiert. Daimler-Foto

nirt mit einem neuen Fahrerhausmodul.

### Weltpremiere: Mercedes-Benz Econic CNG Hybrid

Mit gleich zwei Premieren wartet der Mercedes-Benz Econic auf der IAA 2008 auf. Neu ist der bereits seriennahe Econic BlueTec Hybrid mit einem Parallelhybrid auf Basis des Dieselmotors OM 906 LA mit 210 kW (286 PS). Als Konzeptstudie präsentiert Mercedes-Benz den weltweit einmaligen Econic NGT Hybrid. Er kombiniert einen Erdgasantrieb mit Einstufung nach EEV mit einem Elektromotor. Sensationell ist die Prognose der Kraftstoffkosten um bis zu 60 Prozent im Vergleich zum Dieselantrieb.

### Weltpremiere: Travego mit Active Brake Assist

Ihre Weltpremiere erlebt die neue Generation des Mercedes-Benz Travego. Ebenso wie der 15 m lange Setra S 419 GT-HD

ist der Travego jetzt mit Active Brake Assist zu bekommen. Er leitet bei akuter Gefahr eines Auffahrunfalls auf ein vorausfahrendes Fahrzeug nach gestuften Warnhinweisen im letzten Schritt selbstständig eine Vollbremsung ein. Der Travego profitiert überdies vom patentierten passiven Sicherheitssystem Front Collision Guard mit verschiebbarem Fahrerplatz.

### Linienbusse technisch und optisch weiterentwickelt

Den Überlandbus Integro liefert Mercedes-Benz jetzt auf Wunsch mit Motoren nach der freiwilligen Abgasrichtlinie EEV. Den Gelenkbus Citaro G gibt es jetzt ebenso wie den davon abgeleiteten Großraumbus CapaCity mit einem attraktiven Metro-Design-Kit. Es umfasst unter anderem eine Frontpartie mit gepfeilter Bugblende, seitliche Verkleidungen der Dachaufbauten, abgedeckte Räder an den Hinterachsen sowie optisch heruntergezogene Seitenscheiben. Technisch besonders innovativ ist der Citaro G BlueTec Hybrid, der Gelenkbus mit seriellem Hybridantrieb und Radnabenmotoren.

### Minibusse

Im Zentrum der Minibusse steht der beliebte Niederflrbus Sprinter City 65. Er trumpft nun mit einer um 10 Prozent vergrößerten Niederflrzone auf. In den Hochboden-Fond führt jetzt nur noch eine Stufe. Neu ist auch der Zahltisch mit Platz für Fahreretasche und Feuerlöscher.

IAA-Premiere hat ebenso die umfangreich aufgewertete neue Generation der Setra TopClass 400. Das patentierte passive Sicherheitssystem Front Collision Guard einschließlich verschiebbarem Arbeitsplatzmodul ergänzt nun als weitere Neuheit der Active Brake Assist. Premiere hat auf der IAA 2008 auch der modellgepflegte Doppeldecker Setra S 431 DT. Mit neuem Cockpit, neuem Lenkrad, Kurvenlicht und Licht-/Regensensor übernimmt er wesentliche Elemente der neuen TopClass 400.

### Mitsubishi Fuso: der Canter von übermorgen

Ihre Europa-Premiere feiert die Konzeptstudie Mitsubishi Fuso Canter Eco-D, die aufregende Variante eines leichten Kippers von übermorgen mit einer Fülle von innovativen Ideen. Die Türen zum Beispiel sind zum leichteren Einstieg hinten angeschlagen. Das großzügige Glasdach des Fahrerhauses verdundelt sich je nach Lichteinfall. Eine Gitterstruktur der A-Säule optimiert die Sichtverhältnisse. Die futuristisch gestaltete Kippbrücke schließt optisch nahtlos an das Fahrerhaus an.

Der Antrieb des Canter Eco-D erfolgt durch einen Parallelhybrid. Er hat sich bereits in der Praxis bewährt, fährt zum Beispiel seit Jahresbeginn in Großbritannien im Kundenversuch. □

## Wachablösung bei der BayWa

Neuer Vorstandsvorsitzender will Autovertrieb ausweiten / Deutlicher Umsatzzuwachs

München: Die Sparten Agrar-, Bau und Energie bleiben auch die kommenden Jahre für den seit Juli amtierenden neuen BayWa-Chef Klaus Josef Lutz die Kernbereiche der BayWa. Er sieht aber auch Ansätze für Veränderungen in der Konzernstruktur, Optimierungspotenziale in einigen Geschäftsbereichen sowie auch neue Geschäftsfelder. Bei der Vorlage der Halbjahresbilanz in München nannte Lutz in diesem Zusammenhang den Ausbau des Autohandels, der bisher eine untergeordnete Rolle spielte.

Die 22 Konzern eigenen Autohäuser in Baden-Württemberg und Bayern erwirtschafteten im vergangenen Jahr einen Umsatz von 250 Millionen Euro und trugen damit nur gut 3% des Gesamtumsatzes von 7,2 Milliarden Euro bei. Lutz will nun in diesem Segment durch Zukauf einen Umsatz bis 1 Milliarde Euro erreichen. Damit würde die BayWa zu einem der größten Autoverkäufer der Bundesrepublik aufsteigen. Derzeit werden Verhandlungen über die Übernahme von zahlreichen Autohäusern geführt, die schon in den kommenden Wochen abgeschlossen werden könnten. Lutz will das genossenschaftlich geprägte Unternehmen auch in anderen Bereichen umgestalten. Beispielsweise soll im Segment Energie langfristig das Geschäft mit erneuerbaren Energien wie Biogas und Geothermie angekurbelt werden. Außerdem steht eine Optimierung der Strukturen vor allem im Baustoffbereich an, „wobei Baustoffzentren die Zukunft sind“.

### 28 % Umsatzsteigerung

In den ersten 6 Monaten konnte der Umsatz des BayWa Konzerns nach Lutz vor allem wegen der hohen Preise für Agrarrohstoffe sowie dem florierenden Handel mit Maschinen um gut 28% auf 4,4 Milliarden Euro gesteigert werden. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäfts-

tätigkeit verdoppelte sich auf 80 Millionen Euro. Im Gesamtjahr 2008 werde der Umsatz voraussichtlich zum ersten Mal die 8 Milliarden-Euro-Grenze überschreiten.

Den größten Umsatzanstieg im ersten Halbjahr erreichte der Konzern im Segment Agrar mit 2,2 Milliarden Euro mit einem Plus von 37%. Für das überdurchschnittliche Wachstum waren sowohl größere Absatzmengen als auch höhere Preise der Sparten Agrar und Technik maßgebend. Die Sparte Technik konnte die höhere Investitionsbereitschaft vieler landwirtschaftlicher Unternehmer nutzen. Sie verbesserte ihren Umsatz mit Vertriebs- und Serviceleistungen auf 408 Millionen Euro. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 23,4%. Vor allem zog der Absatz von Traktoren und Erntemaschinen weiter an.

### Niedriges Neubauvolumen

Das Segment Bau weist mit 831 Millionen Euro einen leicht gestiegenen Umsatz aus. Dies gelang nach Lutz trotz des weiterhin sehr niedrigen Neubauvolumens und der Zurückhaltung bei Sanierungen im Privaten Wohnungsbau. Vor diesem Hintergrund ist dieser Anstieg der Baustoffhandelsumsätze um 5,3% auf 590 Millionen Euro ein Erfolg des BayWa-Konzerns, der sich stärker auf das Geschäft

mit gewerblichen Kunden stützt. Dagegen blieb das Einzelhandelsgeschäft der Bau- und Gartenmärkte bis zur Jahresmitte mit 241 Millionen Euro um 2,2% unter der Vergleichszahl des Vorjahres.

Im Segment Energie legte der Konzern wieder deutlich zu. Er konnte den vorjährigen witterungsbedingten Einbruch bei der Wärmeenergie und den Heizölabsatz wieder auf das Durchschnittsniveau anheben. Zugewonnen hat auch der Diesellaborsatz, während die Schmierstoffverkäufe im Vergleich zum Vorjahr um über 40% angewachsen sind. Damit summierten sich die Umsätze in diesem Segment auf 1,1 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von über 35%.

### Gute Geschäftsentwicklung

Die Konzerntöchter die sich mit Konsumgüterproduktion und Autohandel beschäftigen, verzeichneten im ersten Halbjahr eine gute Geschäftsentwicklung. Stark zulegen konnte vor allem der Bereich mit Fruchtsaftkonzentraten, aber auch die anderen Lebensmittelaktivitäten sowie der Autohandel erwirtschafteten höhere Umsätze und Erträge. Gegenüber dem Jahresende 2007 verringerte sich die Zahl der Mitarbeiter der BayWa um 121 auf 16.204.

Während im Segment Agrar aufgrund der anziehenden Geschäftstätigkeit ein leichter Zuwachs zu verzeichnen war, wurde im Segment Bau die Mitarbeiterzahl der verhaltenen Nachfrage angepasst. Die Zahl der Auszubildenden beträgt gut 1000 wobei das Unternehmen bestrebt ist einen Großteil später in ein festes Anstellungsverhältnis zu übernehmen. E. Scholl

**BOKI MOBIL KOMMUNALFAHRZEUG**

**EIN KONZEPT - UNZÄHLIGE LÖSUNGEN**

**GoLaBau2008**  
Halle 10/Stand 206

**WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH**

1200 - 1700 mm Fahrzeugbreite

INFO DURCH: **KIEFER GMBH**  
MASCHINENBAU, FANZVEHR UND VERKEHR

POSTFACH 1246  
84402 DORFEN  
TELEFON: (08081) 414-0  
TELEFAX: (08081) 414-89  
www.kiefergmbh.de



Veröffentlichung aus dem Innenministerium:

## Der Winterdienst im Blickpunkt der Öffentlichkeit

In wenigen Wochen ist es wieder soweit: Wir müssen mit Frost und Schnee rechnen. Es ist also höchste Zeit, den Fuhrpark auf seine Winterauglichkeit zu untersuchen. Die Verantwortlichen in den kommunalen Bauhöfen und bei den mit Winterdienstleistungen beauftragten Privatunternehmen überprüfen anhand ihrer Checklisten den aktuellen Bedarf, informieren sich bei den Herstellern über neue Produkte und Zusatztools zum vorhandenen Gerätepark und ergänzen rechtzeitig ihre Geräte. Das Bayerische Innenministerium hat die Winterdienstaufgaben der öffentlichen Hand zusammengestellt.

Der Straßenwinterdienst muss die Mobilität jedes einzelnen Verkehrsteilnehmers sowie die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft auch in den Wintermonaten gewährleisten. Dabei stellt der zunehmende Verkehr in Ver-

chen der Gesellschaft und dem finanziell noch Vertretbaren dar.

### Einsatzzeiten

Rund um die Uhr wird der Winterdienst auf den Autobah-

begrenzten Schneeverwehungen muss gerechnet werden.

### Glättebekämpfung

Bei Glätte können auf dem gesamten Straßennetz die Streueinsätze meist innerhalb von zwei Stunden abgeschlossen werden. Bei anhaltenden Schneefällen benötigen die Räumfahrzeuge auf den Bundes- und Staatsstraßen etwa drei Stunden bis sie die gleiche Stelle im Straßennetz wieder räumen und streuen können. Auf den Autobahnen werden bei Schneefall zusätzliche Fahrzeuge eingesetzt, so dass dort die Umlaufzeit von zwei Stunden beibehalten werden kann.

### Straßenzustands- und Wetterinformationssysteme

Für einen wirksamen und wirtschaftlichen Winterdienst ist eine möglichst frühzeitige Kenntnis des zu erwartenden Wetters von entscheidender Bedeutung. Die auf den Straßen eingerichteten Glättemeldeanlagen, die Wetterradarbilder sowie die kurz- und mittelfristige Straßenzustands- und Wetterprognosen des Deutschen Wetterdienstes stehen den Straßenmeistereien rund um die Uhr zur Verfügung.

Die Glättemeldeanlagen liefern insbesondere Informationen über die Fahrbahntemperatur und die Luftfeuchtigkeit. Mit den Wetterradarbildern können heranziehende Niederschlagsfronten frühzeitig erkannt und die Dauer und Intensität der Schneefälle genauer abgeschätzt werden.



Wer ein Bokimobil sein eigen nennt, ist für den Ganzjahreseinsatz gerüstet.

Netz bereits vor 4 Uhr morgens, um die in der Nacht einsetzende Glätte infolge Schnee, Reif oder Eis noch vor dem Beginn des Berufsverkehrs beseitigen zu können.

Die vom Winterdienst angestrebte „Befahrbarkeit“ unserer Straßen schließt jedoch Schneereise auf der Fahrbahn oder bei länger andauernden Schneefällen auch eine geschlossene Schneedecke mit ein. Auch mit stellenweiser Glätte oder örtlich



Räumen und Streuen mit dem Unimog in einem Arbeitsgang. In Minutenschnelle lässt sich das universelle Kommunalfahrzeug für jeden Bedarf umrüsten.

### Streustoffe im Winterdienst

Unter den Aspekten der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit ist das Salz (insbesondere NaCl) weiterhin das beste Auftaumittel. Nahezu alle Räum- und Streufahrzeuge der bayerischen Straßenbauverwaltung sind mit Feuchtsalzstreugeräten ausgerüstet.

Die Anfeuchtung des Taumittels beim Ausstreuen reduziert die Verluste durch Verwehen und Wegschleudern und führt so zu einer besseren Verteilung des Streumittels auf der Fahrbahn. Dadurch ist es gelungen, den Salzverbrauch auf 10 – 15 g/m<sup>2</sup> zu senken.

### So viel Salz wie nötig, so wenig wie möglich

Durch die Feuchtsalztechnologie können auch „vorbeugende“ Streueinsätze durchgeführt werden, die eine Glättebildung oftmals verhindern oder zumindest ihre Auswirkungen auf den Verkehr abschwächen. Der vorbeugende Einsatz von Streusalz auf den Außerortsstraßen führt zu einer wesentlichen Reduzierung der Unfallzahlen und der Unfallkosten.

In den Salzhallen der bayeri-

schen Autobahn- und Straßenmeistereien stehen knapp 300.000 Tonnen an Lagerkapazität zur Verfügung. Die Salzhallen werden bereits nach den ersten Streueinsätzen wieder nachgefüllt, so dass eine ausreichende Salzbevorratung während der gesamten Winterperiode sichergestellt ist.

### Splitt und Sand sind wenig wirksam und teuer

Abstumpfende Streustoffe, wie Splitt und Sand, sind vergleichsweise wenig wirksam und um ein Vielfaches teurer. Sie weisen wegen ihrer problematischen Entsorgung und wegen der Gesundheitsgefährdung durch die Staubentwicklung gesamtökologisch eine ungünstigere Bilanz auf.

### Maßnahmen zur Stauvermeidung

Auf den Autobahnabschnitten mit besonders kritischen Winterdienstlagen werden gezielte Maßnahmen zur Stauvermeidung in den Wintermonaten getroffen. Dazu gehören differenzierte Gefahrdurchsagen im Rundfunk, vorausschauende Empfehlungen von Umleitungsstrecken sowie ein zeitweises Fahrverbot für die LKW auf dem mittleren und linken Fahrstreifen.

### Sonderpläne für den Katastrophenschutz

Für den koordinierten Einsatz von Polizei, Winterdienstkräften und Rettungsdiensten wurden Katastrophenschutzsonderpläne ausgearbeitet, die den Eintritt kritischer Situationen möglichst verhindern sollen und im Fall eines unabwendbaren Katastrophenfalls die erforderlichen Maßnahmen zügig durchführen lassen. So müssen für die im Stau Eingeschlossenen warme Getränke, Verpflegung, warme Kleidung, Treibstoff und ggf. Notunterkünfte bereitgestellt werden. Im Notfall können Menschenleben davon abhängen.

### Großschneesleudern

Für extreme Winterdienstseinsätze hält die Bayerische Straßenbauverwaltung Großschneesleudern vor, die dezentral in den Alpenregionen und in den Mittelgebirgen stationiert sind. Sie werden als „Winterdienst-Feuerwehrfahrzeuge“ an den aktuellen Brennpunkten des Winterdienstes eingesetzt. Die bayerischen Großschneesleudern können bei Schneekatastrophen im gesamten Bundesgebiet eingesetzt werden.

Quelle: <http://www.stmi.bayern.de/bauen/strassenbau/aufgaben/>



### Einfach und Leistungsstark: Der SNOW-DRILL Schneestangenbohrmaschine für einfaches Setzen von Schneestangen

Mit dem SNOW-DRILL von Lehner Landtechnik aus dem österreichischen Weißkirchen a. d. Traun ist das Versetzen von Schneestangen kein Problem. Mit diesem Gerät ist man für den Winter gerüstet. Einfacher Aufbau auf Traktoren, Kommunalfahrzeuge, Unimogs oder LKWs durch Dreipunkt Kat. II oder auch mittels Zwischenplatte macht dieses Gerät für zukunftsorientierte Gemeinden zum absoluten Muss. Standardmäßig beträgt die Bohrtiefe 480mm und der Durchmesser 58mm. Viel praktisches Zubehör wie z.B. ein Heckgerät befindet sich ebenfalls im umfangreichen Sortiment. Für Schnellbezugsbedingungen gibt es bei der Firma Lehner Landtechnik Frühbezugsbedingungen. Der Fendt-Star-Service Partner bietet beste Qualität sowie Spezialmaschinenbau. Mehr Infos unter: [www.lehner-landtechnik.at](http://www.lehner-landtechnik.at).



Bei der Wahl der Vorsatzgeräte gilt es, größte Sorgfalt zu üben und den individuellen Bedarf klar zu formulieren.

### Gemeindetag fordert:

## Führerschein für Feuerwehren

Der Bayerische Gemeindetag fordert Bund und Freistaat auf, endlich einen Feuerwehr-Führerschein einzuführen oder zumindest dafür zu sorgen, dass Feuerwehrfahrzeuge bis 4,25 Tonnen mit dem Pkw-Führerschein gefahren werden dürfen.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Den Feuerwehren gehen die Fahrer aus. Selbst kleine Feuerwehrfahrzeuge dürfen mittlerweile nur noch mit dem Lkw-Führerschein bewegt werden. Den hat aber kaum ein Feuerwehrangehöriger. Bundesregierung und Staatsregierung müssen handeln!“ Brandl wies darauf hin, dass letztlich die Gemeinden und Städte die Kosten von mehreren tausend Euro für den Erwerb von Lkw-Führerscheinen durch Feuerwehrleute tragen müssen. „Die Sicherheit der Bürger ist oberste Maxime. Wir müssen dafür sorgen, dass die Feuerwehrfahrzeuge fahren. Dafür braucht es genügend Fahrer. Bund und Freistaat müssen die Kommunen unterstützen.“

Der Bayerische Ministerrat hat eine Bundesratsinitiative be-

schlossen, damit Feuerwehrautos bis 4,25 Tonnen auch weiterhin mit dem Pkw-Führerschein gefahren werden können. Aufgrund der neuen Fahrerlaubnisklasse B dürfen Feuerwehrleute, die ihren Führerschein ab dem Jahr 1999 erworben haben, nur noch Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen bewegen dürfen. Bislang haben sowohl der Freistaat Bayern als auch der Bund keine Erleichterungen für die Feuerwehren bewirkt.



**Lehner Landtechnik**  
franz-lehner@aon.at

**DIE PERFEKTE LÖSUNG:**

# Snow-Drill

Das Versetzen von Schneestangen ist nicht länger ein Problem. Einfach und Leistungsstark. Frühbezugsbedingungen.

Infos: Tel. 0043(0)7242/53622 . [www.lehner-landtechnik.at](http://www.lehner-landtechnik.at)



Kommunalpolitischer Meinungsaustausch mit Europaminister Söder:

## Oberfränkische Interessen wahren!

Im Rahmen eines europapolitischen Gesprächs mit dem Regierungspräsidenten von Oberfranken, Wilhelm Wenning, und den Kommunalpolitikern Hannsjürgen Lommer (Stellvertretender Landrat Hof), Dr. Karl Döhler (Landrat Wunsiedel im Fichtelgebirge), Dr. Michael Hohl (Oberbürgermeister Bayreuth), Gerhard Wunder (Stellvertretender Landrat Kronach) sowie Rainer Krauß von der Stadt Hof hat Europaminister Dr. Markus Söder darauf hingewiesen, „dass von der Entwicklung Oberfrankens wie von kaum einer anderen Region wichtige Impulse für das Zusammenwachsen Europas ausgehen“. Daher sei es wichtig, rechtzeitig und nachhaltig die Interessen Oberfrankens in der EU zu vertreten, damit Oberfranken seine Standortvorteile optimal ausspielen kann.

In der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 hat die Bayerische Staatsregierung laut Söder ganz bewusst einen absoluten Förderschwerpunkt in den Grenzregionen zur Tschechischen Republik gesetzt. Somit fließen beispielsweise mehr als 60 % der EU-Mittel für die Regionalentwicklung in die drei Grenzbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern. Dies erfolge vor allem vor dem Hintergrund, dass Bayern als einziges „altes“ Bundesland an die neuen Mitgliedstaaten der EU und somit an EU-Höchstfördergebiete angrenzt.

Hinzu kommt, dass zusätzlich auch in den an Oberfranken angrenzenden „neuen“ Bundesländern ebenfalls höhere finanzielle Unterstützungen gewährt werden können. Um Bayern, und

ganz besonders auch Oberfranken, in dem Konzert der europäischen Regionen entsprechend Gehör zu verschaffen und die Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften in Bayern angemessen zu unterstützen, verfolgt die Bayerische Staatsregierung eine Strategie, die im wesentlichen auf drei Säulen ruht:

### Drei-Säulen-Strategie

1. Neben den zur Verfügung gestellten EU-Fördermitteln in den relevanten Strukturfonds EFRE und ESF muss es Söder zufolge dem Freistaat Bayern darum gehen, möglichst viele der im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU zu verteilenden Mittel nach Bayern zu holen. Aus diesem Grund wurde die Bayerische Forschungsall-

anz mit Sitz in Nürnberg ins Leben gerufen, um Interessenten eine wirksame Unterstützung bei der Beantragung dieser Mittel geben zu können.

2. Die Bayerische Staatsregierung werde sich verstärkt dafür einsetzen, dass die Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften nicht durch weitere Festlegungen der EU bei der Bereitstellung der Dienstleistungen

von allgemeinem Interesse durch eine zunehmende Bürokratisierung behindert werden.

3. Durch die Schaffung eines schlagkräftigen Netzwerks besonders kompetenter Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auf allen Verwaltungsebenen in ganz Bayern und auch in Brüssel möchte sich Bayern bereits möglichst frühzeitig in die Meinungsbildungsprozesse in Brüssel einbringen. Alle Landkreise und kreisfreien Städte sollten zumindest über einen kompetenten Koordinator verfügen, der aktiv in diesem Netzwerk mitarbeitet und als Ansprechpartner für die verschiedenen Interessenten fungiert, betonte Söder zum Abschluss. **DK**



Landrat Franz Meyer (rechts) bei der Übergabe der Ehrenurkunde an seinen Amtsvorgänger Hanns Dorfner. **DK**

Hanns Dorfner:

## Ein Altlandrat mit Ehrenring

Der langjährige Passauer Landrat Hanns Dorfner hat aus der Hand seines Nachfolgers Landrat Franz Meyer die Ernennungsurkunde zum Altlandrat erhalten. In einer Feierstunde würdigte Meyer die Verdienste seines Amtsvorgängers.

So habe Hanns Dorfner 36 Jahre als Bürgermeister, stellvertretender Landrat und Landrat das Passauer Land geprägt und mitgestaltet. Darüber hinaus habe er als Präsident der Bayerischen Sing- und Musikschulen Vorbildliches für die Jugend im Lande Bayern geschaffen, sagte Meyer. Hanns Dorfner sei ein Kommunalpolitiker mit Leib und Seele, der seiner Heimat seinen Stempel aufgedrückt habe.

Zur Überraschung von Hanns Dorfner gab Landrat Franz Meyer bekannt, dass der Kreistag beschlossen habe, in einer Feierstunde im Herbst dieses Jahres dem langjährigen Landrat den goldenen Ehrenring, die höchste Auszeichnung des Landkreises Passau, zu verleihen. Der Personenkreis ist nach den Worten des Landrats auf 15 Personen beschränkt.

In seiner Rede betonte Hanns Dorfner, der Titel des Altlandrates freue ihn, weil dieser doch zeige, dass man mit Ehre aus dem Amt entlassen worden ist und es ordentlich zu Ende gebracht hat. „Aber das mit dem Ehrenring ist schon etwas ganz Besonderes.

sondern alles.“ Ihm kam die Idee zum Luftmuseum, nachdem er jahrelang das „Gummeeum“, das Gummimuseum in Kallmünz, geleitet hatte. Dort beschäftigte er sich jahrelang damit, Luft sichtbar und fassbar zu machen und kam deshalb auf die Idee, ein Luftmuseum zu gründen“, sagt Koch, der sich selbst als „Luftbildhauer“ bezeichnet.

In diesem Jahr im Oktober verleiht E.ON Bayern dem Amberger Künstler für seine Verdienste den mit 10.000 Euro dotierten Kulturpreis Bayern – auch in Anerkennung für sein ehrenamtliches Engagement. Denn für das Amberger Luftmuseum ist seit der Gründung kein einziger Euro aus öffentlichen Kassen geflossen. Einzige Unterstützung der Stadt: Sie berechnet für die Räume keine Miete. Die Finanzierung des Museums läuft ausschließlich über Eintrittsgelder, Spenden und sogenannte Lufthelfer, die ihre Arbeitskraft bei Führungen und Umbauten unentgeltlich zur Verfügung stellen.

### Große Pläne für die Zukunft

Für die Zukunft hat Wilhelm Koch große Pläne. In seiner Schublade liegt ein fertiges Konzept, wie er seine Heimatstadt Amberg ganz offiziell zum Luftkunstort erheben und damit mehr Besucher in den Oberpfälzer Ort locken will. Bisher sind diese Pläne allerdings noch eine Luftnummer. Nur auf seiner Internetseite [www.luftmuseum.de](http://www.luftmuseum.de) hat der „Luftbildhauer“ seinen Traum bereits Wirklichkeit werden lassen. Bei der Postanschrift steht dort: „92224 Luftkunst Amberg“. **DK**

Bayerische Kommunen:

## Aktionen gegen Rechtsextremismus

Tausende Menschen haben sowohl in Oberfranken als auch in Niederbayern ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Vertreter der Staatsregierung, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Politiker aller Fraktionen aus der Region, Bürgermeister aller umliegenden Gemeinden sowie Vertreter der Kirchen und Verbände verdeutlichten dabei nicht nur durch ihre Reden, sondern auch durch ihre bloße Anwesenheit ihre Abscheu gegenüber den rechten Fanatikern und deren Gedankengut.

Im oberfränkischen Warmensteinach protestierten die Demonstranten gegen den geplanten Verkauf eines Hotels an die rechtsextreme NPD. In Wunsiedel feierten die Bürger einen „Tag der Demokratie“. Zuvor hatten sich die beiden Kommunen erfolgreich gegen die geplanten Gedenkumgebungen für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß zur Wehr gesetzt.

In Warmensteinach demonstrierten nach Polizeischätzungen rund 2.000 Menschen unter dem Motto „Warmensteinach ist bunt, nicht braun“ gegen den Hotel-Verkauf. Warmensteinachs Bürgermeister Andreas Voit (CSU) zeigte sich „überwältigt von den Menschenmassen“. Den geplanten Hotelverkauf an die NPD bezeichnete er als „Niederträchtigkeit sondergleichen“.

In Wunsiedel - dort ist der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß begraben - zogen etwa 250 Demonstranten durch die Altstadt zum Marktplatz. Neonazis hatten in den vergangenen Jahren wiederholt in Aufmärschen an den Todestag von Rudolf Heß, den 17. August, erinnert. Zum letzten Mal hatte dort im Jahr 2004 ein Neonazi-Aufmarsch stattgefunden. Alle späteren Versuche waren gerichtlich unterbunden worden.

Auch im niederbayerischen Eggenfelden protestierten rund 2000 Menschen mit einem Bürgerfest gegen eine Wahlkampfveranstaltung der NPD, zu der etwa 200 Anhänger der rechtsextremen Partei kamen. Alle Kundgebungen verliefen friedlich, dennoch meldete die Polizei eine Reihe von Festnahmen auf beiden Seiten. Im oberfränkischen Gräfenberg wiederum protestierten etwa 250 Menschen unter dem Motto „Rechtsextremismus hat keine Chance in unserer Gesellschaft“ gegen einen NPD-Aufmarsch. **DK**

Deutschlandweit einmaliges Museum in Amberg:

## Mehr als eine Luftnummer

Amberg (obx) – Luft ist für Wilhelm Koch weit mehr als nur die chemische Verbindung aus knapp 80 Prozent Stickstoff, rund 20 Prozent Sauerstoff und ein paar Edelgasen. Luft ist für den Amberger Künstler der Stoff, der seinem Museum Leben einhaucht: Er hat in seiner Oberpfälzer Stadt das weltweit erste und immer noch einmalige Luftmuseum gegründet. Auf rund 650 Quadratmetern Ausstellungsfläche gibt es Originelles und Kurioses zu sehen – von der Luftdusche bis hin zur gotischen Hauskapelle mit biblischen Luftzitäten.

Das ungewöhnliche Museum hat sich bei Einheimischen und Touristen seit seiner Eröffnung vor rund zwei Jahren zu einem echten Renner entwickelt – mit mehr als 10.000 Besuchern jährlich.

### Ausstellung auf drei Etagen

Drei Etagen umfasst Wilhelm Kochs einzigartige Ausstellung. Im ersten Stock erwartet der Airpark die Besucher – mit einer Luftdusche, einem fliegendem Teppich, einer Orgelsäule, einem Sechszehn-Ventiler, einem Luft-Alphabet und einer Luftharfe. Besondere Hingucker sind auch der Luftbrunnen, die Einkaufstütenorgel, die „Luftbrücke“ und die „Rohrpost“.

Ganz neu in der Ausstellung sind Exponate zum „aufblasbaren Wohnen“. Dort stellen die Amberger Luft-Fans Möbel vor, die durch kräftiges Pusten zum Leben erweckt werden: vom aufblasbaren Eimer bis hin zum Luft-Besen.

Im zweiten Stock wird es tech-

nischer: Dort finden die Museumsgäste allerlei phantasievolle Apparate rund um die Luft. Bei Kindern besonders beliebt ist der Luftflipper. Erwachsene bestaunen dort auch gern die Videos eines Fortkünstlers oder das Making-of eines luftgefederten, klimatisierten Autositzes. Spirituelle Atem haucht die Luftkapelle dem Museum ein – mit Bibelzitate rund um die Luft. Aber auch Echtes aus dem Leben zeigen Wilhelm Koch und seine Mitstreiter vom Luftmuseum e.V. – von Warmluftkollektoren über Kompressoren bis hin zu Luftfiltern. Alle drei Monate gibt es thematische Sonderausstellungen wie das „Archiv des Nichts“, „Heißluftmotoren“, „Volare - Thema Fliegen“ und internationale Künstler, die sich dem Medium Luft widmen.

Viele Leute könnten sich zuerst nichts unter einem Luftmuseum vorstellen, seien dann nach einem Besuch aber begeistert, sagt Wilhelm Koch. Sein Lebnemotto: „Luft ist nicht nichts,

se verspricht aber eine deutlichere Verbesserung der demografischen Lage bis 2020.“

### Detailprobleme

Untersucht wurden in diesem Zusammenhang viele Detailprobleme, zum Beispiel im Bereich Abfallwirtschaft, wo Ingolstadt und Karlsruhe relativ hohe Kosten zur Beseitigung haben, bei der Frage der Gebühren dann aber relativ günstig abschneiden. Zudem wurden das Ansehen und die Effizienz des Verwaltungshandelns eingehend unter die Lupe genommen. Beim „Image der Stadt“ liegt Ingolstadt mit 92 Punkten weit oben und mit 81 Punkten bei der Wirtschaftsförderung einsam an der Spitze. Gleiches gilt für die Serviceorientierung der Verwaltung und deren Reformfreudigkeit. **DK**

### Landrat Meyer für Europaregion

Für eine Europaregion Böhmen/Oberösterreich/Niederbayern hat sich Passaus Landrat Franz Meyer ausgesprochen. Der ländliche Raum müsse selbstbewusst als europäische Region auftreten. Dies sei wichtig, um im Wettbewerb mit den Metropolregionen wie München und Nürnberg bestehen zu können. Meyer könnte sich vorstellen, dass die Regionalprogramme als eine Definition der Förderschwerpunkte dann auch in der Region selbst vorgenommen werden können. Niederbayern, Südböhmen und Oberösterreich würden mit knapp 3 Millionen Einwohnern ein Gegengewicht zu den umliegenden Metropolregionen bilden, so der Passauer Landrat. **DK**

## Erfolgreiches Ingolstadt

Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft

Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat sechs überdurchschnittlich erfolgreiche Städte in Deutschland auf „Transparenz, Effizienz und Nachhaltigkeit“ untersucht. Bei dem von der Stadt Erlangen in Auftrag gegebenen „Check“ wurden Erlangen, Regensburg, Ingolstadt, Karlsruhe, Heilbronn und Ulm für einen Vergleich ausgewählt. Dabei erzielte Ingolstadt herausragende Ergebnisse.

Bei der Kaufkraft rangiert die Donaustadt mit 20.723 Euro auf Platz 3 unter den Spitzenstädten – bundesweit liegt der Durchschnitt der Städte bei 18.734 Euro. Was die Arbeitslosenquote angeht, ist diese in Ingolstadt bundesweit am niedrigsten. Eines ganz hervorragenden Platz nimmt das Oberzentrum auch bei der Schuldenentwicklung ein, wobei die Stadt und die Eigenbetriebe der jeweiligen Städte zusammengerechnet wurden. Hier liegt Regensburg mit 2.155 Euro je Einwohner am höchsten, wohingegen Ingolstadt mit 937 Euro Verschuldung pro Einwohner sehr gut abschneidet.

Untersucht wurde auch die demographische Entwicklung seit 2001 mit einer Bewertung der Dynamik und einer Prognose bis zum Jahr 2020. Alle Vergleichsstädte liegen weit über dem deutschen Durchschnitt, Ingolstadt und Regensburg sogar sehr weit darüber, so dass die demographische Entwicklung für die oberbayerische Stadt keine Befürchtungen weckt.

### Konstant gute Ergebnisse

„Das Ergebnis zeigt“, so die Studie, „dass sich die Vergleichsstädte demografisch gesehen keine Sorgen machen müssen. Alle Städte liegen weit über dem Durchschnitt von 100 Punkten. Ingolstadt und Regensburg stehen mit über 125 Punkten besonders positiv hervor. Die Aufschlüsselung nach den verschiedenen Bereichen demonstriert, dass Ingolstadt zu Recht erster geworden ist, da konstant hervorragende Ergebnisse erreicht werden. Der relativ schwache Wert in der Dynamik ergibt sich daraus, dass das ohnehin sehr hohe Basisniveau schwieriger verbessert werden kann als bei schwächeren Ursprungsdaten. Die Prognose



Vom Auszubildenden zum Chef:

## Landrat Leutner 45 Jahre im öffentlichen Dienst tätig

Regierungspräsident Wenning würdigte die Verdienste des Jubilars „Landrat ist man 24 Stunden am Tag“

Zu einer kleinen Feier kam Regierungspräsident Wilhelm Wenning ins Landratsamt Lichtenfels. Anlass war, dass Landrat Reinhard Leutner seit 45 Jahren im öffentlichen Dienst tätig ist. In seiner Laudatio übermittelte er im Beisein der Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden die Grüße der Bayerischen Staatsregierung und würdigte die Verdienste Leutners. Zunächst brach Wenning eine Lanze für den öffentlichen Dienst, der sich durch Flexibilität, Bürgerorientierung und Leistungsbereitschaft auszeichnet.

Im Anschluss zeichnete der Regierungspräsident den beruflichen Werdegang des Jubilars nach, der vor 45 Jahren als Inspektorwärter mit 78 DM im Monat im Landratsamt Lichtenfels begann, wo er jetzt schon

ning stellte heraus, dass ein Kennzeichen Leutners sei, dass er zukunftsgerichtet denke und handle. Weiterhin sei sein großer Fleiß zu nennen, den er mit dem Satz zusammenfasste „Landrat ist man 24 Stunden am Tag“.

regioMed-Verbund sowie den Ausbau der sieben landkreiseigenen Schulen und den Bereich regenerativer Energien mit den Lichtenfelser Sonnentagen sowie dem Holzkackschnitzelheizwerk für die Obermaintherme. Besonderes Lob fand der Regierungspräsident für die Kreisfinanzen - 2008 hat der Landkreis den viertniedrigsten Kreisumlagebesatz unter den 71 bayerischen Landkreisen bei einer Arbeitslosenquote unter 5 %.

Wenning schloss mit dem Satz „Wer Reinhard Leutner nicht kennt, kennt den Landkreis Lichtenfels nicht“, und unterstrich damit den besonderen Lebensweg Leutners vom Auszubildenden aus Marktgraitz bis zum Träger des Bayerischen Verdienstordens als Landrat von Lichtenfels.

### Bodenständig und zukunftsorientiert

Stellvertretender Landrat, Bürgermeister Helmut Fischer stellte in seiner Laudatio für den Landkreis die Maxime des Handelns von Landrat Leutner heraus. Leutner sei, so Fischer, einerseits bodenständig und andererseits visionär, traditionsbewusst und doch zukunftsorientiert, geduldig und beharrlich und wenn nötig sehr kämpferisch, jedoch „stehen immer die Bürgerinnen und Bürger unserer Heimat im Mittelpunkt seines Handelns“.

### Deutliche Sprache, strategisches Denken

Als vorbildlich bezeichnete Fischer Leutners klare Meinung, deutliche Aussprache sowie sein strategisches Denken. Er wünschte auch für die Zukunft eine so glückliche Hand wie in den vergangenen 45 Jahren, beste Gesundheit sowie weiterhin Zufriedenheit und Freude bei der täglichen Arbeit.

Personalratsvorsitzender Heiko Stedler bedankte sich im Namen der Belegschaft für das kooperative Miteinander. Der Chef habe stets ein offenes Ohr für die Probleme und Nöte seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was in der heutigen Zeit auch nicht selbstverständlich sei, so Stedler. Ein besonderes Zeichen der Verbundenheit sei, dass der Landrat anlässlich seines Jubiläums die gesamte Belegschaft zu einem Weißwurstfrühstück eingeladen habe.

Arbeitsmaterialien, so genannte Experimentierkarten, an.

### Schlüssel zur Zukunft

Der Landrat und sein Vertreter zeigten sich von diesem Projekt begeistert und sicherten Rösner Unterstützung zu. „Wir werden diese Idee mit Nachdruck unterstützen, da der Zugang zu frühkindlicher Bildung der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist“, waren sich Sailer und Strehle einig. Mit der Umsetzung des Projektes werden sich der Sachgebietsleiter des Amtes für Jugend und Familie, Hannes Neumeier, und die Fachberaterin für Kindertagesstätten, Angelika Steinbrecher, befassen. Für die Projektunterstützung sollen Wirtschaftsunternehmen aus der Region gewonnen werden. Ferner können sich Sailer und Strehle eine enge Zusammenarbeit mit der Universität Augsburg vorstellen.

Nähere Informationen gibt es unter [www.haus-der-kleinen-forscher.de](http://www.haus-der-kleinen-forscher.de)



Jubilär Reinhard Leutner mit seiner Frau Renate sowie Regierungspräsident Wilhelm Wenning (2. von links) und die Stellvertreter des Landrats, Bürgermeister Helmut Fischer (rechts) und Bürgermeister Georg Vonbrunn (links).

wieder seit über 15 Jahren als Landrat tätig ist. Weitere Stationen seiner beruflichen Laufbahn waren die Regierung von Oberfranken in Bayreuth und das Landratsamt Staffelstein. 1972 wurde er zum Ersten Bürgermeister von Bad Staffelstein und 1993 zum Landrat des Landkreises Lichtenfels gewählt. Wen-

Als Beispiele für dieses Engagement nannte er die Obermaintherme, die mittlerweile jährlich rund 750.000 Besucher aufweist, die Sicherung von Arbeitsplätzen etwa bei der Friedrich-Baur GmbH, den Straßenausbau mit LIF 2 und LIF 13, die medizinische Versorgung durch das Klinikum Lichtenfels im



Geschäftsführer Dr. Peter Rösner (Mitte) stellte Landrat Martin Sailer und seinem Stellvertreter Max Strehle (MdL), der Fachberaterin für Kindertagesstätten, Angelika Steinbrecher sowie dem Sachgebietsleiter des Amtes für Jugend und Familie, Hannes Neumeier (von rechts), die bundesweite Initiative „Haus der kleinen Forscher“ vor.

## „Haus der kleinen Forscher“ für den Landkreis Augsburg

Der Geschäftsführer der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“, Dr. Peter Rösner, kam jetzt aus Berlin zu einem Antrittsbesuch zu Landrat Martin Sailer und seinem Stellvertreter Max Strehle, MdL, um das bundesweite Projekt vorzustellen. Rösner ist im Landkreis Augsburg bereits gut bekannt. Er stammt aus Meitingen und war von 1996 bis 2000 Vorsitzender des Kreisjugendrings.

Die Ziele der Initiative von Helmholtz-Gemeinschaft, McKinsey & Company, Siemens AG und der Dietmar Hopp Stiftung sind es, Naturwissenschaft und Technik schon für Kinder ab drei Jahren im Kindergarten erlebbar zu machen, frühkindliche Bildung zu fördern und einen Beitrag zur Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland zu leisten.

### Wissen dauerhaft vermitteln

„Wir wollen die Erzieherinnen und Erzieher ermutigen, naturwissenschaftliches und technisches Wissen dauerhaft und nachhaltig zu vermitteln und die Kinder für die Beschäftigung mit Naturphänomenen zu begeistern“, so Rösner. Das Programm bietet unter anderem Workshops für Erzieherinnen und Erzieher sowie

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Da hat die Vollkaskorepublik Deutschland ja wieder mal beeindruckend zugeschlagen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, blätterte nachlässig in dem Pressespiegel, den wir für ihn hergerichtet hatten, damit er nachlesen konnte, was während seines dreiwöchigen Nach-Kommunalwahlurlaubs so in der Heimat passiert ist.

Gestolpert ist er über Meldungen, die aufgrund des Sommerloches sicherlich mehr Aufmerksamkeit gefunden haben, als es die jeweilige Sache wert war, die jedoch einiges über unsere Geisteshaltung aussagen. Da war zunächst die vehemente Forderung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, die kultigen Überraschung-Eier zu verbieten, weil Kinder das knallbunte Plastik mit der braunen Schokolade verwechseln könnten. Dann der Plan der Bundesregierung, Minderjährigen den



Aber warum muss sich der Staat unter Berufung auf den Verbraucherschutz alles ans Bein binden und mit Verboten reagieren? Und warum fragt niemand nach der Eigenverantwortung der Leute? Gut, das Rauchverbot in Kneipen und Amtsräumen wird mit dem Schutz von Dritten vor dem Rauch begründet. Aber wie begründet man, dass nicht mehr Eltern und der Gewerbeaufsicht unterstehende Sonnenstudiobetreiber kontrollieren können, dass Kinder die Röhrensonne nicht gesundheitsschädlich missbrauchen? Und warum sollen Ü-Ei-Fans von drei bis dreiundneunzig ihrem harmlosen Spaß entsagen, bloß weil ein paar verantwortungslose Eltern den Kram in zu kleine Hände geben?

Jedenfalls brauchen wir uns nicht mehr über Geschichten zu amüsieren, wonach in einzelnen US-Bundesstaaten minderjährige Supermarktkassierer die Weinflaschen ihrer erwachsenen Kundschaft nicht abkassieren dürfen, weil dort Jugendlichen das Berühren von Gefäßen, in denen alkoholische Getränke aufbewahrt werden, verboten ist. Oder von dem Staat, in dem man zwar ein halbautomatisches Gewehr offen in seinen Pick-up legen kann, aber beim Fahren keine Dose Bier sichtbar im Wagen sein darf. Wir sind auch auf dem besten Weg in eine Republik der skurrilen Vorschriften.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist froh, dass die nachrichtenarme Zeit jetzt bald vorbei ist und diese ganzen Vorschläge dann hoffentlich in den Zeitungsredaktionen in die „Ablage P-Rund“ (Papierkorb) landen und nicht mehr im Politkeil. Oder wollen wir uns in Zukunft wirklich nur noch an der pessimistischen Sichtweise eines Alfred Polgar orientieren, der auf dem heutigen Kalenderblatt zitiert steht: „Es hat sich bewährt, an das Gute im Menschen zu glauben, aber sich auf das Schlechteste zu verlassen.“

### Republik der skurrilen Vorschriften

Besuch von Sonnenstudios zu verbieten, um den Hautkrebs unter Jugendlichen einzudämmen (offensichtlich ein Massenphänomen, das so noch nicht im Bewusstsein der Öffentlichkeit steht) und dann die massiven Forderungen, den Verbrauchern zu verbieten, für ihr Konsumverhalten relevante Daten freiwillig (!!) an Rabattkartensysteme zu übermitteln.

Klar, gegen all das lässt sich wenig sagen. Es kann sicherlich im Extremfall ernste Folgen haben, wenn ein Kind, das so klein ist, dass Ü-Eier in seine Pfoten noch nicht gehören, ein Plastikteil verschluckt. Unmäßiges Grillen unter der künstlichen Sonne, nur weil pubertierende 14-Jährige aussehen wollen, als kämen sie geradewegs von den Antillen, ist natürlich irrsinnig. Und jeder, der mal in einer Verwaltungsstube von seinem Datenschutzbeauftragten heimgesucht wurde, wird sich zwanglos die Frage stellen, warum wir staatlicherseits mit den personenbezogenen Daten so ein Gedöns verbrängen, wenn die Bürger bereit sind, für eine Handvoll Rabattpunkte ihr Innerstes nach außen zu kehren.

the sabriul

### Modernisierung der Rottalbahn:

## Schneller und beliebter

Bei einem Treffen in Pfarrkirchen haben Niederbayerns Regierungspräsident Heinz Grunwald, Rottal-Inns Landrätin Bruni Mayer, Passaus Stellvertretende Landrätin Gerlinde Kaupa, Landrat Georg Huber (Mühlhof a. Inn), der Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, Fritz Czeschka sowie Vertreter der Südostbayernbahn eine positive Zwischenbilanz zur Modernisierung der Rottalbahn gezogen. Zahlreiche Projekte seien bereits realisiert oder in Planung, so der Tenor.

Noch vor einigen Jahren stellte die Rottalbahn ein echtes Sorgenkind dar: Bayerns längste Bahnnebenstrecke war vor allem gekennzeichnet durch schlechte Verbindungen und veraltetes Zug- und Waggonmaterial. Hinzu kam, dass das Schnecken tempo die Fahrt zwischen Passau und Mühlhof a. Inn zur Geduldprobe werden ließ. Nicht umsonst wurde gar über eine Einstellung der Strecke diskutiert. Aufgrund der Umstrukturierung innerhalb der Deutschen Bahn ist nunmehr allerdings die Südostbayern-Bahn für die Strecke zuständig – offensichtlich mit Erfolg, denn die Fahrgastzahlen steigen deutlich an.

### Lob für Bruni Mayer

Viel Lob gab es in diesem Zusammenhang für Landrätin Bruni Mayer: „Ihr Einsatz für diese Bahnstrecke hat es erst möglich gemacht, dass es die Rottalbahn heute noch gibt“, unterstrich der Sprecher der Südostbayernbahn, Christoph Kraller. Die Landrätin gab den Dank gerne zurück: „Seit wir es nicht mehr mit der großen anonymen Deutschen Bahn zu tun haben, sondern mit der schlagkräftigen Südostbayern-Bahn, ist der Zug im wahrsten Sinne des Wortes erst richtig ins Rollen gekommen.“

Der Freistaat Bayern hat an-

die angestrebte Fahrzeitverkürzung sei auch die Beseitigung von langsamen Fahrstellen an den Bahnübergängen.

Der in Massing neu geplante Kreuzungsbahnhof soll die Begegnung der Züge auf der eingleisigen Strecke ermöglichen. Ausgestattet mit einem neu zu errichtenden Mittelbahnsteig wird künftig auch das Ein- und Aussteigen erheblich erleichtert.

### Lichtblicke

Positiv entwickelt hat sich nach Ansicht der Südostbayernbahn auch der zum Ende des vergangenen Jahres neu errichtete Haltepunkt Eggenfelden Mitte. Nachdem dort gegenwärtig noch nicht alle Züge halten können, werden nach der Umsetzung weiterer Infrastrukturmaßnahmen ab Dezember 2008 dort alle Züge der Rottalbahn planmäßig stoppen.

### Potenzialprognose

Die Südostbayernbahn erwartet durch den verbesserten Fahrplan der Rottalbahn künftig auch steigende Fahrgastzahlen. In einer Potenzialprognose wurde das zusätzliche Fahrgastaufkommen auf rund 900 Personen pro Tag geschätzt. Schon heute nutzen rund 2.500 Fahrgäste je Werktag die Züge der Rottalbahn. Insbesondere im Schülerverkehr sowie zwischen den zentralen Orten im Rottal hat die Rottalbahn bereits jetzt eine wichtige Rückgratfunktion im Nahverkehrsangebot übernommen. DK



15 Jahre Euregio Bayerischer Wald, Böhmerwald, Unterer Inn:

## Kooperation, Innovation und Motivation

Generalversammlung in Eging am See mit Wirtschaftsministerin Müller

Mit den Zukunftsperspektiven der bayerisch-tschechischen-österreichischen Nachbarregionen befasste sich die Mitgliederversammlung der Euregio Bayerischer Wald, Böhmerwald, Unterer Inn in Eging am See. Dabei äußerten alle Anwesenden den Wunsch, in den bayerisch-tschechischen-österreichischen Grenzregionen starke Kräfte zu entwickeln, die den Sogwirkungen der Metropolregionen München, Nürnberg, Wien und Prag eine selbstbewusste, dynamische und von Zusammenarbeit gekennzeichnete Region entgegenzusetzen können. Dieser Weg wird freilich erleichtert durch die EU-Förderprogramme, die seit heuer - bis 2013 - die finanzielle Grundlage für großartige Projekte liefern.

Chams Landrat Zellner, der dazu aufrief, schon jetzt die Weichen für die Zeit nach 2013 zu stellen, benannte als Perspektiven den Einstieg in einen regionalen Entwicklungsplan, ein Innovationsprogramm Bavaria - Bohemia - Austria, die Freisetzung von Dienstleistungskapazitäten, das Aufgreifen von internationalen Programmen, die Gründung einer Netzwerk GmbH sowie die Schaffung von Strukturen für die dynamischen Wirtschaftsräume zwischen den Metropolen.

### Früher spürbare Barrieren

Wie Wirtschaftsministerin Emilia Müller erklärte, waren bei der Gründung der Euregio Bayerischer Wald - Böhmerwald - Unterer Inn vor mittlerweile 15 Jahren die Barrieren vor allem zu den tschechischen

Nachbarn - nicht nur sprachlich - noch unübersehbar und spürbar. Dies habe sich spätestens seit der Aufnahme Tschechiens in den Schengen-Raum am 21. Dezember 2007 geändert.

### Kontaktstelle und Netzwerk

Doch seien nicht nur die Passkontrollen weggefallen, auch im Miteinander zwischen Bayern, Böhmen und Oberösterreichern habe sich einiges verändert. Mit über 200 Kooperationsmaßnahmen und 1000 Begegnungsprogrammen habe sich die Euregio „zu einer unverzichtbaren Kontaktstelle und einem Netzwerk für die Dreiländerregion“ entwickelt, meinte Müller, die jedoch auch darauf hinwies, dass ein Miteinander in Zeiten der Globalisierung ohnehin unerlässlich sei. „Wir müssen Europa nutzen, um die Region

nach vorne zu bringen.“ Dies gelte im kulturellen, vor allem aber im wirtschaftlichen Bereich. Österreich beispielsweise habe mittlerweile die USA als wichtigsten Handelspartner des Freistaats Bayern abgelöst und Tschechien wiederum stehe bei den osteuropäischen Ländern an zweiter Stelle. Die Grenzlandkreise, so Müller, hätten ihre Chancen zweifellos eindrucksvoll genutzt, wie die niedrigen Arbeitslosenquoten bewiesen.

### Gleichwertige Bedingungen schaffen

An die Adresse des ländlichen Raums gerichtet, plädierte die Ministerin aber auch dafür, sich gegen die Metropol-Regionen rund um München und Nürnberg zu behaupten. Es gelte, gleichwertige Bedingungen zum Wohnen, Leben und Arbei-

## Die Lächelzwerge kommen!

Mit einer betriebseigenen Kindertagesstätte, die der Bezirk Oberbayern in Kooperation mit der Bayerischen Beteiligungsgesellschaft (BayBG) eingerichtet hat, setzt die kommunale Behörde mit Lage in der Münchner Innenstadt ein Zeichen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

36 Kleinkinder im Alter von bis zu drei Jahren haben ab September in der Kindertagesstätte „Lächelzwerge“ einen Betreuungsplatz. Der Bezirk Oberbayern macht seinen Mitarbeitern damit ein attraktives Angebot: Kleinkindbetreuung in Arbeitsplatznähe bei bedarfsabhängigen Öffnungszeiten von 6.30 Uhr bis 17.30 Uhr und mit der Möglichkeit, diese auch Teilzeit

zu schaffen. Unabdingbar notwendig sei eine bessere Infrastruktur für Straße, Schiene und Wasser.

Sich als gemeinsame Region verstehen und aufstellen - mit diesem Appell warteten auch Niederbayerns Regierungspräsident Heinz Grunwald, Passaus Landrat Franz Meyer, Chams Landrat Theo Zellner als Präsident der Bayerischen Landkreistags, Oberösterreichs Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl und der tschechische Vize-Kulturminister Frantisek Mikes auf. Ein Miteinander sei nötig, um nicht zuletzt bei den von der EU mit 169 Millionen Euro aufgelegten, bis 2013 laufenden sog. Ziel 3- bzw. Interreg IV-Programmen zum Zug zu kommen.

### Ludwig Lankl neuer Vorsitzender

In dieselbe Kerbe hieb der neue Euregio-Vorsitzende und Landrat von Freyung-Grafenau, Ludwig Lankl. Als Nachfolger von Alexander Muthmann stimmte er die Vertreter der mittlerweile 145 Euregio-Mitglieder aus Kommunen, Vereinen und Verbänden darauf ein, gemeinsam „dieses Europa weiterbringen“ zu wollen. **DK**

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags zum Bayerischen Genossenschaftstag bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Tourismusverband Fränkisches Seenland:

## Erfolglose Suche

Gunzenhausen (fa) - Die einjährige Suche nach einem neuen Geschäftsführer des Tourismusverbands Fränkisches Seenland ist bisher ohne Erfolg geblieben. Es haben sich zwar 52 Bewerber, fünf sind in die engere Wahl gekommen, aber der Kandidat, für den man sich entschieden hatte, hat vor kurzem abgesagt.

Landrat Franz Xaver Uhl stellt sich darauf ein, dass ein Nachfolger Hubert Henselmann (seinen Vertrag hatte der Tourismusverband nach zwei Jahren nicht verlängert) so schnell nicht gefunden werden kann. „Uns ist auch nicht gedient, auf eine schnelle Entscheidung zu drängen, denn es nutzt niemandem, wenn die Sache danebengeht.“ Uhl will jetzt an zwei Persönlichkeiten herantreten, die nicht an der Ausschreibung teilgenommen haben, um sie abzuwerben. Das ist für ihn der vorletzte Versuch, der letzte ist die Einschaltung eines professionellen Unternehmensberaters, von denen es zwei in Deutschland gibt, die sich in der Tourismuswirtschaft bestens auskennen.

Wie der Landrat andeutete, will er zur alten Regelung zurückkehren, wonach der Landkreis einen Touristikmanager (früher: Kreisverkehrsamtsleiter) einstellt, der dann auch für den Tourismusverband Fränkisches Seenland (ihm gehören auch der Landkreis Roth und neun Gemeinden aus dem Landkreis Ansbach an) geschäftsführend tätig ist und die überörtliche Werbung macht. So war die Konstellation unter dem erfolgreichen Kreisverkehrsamtsleiter Horst Bieswanger, dem Vorgänger von Henselmann.

„Andere Landkreise haben zwei bis fünf Mitarbeiter in den

Bereichen Kultur/Touristik, bei uns gibt es keine Stelle“, beklagt Uhl. Er möchte daher, dass der neue Geschäftsführer sich um alle Kommunen im Kreis kümmert und nicht nur um die „Seege-meinden“. Der Landrat verkennt die Leistungen der drei Mitarbeiterinnen am Hafnermarkt in Gunzenhausen nicht, setzt aber auf einen „schlagkräftigen Mann oder Frau“. „Konzeptionell wissen wir, wo wir anpacken müssen, aber wir brauchen auch die Person, die das umsetzen muss.“ Uhl würde, so lässt er durchblicken, auch einen kreativen Kopf (also einen Diplomgeographen oder Betriebswirt/Tourismus) nehmen, der über keine ausgeprägten Verwaltungskennnisse verfügt. Die eher verwaltungstechnischen Abläufe könnten von einer „zweiten Kraft“ erledigt werden. Solche Leute gebe es im Landratsamt.

Franz Xaver Uhl, der als ehemaliger Geschäftsführer des Tourismusverbands Naturpark Altmühltal und Bürgermeister der Fremdenverkehrsstadt Beilngries ein Kenner der Materie ist, will die Praxis anderer Gebiete übernehmen, denn: „In vielen Bereichen Frankens und auch im benachbarten Donau-Ries-Kreis ist es so, dass die Landkreise federführend sind und einen Geschäftsführer haben, der angrenzende Bereiche mit betreut.“ □

### Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 25. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT-Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Bürger- und Verwaltungsinformationssysteme
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Büchereien

## LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache**

Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

### Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen  
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN  
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333  
www.beck-aussenmoeblierung.de

### Fahnenmasten/Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Fahnenmasten/Fahnen



Hugo Knödler GmbH  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

### Fahradabstellanlagen



### Kindergarteneinrichtungen



eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.  
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen  
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199  
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net  
Entdecke die Welt des Spielens!

### Schacht-Ausrüstungen



Schachtdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger  
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Telefon (089) 749 949 74**

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.  
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen  
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199  
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net  
Entdecke die Welt des Spielens!

### Sportgeräte



Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden  
Tel. 07195/69050-0 · Fax 07195/690577 · info@benz-sport.de  
www.benz-sport.de

### Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

### Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Gmeiner GmbH  
Daimlerstraße 18  
92533 Wornberg-Köblitz  
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49  
E-Mail: info@gmeiner-online.de  
www.gmeiner-online.de

### Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



### Wasserzähler



HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach  
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615  
www.hydrometer.de

### Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen  
telefon: 09 11 / 69 39 65  
telefax: 09 11 / 69 59 63  
deko-jochum@t-online.de  
www.deko-jochum.de

ihr partner für LICHT

postfach 1141  
90519 oberasbach

Vertrags-  
handlung für  
**Telitto Star**